

PERSPEKTIVEN DER BILDUNGSSTÄTTE ANNE FRANK

OTHER STORIES

—
#5

JAHRGANG
2019/2020

bildungsstätte
anne frank

**Antisemitismus
im Fußball**

Gespräch mit Eintracht-Präsident Peter Fischer

S. 18

**„Das Urvertrauen
ist erschüttert“**

Interview mit Seda Başay-Yıldız

S. 34

**Das Spiel ist
ernst**

Computerspiele in der politischen Bildung

S. 53

**„Als ich Anne
Franks Tagebuch
las, hatte ich
das Gefühl, sie
sei eine nahe
Freundin.“**
(Ágnes Heller)

Liebe Leser*innen,



Über diese Worte habe ich dieses Jahr viel nachgedacht. Gesagt hat sie Ágnes Heller am diesjährigen Anne Frank Tag in der Paulskirche. Dort hatte ich Gelegenheit, die Philosophin kennen zu lernen – wenige Wochen später erreichte mich die Nachricht von ihrem Tod.

Ágnes Heller wurde im selben Jahr wie Anne Frank geboren, überlebte den Holocaust und folgte Hannah Arendt auf den Lehrstuhl an der New Yorker New School. Noch im Alter von 90 Jahren analysierte sie die politischen Entwicklungen mit beeindruckendem Scharfsinn: „Der erstarkende Nationalismus gebietet Wachsamkeit. Noch 1933 hätte kaum jemand gedacht, dass so etwas wie die Shoah überhaupt möglich wäre.“

Dieses Gebot müssen wir uns zu Herzen nehmen. Der Mord an Walter Lübcke hat es auch für eine breite Öffentlichkeit zu einer unleugbaren Tatsache gemacht: Es gibt rechten Terrorismus in Deutschland, und dieser kann auf ein breites Netz auch bürgerlicher Unterstützer*innen zurückgreifen.

Wer den Worten Betroffener zuhörte, hätte das freilich schon länger wissen können. Die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die Morde des NSU nur wenig Aufmerksamkeit fanden, weil ihre Opfer marginalisierten Gruppen angehörten. Frau Başay-Yıldız weiß, wovon sie spricht. Als Anwältin hat sie Angehörige von NSU-Opfern vertreten, seit einiger Zeit wird sie selbst von Rechten bedroht, die ihr Faxe mit der Signatur ‚NSU 2.0‘ schicken. Das exklusive Interview, das meine Kolleginnen von der Beratungsstelle response mit ihr führten, finden Sie in diesem Heft.

Fest steht: Rechte fühlen sich im aktuellen gesellschaftlichen Klima nicht nur zu sprachlichen Entgleisungen, sondern auch zu tätlicher Gewalt ermutigt. Ich selbst habe meine Erfahrungen damit gemacht. Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach diffamierte mich auf Twitter derart, dass ich auf Unterlassung klagen musste. Steinbach ist Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung, die bald Millionen an Steuergeld erhalten könnte: staatlich geförderter Geschichtsrevisionismus!

Oft werde ich gefragt, wie man politische Bildung machen und gleichzeitig optimistisch bleiben kann. Die Frage ist in meinen Augen falsch gestellt. Wer heute Bildungsarbeit macht, spürt, wie sehr junge Menschen darauf brennen, die Gesellschaft zu verbessern – und wird von diesem Optimismus immer wieder neu angesteckt. Hätten Sie mir vor einem Jahr gesagt, dass Schüler*innen jede Woche auf die Straße gehen, um für Klimagerechtigkeit zu streiten, hätte ich es selbst kaum geglaubt. Nicht nur der Hype um den Youtuber Rezo zeigt, dass die Jugend sich nicht mit dem Rechtsruck arrangieren möchte: Hier wird engagiert Teilhabe und Solidarität eingefordert, hier artikulieren Jugendliche ihr Recht auf Zukunft.

„Anne Frank hat ihr Tagebuch für die Unsterblichkeit geschrieben“, sagte Ágnes Heller über die Bedeutung des Tagebuchs im Hier und Heute. Sie hat Recht: Die jugendliche Sehnsucht nach einer besseren Welt, nach einem Ende von Gewalt und Unfrieden ist wieder sehr akut. Mir macht das Hoffnung.

Ihr Meron Mendel
Direktor der Bildungsstätte Anne Frank

Liebe Leser*innen,



Über diese Worte habe ich dieses Jahr viel nachgedacht. Gesagt hat sie Ágnes Heller am diesjährigen Anne Frank Tag in der Paulskirche. Dort hatte ich Gelegenheit, die Philosophin kennen zu lernen – wenige Wochen später erreichte mich die Nachricht von ihrem Tod.

Ágnes Heller wurde im selben Jahr wie Anne Frank geboren, überlebte den Holocaust und folgte Hannah Arendt auf den Lehrstuhl an der New Yorker New School. Noch im Alter von 90 Jahren analysierte sie die politischen Entwicklungen mit beeindruckendem Scharfsinn: „Der erstarkende Nationalismus gebietet Wachsamkeit. Noch 1933 hätte kaum jemand gedacht, dass so etwas wie die Shoah überhaupt möglich wäre.“

Dieses Gebot müssen wir uns zu Herzen nehmen. Der Mord an Walter Lübcke hat es auch für eine breite Öffentlichkeit zu einer unleugbaren Tatsache gemacht: Es gibt rechten Terrorismus in Deutschland, und dieser kann auf ein breites Netz auch bürgerlicher Unterstützer*innen zurückgreifen.

Wer den Worten Betroffener zuhörte, hätte das freilich schon länger wissen können. Die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die Morde des NSU nur wenig Aufmerksamkeit fanden, weil ihre Opfer marginalisierten Gruppen angehörten. Frau Başay-Yıldız weiß, wovon sie spricht. Als Anwältin hat sie Angehörige von NSU-Opfern vertreten, seit einiger Zeit wird sie selbst von Rechten bedroht, die ihr Faxe mit der Signatur ‚NSU 2.0‘ schicken. Das exklusive Interview, das meine Kolleginnen von der Beratungsstelle response mit ihr führten, finden Sie in diesem Heft.

Fest steht: Rechte fühlen sich im aktuellen gesellschaftlichen Klima nicht nur zu sprachlichen Entgleisungen, sondern auch zu tätlicher Gewalt ermutigt. Ich selbst habe meine Erfahrungen damit gemacht. Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach diffamierte mich auf Twitter derart, dass ich auf Unterlassung klagen musste. Steinbach ist Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung, die bald Millionen an Steuergeld erhalten könnte: staatlich geförderter Geschichtsrevisionismus!

Oft werde ich gefragt, wie man politische Bildung machen und gleichzeitig optimistisch bleiben kann. Die Frage ist in meinen Augen falsch gestellt. Wer heute Bildungsarbeit macht, spürt, wie sehr junge Menschen darauf brennen, die Gesellschaft zu verbessern – und wird von diesem Optimismus immer wieder neu angesteckt. Hätten Sie mir vor einem Jahr gesagt, dass Schüler*innen jede Woche auf die Straße gehen, um für Klimagerechtigkeit zu streiten, hätte ich es selbst kaum geglaubt. Nicht nur der Hype um den Youtuber Rezo zeigt, dass die Jugend sich nicht mit dem Rechtsruck arrangieren möchte: Hier wird engagiert Teilhabe und Solidarität eingefordert, hier artikulieren Jugendliche ihr Recht auf Zukunft.

„Anne Frank hat ihr Tagebuch für die Unsterblichkeit geschrieben“, sagte Ágnes Heller über die Bedeutung des Tagebuchs im Hier und Heute. Sie hat Recht: Die jugendliche Sehnsucht nach einer besseren Welt, nach einem Ende von Gewalt und Unfrieden ist wieder sehr akut. Mir macht das Hoffnung.

Ihr Meron Mendel
Direktor der Bildungsstätte Anne Frank

OTHER STORIES

#5

▲ Im Fokus: 90 Jahre Anne Frank

- 4** **Deine Meinung zählt!**
Ein Jahr Lernlabor ‚Anne Frank. Morgen mehr.‘
- 8** **Anne Frank Tag 2019**
Fotostrecke
- 12** **Aus wessen Vergangenheit lernen?**
Erinnern in der Migrationsgesellschaft
- 14** **Mit Anne Frank Unterwegs**
Die neue Broschüre ‚Anne Frank in Frankfurt am Main‘
- 16** **#Lasstmich**
Unsere Fotoaktion zum Anne Frank Tag



● Aus unseren Bildungsprojekten

- 18** **Antisemitismus im Fußball**
Eintracht-Frankfurt-Präsident Peter Fischer im Gespräch
- 22** **Wäre das Wetter nur schlecht gewesen!**
Die Schriftstellerin Lena Gorelik über Partypatriotismus
- 25** **Harry Potter für Nazis**
Der Satiriker Leo Fischer über neuen Nationalismus
- 28** **Boycott für den Frieden?**
Warum die BDS-Bewegung antisemitisch ist
- 30** **Playlist Guilty Pleasures**
Der Musikjournalist Klaus Walter über Musiker*innen, die BDS unterstützen
- 31** **„Es schockiert, wie viele Kinder ein schlechtes Bild von sich haben“**
Interview mit unseren Demokratietrainer*innen

■ Aus unserer Beratungsarbeit

- 34** **„Das Urvertrauen ist erschüttert“**
Anwältin Seda Başay-Yıldız im Interview
- 42** **„Mit Kompetenz und Mitgefühl“**
Beratungsnehmer*innen berichten über ihre Erfahrungen bei response und ADiBe
- 46** **Rechtsstreit oder Dialog suchen?**
Kommentar zur Antidiskriminierungsberatung
- 47** **response in Zahlen**



„Das Urvertrauen ist erschüttert“ 34

Anwältin Seda Başay-Yıldız im Interview

✕ Other Stories

- 48** **„Wir wollen keine Konkurrenz sein“**
Das Antidiskriminierungsnetzwerk Nordhessen
- 50** **Wer sich wehrt, wird gesperrt**
Die Aktivistin Aysha Khan über Tone Policing im Netz
- 53** **Das Spiel ist ernst**
Computerspiele in der politischen Bildung
- 54** **Gaming-Foren und rechter Terror**
Die Netzexpertin Yasmina Banaszczuk im Interview
- 57** **Plakatwettbewerb Un/sichtbar**
Fotostrecke
- 65** **Nicht nur für den Job, sondern fürs Leben lernen**
Fraport-Ausbilder Wolfgang Haas im Interview
- 68** **Ein Schweizer Zwilling**
Das Lernlabor ‚Mensch, Du hast Recht(e)!‘ gibt es jetzt auch in Basel
- 70** **Geistige Brandstifterinnen**
Keine Steuergelder für die Desiderius-Erasmus-Stiftung
- 72** **„Anderen wurde es schwindelig“**
Eine andere Ausstellung über die Wende
- 73** **StreitBar**
Unser neues Debattenformat
- 74** **Neuerscheinungen**
‚Trigger Warnung‘ & ‚Extrem unbrauchbar‘
- 76** **Aus dem Verein & Impressum**

Deine Meinung zählt!

Seit einem Jahr gibt es das neue Lernlabor ‚Anne Frank. Morgen mehr.‘ in der Bildungsstätte. Junge Menschen werden mit digitalen und analogen Stationen an die Geschichte von Anne Frank herangeführt, aber auch mit Diskriminierung in der Gegenwart konfrontiert. Kuratorin Deborah Krieg blickt zurück auf das erste Jahr.

Hunderte Gruppen waren seit der Eröffnung zu Besuch. Man findet es inzwischen sogar im touristischen Angebot der Stadt Frankfurt – zwischen Architekturmuseum und Caricatura. Aber auch nach einem Jahr bin ich immer wieder aufs Neue überrascht, wie positiv das Lernlabor ‚Anne Frank. Morgen mehr.‘ angenommen wird. Gerade bei der jungen Zielgruppe. Die Jugendlichen sind oft erst einmal verblüfft, wenn ihnen die Tablets in die Hand gedrückt werden und sie gesagt bekommen: Ihr könnt hier machen, was ihr wollt, es gibt keine festgelegte Reihenfolge, keinen Zwang! Das überrascht meist auch die begleitenden Lehrkräfte: Hier wird kein Programm abgearbeitet, hier suchen sich Besucher*innen selbst ihre Themen.

Dieses pädagogische Konzept, der offene Ansatz des Lernlabors ist für viele erstmal ungewohnt: Lehrer*innen werden manchmal skeptisch, wenn sich Jugendliche einfach nur hinsetzen, um beispielsweise in Ruhe den Zeitstrahl mit den Eckdaten von Anne Franks Geschichte zu lesen. Doch diese Skepsis verfliegt in den meisten Fällen im Laufe des Besuchs – was wir daran sehen, dass dieselben Lehrer*innen immer wieder mit unterschiedlichen Gruppen ins Lernlabor kommen.

Auch bei Schüler*innen kommt es vor, dass sie erst einmal gar nicht wissen, wo im Lernlabor sie anfangen wollen, und dann beim Herumschlendern etwas entdecken, das sie auf einer ganz persönlichen Erfahrungsebene anspricht: So etwa bei den drei Jugendlichen, die anfangs ein wenig unmotiviert

wirkten, dann aber in unserer Sammlung jugendlicher Tagebücher zahlreiche Anknüpfungspunkte fanden – nämlich bei Zlata Filipović, die 1991–1993 während der Belagerung von Sarajevo Tagebuch schrieb. Sie stellten fest, dass es bei ihnen da biographische Anknüpfungspunkte gibt, dass es dabei um sie geht – und erlebten, dass ihre Stimme hier einerseits repräsentiert, andererseits nachgefragt wird. Denn das unterscheidet uns ja auch von üblichen Ausstellungen: Während des ganzen Besuchs sollen die Besucher*innen auf den Tablets ihre Meinung zu verschiedenen Stationen abgeben. Dieser Aspekt spielt für den Abschluss des Besuchs eine wichtige Rolle: In der Präsentation am Ende erhalten die Gruppen die anonymisierten Abstimmungsergebnisse und können einschätzen, ob sie mit ihrer Meinung in der Mehrheit oder Minderheit sind, warum das so ist und was es über die Gruppe aussagt.

Zum pädagogischen Konzept gehört nicht nur, dass die Besucher*innen selbst einen Bezug zu ihrem eigenen Leben, ihrer eigenen Biografie herstellen, sondern auch Themen wie Flucht, Migration, Meinungsfreiheit mit dem Leben von Anne Frank in Verbindung bringen können. Auch das geschieht, ohne dass es von Seiten der pädagogischen Begleiter*innen forciert wird. Daran wird deutlich, dass die historische Gewichtung im Lernlabor funktioniert. Die Gegenwart wird mit Anne Frank verbunden, die Anne-Frank-Stationen mit der Gegenwart – aber nicht von oben aufgedrückt, sondern selbständig erarbeitet.





Eine wichtige Rolle spielt dabei sicherlich auch, dass die Besuchergruppen in der Regel die 7. bis 9. Klasse besuchen – Jahrgänge, in denen oft im Deutschunterricht das Tagebuch der Anne Frank gelesen wird und in Fächern wie Gemeinschaftskunde Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung diskutiert werden.

Die Auseinandersetzung mit Diskriminierungen birgt allerdings eine Problematik, die uns bereits in unserer ersten Ausstellung ‚Anne Frank. Ein Mädchen aus Deutschland.‘ aufgefallen war und die wir diesmal vermeiden wollten: Um Diskriminierung sichtbar zu machen, muss man mit Klischees arbeiten. In unserer ersten Ausstellung haben wir verunglimpfende Darstellungen von Juden in NS-Zeitschriften gezeigt. Die meisten wussten damals wussten überhaupt nichts mit diesen Bildern anzufangen, weil sie diese antisemitischen Stereotype nicht kannten. Etwas Ähnliches erleben wir heute, im neuen Lernlabor, an der sehr beliebten Station ‚Racist Glasses‘. Die Station soll Vorurteile sichtbar machen und verdeutlichen, dass sie nichts mit den realen Personen zu tun haben, auf die sie sich richten, sondern einzig im Kopf der Betrachterin entstehen. Bei ‚Racist Glasses‘ gibt es unter anderem auch ein klischiertes Bild eines lesbischen Paares – das von den Jugendlichen aber gar nicht als solches erkannt wird, sondern eher als ‚Punkerinnen‘. Klischees wandeln sich, und einige geraten dabei zum Glück in Vergessenheit. Um sie nicht wieder auferstehen zu lassen, werden wir die Station so bald wie möglich ändern.

Damit das Lernlabor so aktuell und an der Lebenswelt der jugendlichen Besucher*innen bleibt, werden künftig immer wieder solche Nachjustierungen nötig sein. Nicht zuletzt, weil das Leitmotiv des Lernlabors, ‚Jugendliche kommentieren die Welt‘, gerade in letzter Zeit gesellschaftspolitisch eine ganz besondere Relevanz erhalten hat. Es gibt Greta Thunberg und die ‚Fridays for future‘, es gibt Emma Gonzales’ Einsatz gegen die Waffenlobby in den USA und andere aktuelle Vorbilder, die in der Ausstellung auch ihren Platz finden sollten.

Denn auch das ist die Botschaft: Jugendliche sollte man nicht unterschätzen! Diese Tatsache erleben auch wir Kurator*innen ganz praktisch, wenn uns Schulklassen besuchen: Die Jugendlichen sind technisch so versiert, dass sie sofort unsere Tablets hacken! Sie stellen den Wecker, um eine Gruppe am nächsten Tag zu foppen, sie verändern die Sprache oder schalten das WLAN aus – die Herausforderung ist hier das enorme digitale Wissen der jungen Generation. So nervig das im Einzelfall sein kann – es beweist mir wieder den Gestaltungswillen und die Neugier der jungen Leute. Und um die geht es schließlich.



Deborah Krieg
Kuratorin des Lernlabors

90 JAHRE ANNE FRANK



Die Philosophin Ágnes Heller in der Paulskirche

„Lasst mich ich selbst sein!“

Anne Frank, 11. April 1944

Im Alter von 15 Jahren schrieb Anne Frank in ihr Tagebuch: „Lasst mich ich selbst sein!“ Zu ihrem 90. Geburtstag am 12. Juni 2019 haben wir uns mit diesem Wunsch beschäftigt und mit zahlreichen Veranstaltungen, Lesungen, Führungen und Spaziergängen in ihrer Geburtsstadt den Anne Frank Tag begangen.



Preisverleihung des Frankfurter Schulpreises



Schirmherr Moses Pelham (l.) mit Meron Mendel



Eva Berendsen mit den Demokratietrainerinnen Anna Schumacher und Siham Ayana (v.l.)



Poetry Slam im Kunstverein Familie Montez

Aus wessen Vergangenheit lernen?

Die pädagogische Leiterin der Bildungsstätte über das Erinnern in der Migrationsgesellschaft

Im Sommer 2017 hielt der als Sohn iranischer Eltern in Siegen geborene Autor Navid Kermani eine Rede an der LMU München. Anlass waren die Feierlichkeiten zum zwanzigjährigen Bestehen des Lehrstuhls für jüdische Geschichte an der LMU München. In seiner Rede schildert er auch einen ersten Besuch in der Gedenkstätte Auschwitz: „Wenn es einen einzigen Moment gibt, an dem ich ohne Wenn und Aber zum Deutschen wurde, dann war es nicht meine Geburt in Deutschland, es war nicht meine Einbürgerung, es war nicht das erste Mal, als ich wählen gegangen bin. Schon gar nicht war es ein Sommermärchen. Es war letzten Sommer, als ich den Aufkleber an die Brust heftete, vor mir die Baracken, hinter mir das Besucherzentrum: deutsch.“ In diesem kurzen, aber umso eindringlicheren Bericht sind sehr viele Fragen verborgen, die immer dann gestellt werden, wenn es um Migration und Erinnerungspolitik geht. Um wessen Erinnerung geht es? Wer darf trauern, wer Lehren ziehen?

Die Kontinuitäten und Brüche der Migrationsgesellschaft fordern von der Erinnerungskultur, auch vielfältige Perspektiven und Abwehrmechanismen in der Vermittlung der Shoah und der nationalsozialistischen Verbrechen miteinzubeziehen. In unserer Arbeit merken wir, dass diese Herausforderung für Pädagog*innen oft sehr groß sind. Gerade bei der Begleitung und Vorbereitung von Gedenkveranstaltungen und Besuchen an Erinnerungsorten besteht ein großer Bedarf an Unterstützung. Es stellt sich die

Frage, entlang welcher Erinnerungskultur(en) die Themenkomplexe Shoah, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg in der postnationalsozialistischen und postkolonialen Migrationsgesellschaft erarbeitet werden können. Was sich verändert hat, sind die Konstellationen der Schulklassen und Jugendgruppen: es sind Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Flucht- und Migrationserfahrungen. Es sind heterogene Gruppen, die von mehreren sozialen Kategorien wie Ethnizität, Geschlecht, Klasse, Religion und Herkunft geprägt sind. Gerade junge

„Man kann nicht einfach nachlesen, was der Holocaust war. Dafür muss man, glaube ich, richtig Deutscher sein.“

Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sind oftmals mit dem Vorwurf konfrontiert, aufgrund eines vermeintlich fehlenden familiären Bezugs kein Interesse an oder sogar ein problematisches Verhältnis zur deutschen Geschichte zu haben. In diesem

Zusammenhang sehr gut erinnerlich ist mir aus einer Fortbildung der Satz eines Lehrers: „Klar, dass die Migranten nicht genauso fühlen wie wir. Man kann nicht einfach nachlesen, was der Holocaust war. Dafür muss man, glaube ich, richtig Deutscher sein.“ Ein offener und ungezwungener Zugang zu historisch-politischen Bildungsinhalten wird durch solche Zuschreibungen erschwert.

Bei der Thematisierung der NS-Geschichte ist es uns ein Anliegen, die Jugendlichen in ihren Lebenswelten, Erfahrungen und Perspektiven abzuholen

Wie kann eine universale Erinnerungskultur etabliert werden, in der die individuellen Erfahrungen und Geschichten berücksichtigt werden? Ist das überhaupt möglich? Die Shoah ist nicht nur Teil der deutschen Geschichte, sie ist Teil der Menschheitsgeschichte. Und das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte liegt nicht einmal 100 Jahre zurück. Diese basale Erkenntnis ist notwendig für die bildungspolitische Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Jugendliche, die einen biografischen Bezug zu Tätern und Opfern haben, sind nicht mehr als andere Jugendliche zur Auseinandersetzung mit der Shoah verpflichtet.

Anfang letzten Jahres wurde breit diskutiert, ob für Jugendliche mit Migrationshintergrund Besuche in Gedenkstätten verpflichtend sein sollen. Pflicht und Zwang sind aber im Kontext von Erinnerung falsche Ansätze. Durch Zwang wird das Bewusstsein für Geschichte nicht gestärkt. Der verpflichtende Besuch einer Gedenkstätte ist kein Mittel zur Prävention von Antisemitismus. Viel eher gerät die Geschichte in Gefahr, als Routine und Floskel noch mehr in Vergessenheit zu geraten.

Es bedarf verschiedener Angebote für das Erinnern und für die Auseinandersetzung mit der Geschichte. Jugendliche sollen selbst entscheiden dürfen, ob es der Besuch einer Gedenkstätte, die Dokumentation im Fernsehen, ein Spielfilm oder die Lektüre des Tagebuchs von Anne Frank ist, die sie mit Geschichte in Berührung bringt. Für viele der vergangenen Generationen waren es

die wenigen Zeitzeugen, die sie bewegt haben. Diese wird es in absehbarer Zeit nicht mehr geben, was sich auf die Erinnerungskultur auswirken wird. Klar ist: Nichts wird den Zeitzeugen ersetzen. Jedoch haben sie viel hinterlassen, und ihre vielen Bücher, Schriftstücke, Ton- und Bildaufnahmen sind ein wichtiges Erbe. Was wir aus diesem Erbe machen, wird sich in den kommenden Jahren zeigen.

Die Konzepte des Erinnerns, des Begehens von authentischen Orten sowie etablierte Narrative und routinierte Praxen müssen reflektiert werden und den Konstellationen der Migrationsgesellschaft Rechnung tragen. Bei der Thematisierung der NS-Geschichte ist es uns ein Anliegen, die Jugendlichen in ihren Lebenswelten, Erfahrungen und Perspektiven abzuholen. Unseren Zugang zur Geschichte bieten die Biographie und das Tagebuch von Anne Frank, das in unserem Lernlabor ‚Anne Frank. Morgen mehr.‘ thematisiert wird. Die Familiengeschichte der Familie Frank ermöglicht viele Anknüpfungspunkte, an denen eigene Zugänge und Perspektiven erarbeitet werden können: Flucht, Verfolgung, Zusammenhalt, Zivilcourage und insbesondere Fragen nach Erinnerung(sformen).

Diesen Ansatz aus dem Lernlabor nehmen wir auch in Workshops mit und laden Jugendliche ein zu erfahren, was globale politische Themen mit ihrem eigenen Leben zu tun haben. Dabei eröffnen sich auch für uns als Pädagog*innen oft neue Perspektiven. So sagte mir eine junge Teilnehmerin während eines Workshops zu israelbezogenem Antisemitismus: „Ich kenne das Gefühl, sich ständig für ein Land rechtfertigen zu müssen. Meine Eltern sind aus der Türkei, und ständig werde ich gefragt, ob meine Eltern zum Beispiel Erdoğan wählen. Aber niemand kennt die Geschichte meiner Eltern, und sie fragen auch nicht danach. Wollt ihr nicht mal wissen, warum meine Eltern nach Deutschland gekommen sind? Was meine Großeltern machten? Wie es für sie war, ihre Kinder als Teenager wegzuschicken? In der Schule reden wir nie über die Geschichten von anderen.“

Wer eine lebendige, gelebte Auseinandersetzung mit Geschichte wünscht, der muss die Möglichkeit solcher individueller Anknüpfungspunkte zulassen. Wer Geschichte verschreibt wie ein ärztliches Rezept, nach immergleichem Behandlungsplan, riskiert, schon bestehendes Interesse ganz zu verspielen.



Saba-Nur Cheema
Leiterin Bildung

Mit Anne Frank unterwegs

RUNDGANG 1

IM FOKUS: 90. JAHRE ANNE FRANK



„Anne Frank in Frankfurt am Main“ – die neue Broschüre der Bildungsstätte führt zu bedeutungsvollen Orten in ihrer Geburtsstadt

„Bis zu meinem vierten Lebensjahr wohnte ich in Frankfurt“, schrieb Anne Frank am 20. Juni 1942 in ihr Tagebuch. Mit diesem Zitat beginnt die Broschüre, die die Bildungsstätte zum neunzigsten Geburtstag Anne Franks herausgegeben hat. Sie führt die Leser*innen zu den vielen Orten in der Main-Metropole, an denen das Leben von Anne Frank, ihrer Vorfahren und das der jüdischen Gemeinde bis heute zu erfahren ist.

Bereits in den fünfziger Jahren hatte sich Annes Vater Otto Frank dafür eingesetzt, dass in der Geburtsstadt seiner Tochter ein Ort geschaffen wird, der an sie erinnert und die Botschaft ihres Tagebuches lebendig hält. Die Gründung der Bildungsstätte Anne Frank im Jahr 1994, die auf das persönliche Engagement vieler Frankfurter Bürger*innen zurückgeht, trug dem Rechnung. Auch die Eröffnung einer Dauerausstellung über die Familie Frank im Jüdischen Museum im Frühjahr 2020 ist davon inspiriert.

Die Broschüre führt drei Angebote zusammen. Zunächst vermittelt sie kompaktes historisches Hintergrundwissen über die Lebenswelt der Anne Frank, über die rund vierhundertjährige Vorgeschichte

ihrer Familie in der Stadt, die Probleme der Eltern Annes in der Weltwirtschaftskrise, der sich immer weiter zuspitzende Naziterror und schließlich die Auswanderung der Familie nach Amsterdam beziehungsweise in die Schweiz.

Das zweite Angebot der Broschüre: die Stadtrundgänge. Mithilfe von gezeichneten Karten, von Fotos, nützlichen Adressen und Verkehrsverbindungen führt sie durch die Stadt: zu den Wohnhäusern der Familie Frank, zu Gedenkstelen und -stätten, zum Alten Jüdischen Friedhof, zu den Jüdischen Museen und zur Westend-Synagoge.

Nicht zuletzt geht es auch um die politische Gegenwart. Welche Fragen, welche Herausforderungen stellen sich uns heute? Zu den Kernfragen gehört: Wie gehen wir heute mit Diskriminierung und Menschenrechten um? Deborah Krieg, stellvertretende Direktorin der Bildungsstätte und Kuratorin des Lernlabors „Anne Frank. Morgen mehr.“, schreibt in der Broschüre: „Gerade Jugendliche können über die interaktiven Zugänge des Lernlabors sensibel für die Wirkungsweise von Antisemitismus und Rassismus werden.“



ANNE FRANK IN FRANKFURT AM MAIN

Die Broschüre enthält u.a. Tipps zu neuen Buchveröffentlichungen, Empfehlungen für Online-Angebote, Kontaktadressen zur Bildungsstätte und ihren Beratungsangeboten. Die 40-seitige Broschüre ist (bis zu fünf Exemplare kostenfrei) hier erhältlich:

bs-anne-frank.de/publikationen

IM FOKUS: 90. JAHRE ANNE FRANK



Was ist mir wichtig? Was schränkt mich ein?
Wer möchte ich sein? Der Satz „Lasst mich
ich selbst sein!“ aus dem Tagebuch von
Anne Frank war Inspiration für #lasstmich,
eine Plattform für Jugendliche und ihre Er-
fahrungen, die die Bildungsstätte in Koope-
ration mit dem Frankfurter Jugendring für
den Anne-Frank-Tag am 12.06.19 entwickelt
hat. Die dazugehörige Selfie-Station wurde
rege genutzt!



**#LASST
MICH!**



„Die Eintracht steht für umarmen, verbinden, lernen“

Peter Fischer ist Präsident des Sportvereins Eintracht Frankfurt und bekannt für sein Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Einstellungen. Als Podiumsgast bei unserer Tagung ‚You’ll never walk alone – Antisemitismus im Fußball‘ im Februar 2019 hat er mit der Journalistin Esther Schapira über Antisemiten in der Fankurve, rechtliche Klagen der AfD gegen ihn und die Aufarbeitung der Vereinsgeschichte während des Nationalsozialismus gesprochen.



ES

Ich habe eben einen Satz von Ihnen aufgeschnappt: „Antisemitismus ist etwas, das es bei Eintracht Frankfurt genauso wenig gibt wie die Niederlage heute Abend“. Beim zweiten Teil bin ich mir sicher, den ersten Teil hoffe ich – aber Sie haben selbst gesagt: „Fußball ist ein Spiegel der Gesellschaft.“ Wir wissen, dass es 20 Prozent Antisemiten in der Gesellschaft gibt, insofern wäre es erstaunlich, wenn es bei Eintracht Frankfurt gar keine gäbe...

PF

Es ist natürlich falsch zu sagen, bei Eintracht Frankfurt gäbe es keine Antisemiten. Um das Bild des Spiegels zu bemühen: rein statistisch wählen 13 Prozent der Stadionbesucher Rechtspopulisten. Es gibt aber auch Dinge bei Eintracht Frankfurt, auf die ich stolz bin: Wir haben die dunklen Zeiten Deutschlands zwischen 1933 und 1945 aufgearbeitet, auch in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum und der Jüdischen Gemeinde. Erinnerungskultur ist uns sehr wichtig, das sollte selbstverständlich sein! ^(haut auf den Tisch) Dass es in unserer Gesellschaft heutzutage dennoch rechte Tendenzen gibt, zieht mir regelmäßig die Schuhe aus. Aber gerade im Sport gibt es Chancen, früh gegen Vorurteile anzugehen. Hier treffen unterschiedliche Nationalitäten aufeinander. Es geht um gewinnen und verlieren, um Spannung und Emotionen. Im Sport stärken wir Verständnis füreinander und versuchen, Scheuklappen abzubauen.

ES

Sie sind mit Ihrem klaren Auftritt gegen die AfD bekannt geworden – der hat Ihnen vermutlich nicht nur Zustimmung eingebracht. Es gab Debatten, dass Fußball nichts mit Politik zu tun hätte, oder dass Ihr Statement antidemokratisch und ausgrenzend sei. Wieso haben Sie sich zu diesem, für einen Fußballpräsidenten ungewöhnlichen, Schritt entschieden – auch im Hinblick auf Antisemitismus -, und was waren Ihre Erfahrungen?

PF

Ich habe mir mit diesem Statement tausende von Anzeigen eingehandelt. Wir haben Aktenordner voller Morddrohungen und Beleidigungen, für die wir bald einen größeren Schrank brauchen. Kurze Zeit später stand die Präsidentschaftswahl an und die Eintracht-Mitglieder haben gewählt: 99% stimmten für Peter Fischer als Präsident – das war nicht nur ein Votum für meine Person, sondern auch für eine Haltung! Ich bin auf wenig stolz, aber darauf bin ich verdammt stolz!

ES

Welche Auswirkungen hatte das auf die Mitgliederentwicklung?

PF

Es sind danach 17.000 Mitglieder in den Verein eingetreten – das ist eine wahnsinnige Zahl! Ich habe im Jahr 2000 mit 4.500 Mitgliedern angefangen, da war der Verein schon 100 Jahre alt. In den nächsten Tagen werden wir die Marke von 70.000 Mitglieder erreichen (seit August 2019 zählt Eintracht Frankfurt sogar 80.000 Mitglieder, Anm. d. Red.). Das hat zweifelsohne zum Großteil damit zu tun, dass wir attraktiven Sport anbieten. Aber wir lesen auch, was auf unseren Mitgliedsanträgen steht. Viele wollen unsere Haltung unterstützen, auch wenn sie noch Mitglied in einem anderen, möglicherweise sogar konkurrierenden Verein sind.

„Wir sind alle eins, egal aus welchem Land, egal ob Mann oder Frau, schwul oder lesbisch“

ES Mein Job ist es jetzt leider doch, ein bisschen Wasser in den Wein gießen, denn ganz so makellos ist die Weste von Eintracht Frankfurt dann doch nicht. Es gibt die schöne Vorgeschichte von den Judebubbe vom Main, den Schlappekicker eines jüdischen Schuhfabrikanten – aber es gibt auch eine hässliche: Die hängt zusammen mit Rudolf Gramlich, der 1955 bis 1970 Präsident von Eintracht Frankfurt war und immer noch Ehrenpräsident ist – und Mitglied der Waffen-SS war. Wie kann so jemand noch Ehrenpräsident bei Eintracht Frankfurt sein?

PF Die Aufarbeitung ist uns extrem wichtig und sie ist bereits in vollem Gange. Wir haben mit dem Fritz-Bauer-Institut eine namhafte Organisation mit einer umfangreichen Untersuchung dieses Falles beauftragt. Das Ergebnis werden wir uns anschauen, bewerten und die satzungsgemäßen Ableitungen treffen. Sie sehen: die Aufarbeitung ist nicht nur mir, sondern auch dem gesamten Verein ein wichtiges Anliegen.

ES Ich finde das großartig und freue mich sehr darüber! Wenn wir auf die Gegenwart gucken, dann ist Antisemitismus nicht nur eine Frage von rechts – ein massiver Teil ist leider auch der muslimisch-islamistische Antisemitismus. Wenn die Eintracht einen sehr guten Spieler zum Beispiel aus dem Iran haben kann, der aber nicht mit israelischen Fußballern zusammenspielen will – wie würde sich die Eintracht verhalten?

PF Das ist eine törichte Frage...

ES Die Antwort muss ja auch klug sein, nicht die Frage!

PF Bestimmt gibt es bei über 10.000 Sportler*innen, die bei Eintracht Frankfurt in 51 Disziplinen aktiv sind, auch ein paar, deren Gedankengut nicht zu unterstützen ist, die andere ausschließen, weil sie diesen oder jenen Glauben haben. Aber im Profifußball hat so jemand keine Chance! Wenn mir ein Spieler sagen würde, dass er mit jemandem nicht zusammenspielen will, egal aus welchen Gründen, dann hoffe ich, dass er ein Rückflugticket hat!

ES Gucken wir doch auch mal auf die Fans. Die Eintracht hat eine sehr lebhaftes Fanszene, die auch immer mal für einen Skandal gut ist. Ist sie auch gut für einen antisemitischen Skandal oder sind sie sich da sicher?



PF Auch bei den Fans gibt es sicher einige Verwirrte mit antisemitischen Tendenzen, denen nicht zu helfen ist. Aber unser Verein und die Kurve stehen für Vielfalt und gegen Ausgrenzung.

ES Also wenn ich sage: Es gibt die Ultras, aber antisemitisch sind die nicht – hab ich dann Recht?

PF Ultras sind grundsätzlich ja nur ein Teil der gesamten Fanszene und innerhalb dieser Fanszene gibt es vielleicht einzelne Fans, die antisemitisch sind. Aber die aktive Fanszene, auch die Ultras, unterstützen meine Haltung sehr stark.

„Wenn mir ein Spieler sagen würde, dass er mit jemandem nicht zusammenspielen will, egal aus welchen Gründen, dann hoffe ich, dass er ein Rückflugticket hat!“

ES Sie haben über Eintracht Frankfurt gesagt: „United Colors of Bembeltown“ – was heißt das für Sie?

PF Das ist 26 Jahre alt und wurde aus der Kurve heraus geboren. Das ist also kein Spruch von mir, der sich an der aktuellen Situation orientiert. Wir haben damals schon gesagt: Wir sind bunt, wir stehen für umarmen, verbinden, lernen. Wir sind alle eins, egal aus welchem Land, egal ob Mann oder Frau, schwul oder lesbisch. Natürlich gibt es auch heute Teile der Gesellschaft, die sich damit schwer tun. Wir haben das aber auch in unserer Vereinsatzung manifestiert. Und zwar nicht, weil es gerade ‚in‘ ist, sondern weil es Bestandteil der Eintracht-DNA ist! Und ich liebe diese DNA!

ES Ich auch. Und deshalb sage ich hier öffentlich: Sie haben von 17.000 neuen Mitgliedern gesprochen. Jetzt haben Sie noch eines dazu gewonnen. Mich. Versprochen. Und ich habe versprochen, dass ich Sie pünktlich ins Stadion kommen lasse, das Versprechen halte ich auch. Ich drücke der Eintracht die Daumen – vielen Dank, dass Sie hier waren!



Das Gespräch protokollierte
Céline Wendelgaß

Das Gespräch fand kurz vor dem UEFA Europa League-Spiel Eintracht Frankfurt gegen Shakhtar Donetsk statt, das die Eintracht mit 4:1 gewann. Esther Schapira ist jetzt Mitglied bei Eintracht Frankfurt.



Wäre das Wetter nur schlecht gewesen!



AUS UNSEREN BILDUNGSPROJEKTEN

Die Schriftstellerin Lena Gorelik trug auf der ‚Blickwinkel‘-Konferenz in Berlin einen Text über ihre Erinnerungen an die Fußball-WM 2006 und den ‚Partypatriotismus‘ vor.

Heute morgen saß ich mit meiner Freundin in einem Café, ein paar Straßen weg von hier, Prenzlauer Berg also und trank einen Cappuccino, wie man das eben so macht, und am Tisch gegenüber saß eine Frau, die ein T-Shirt trug, auf dem vorne ‚beautiful‘ stand und hinten, wie wir sahen, als sie sich erhob, um zu gehen, ‚People‘, und meine Freundin fragte mich, warum ich denke, dass diese Frau dieses T-Shirt trägt.

Wir sitzen hier, weil wir über Nationalismus sprechen sollen und nicht über T-Shirts und über Patriotismus, oder über Patriotismus, der in Form von Partys entsteht, oder in Partys gefeiert wird, wir sollen sprechen, aber ich weiß nicht, ob es so viel zu sagen gibt. Weil wir, das würde ich jetzt mal so unterstellen, uns einig sind, dass Nationalismus und Patriotismus zu jenen -ismen gehören, die nichts Gutes mit sich bringen, die Menschen ausgrenzen und immerzu als Gegenargument dienen zu allem, was als ein Zusammenleben von diversen Kulturen, Herkunftsn, Sprachen, Menschen und Lebensformen verstanden werden kann. Es geht hier also nicht um T-Shirts, sondern um große, wichtige Themen, die unsere Gesellschaft bedrohen, auch darin werden wir uns alle einig sein, aber dieses T-Shirt ließ mich an ein anderes T-Shirt denken; eines, das ich vor langer Zeit trug.

Es war Sommer 2006, und die Medien nannten ihn alle ein Märchen, obwohl eigentlich nichts Märchenhaftes geschah. Es war Sommer und die Sonne schien und Männer jagten einem Ball hinterher und sehr viele Menschen schauten diesen Männern dabei zu, wie sie diesem Ball hinterher jagten, und freuten sich sehr, und kreischten und übten sich im Sprechchor: „Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!“ Und sonst war eigentlich nicht viel,

„Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!“

man bemalte sich dann noch die Gesichter in drei Farben. Ich weiß nicht, warum dieser Sommer immer noch erhalten muss als Erklärung für Phänomene, die uns Angst machen, also manchen von uns, für gesellschaftliche Entwicklungen und Rechtsüberschreitungen – vielleicht, weil uns die Worte fehlen oder Sätze, die Sinn ergeben. Wäre das Wetter nur schlecht gewesen, nicht nur im Juni, in dem wir alle Freunde waren und die Welt zu Gast bei uns, und wir uns alle selbst dafür feierten, für diese natürlichste Geste von allen: Freunde zu sein; wäre das Wetter nur auch vorher schon schlecht gewesen, auch

bereits im Mai, und hätten wir alle schlechte Laune gehabt, und hätten wir alle nur weiterhin gejammert, wie wir es gerne tun: Man muss schon viel Glück im Leben haben, um sich an Regen zu stören. Jedenfalls hätte es, das sage ich jetzt einfach mal so, dieses Märchen im Regen gar nicht gegeben. Wenn man sich damals nicht hätte versammeln können (und wollen) vor all diesen Riesenleinwänden in Parks, Biergärten, an Flussufern, und hätten sich all die

„Man muss schon viel Glück im Leben haben, um sich an Regen zu stören. Jedenfalls hätte es dieses Märchen im Regen gar nicht gegeben.“

anderen da nicht versammelt, die so heiser schrien, dann hätte man vielleicht auch selbst nicht geschrien, und sich nicht heiser geschrien, in irgend etwas, das die Medien dann als einen positiven Patriotismus beschreiben und feiern konnten, als den der jungen Generation, und ganz besonders freuten sich dann alle über diese, ich glaube, es waren Libanesen in Neukölln, die deutsch-rot-goldene Fahnen an ihren Handyladen hängten, und die dann nachts von linken Antideutschen heruntergerissen wurden, woraufhin die Libanesen eine größere Fahne nähen ließen (man denke sich nur: in Auftrag gaben, extragroß, obwohl doch in meiner Erinnerung deutsch-rot-gelbe Fahnen in allen Größen verkauft wurden), und sie Nacht für Nacht bewachten. Das war vielleicht die schönste, symbolbildträchtigste Geschichte von allen. Sommermärchen, sagten sie alle, es wurde Fußball gespielt, in Deutschland. Und die Menschen in Deutschland freuten sich daran, weil die Sonne schien, und in der Sonne und vor der Leinwand das Bier schmeckte, und weil alle um einen herum derselben Meinung waren wie man selbst, was diese eigene Meinung irgendwie zu einer Weisheit machte. Und die Menschen in Deutschland waren freundlich zu anderen Menschen, die nach Deutschland kamen (um Fußball zu sehen und ganz bald wieder zu fahren, im Übrigen!), wir waren freundlich, mehr nicht. Zu Menschen, die hierher kamen und die Tourismusbranche ankurbelten und dasselbe Hobby hatten wie wir in jenem Sommer:

AUS UNSEREN BILDUNGSPROJEKTEN

Bier trinken und Fußball schauen, mehr nicht. Oder war das Märchen, dass alle begeistert Deutschland riefen, dass sie ihr Land liebten (und hier muss ich irgendwie das Subjekt wechseln, obwohl es feige ist, von ‚wir‘ zu ‚sie‘).

„Im Sommer 2006 waren die WM, das sommerliche Wetter, die Partylaune und der Patriotismus zufällig aufeinander gefallen“

Feige, weil: Jugendsünde, die 256-ste. Ich habe mich damals auch heiser geschrien. Ich sah jedes Spiel und trug dabei jedes Mal dieses T-Shirt, das mein bester Freund für uns beide in zwei Größen hatte anfertigen lassen (in Auftrag gegeben!), es war weiß und hatte die schwarz-rot-goldenen Farben ganz klein nur an einem Ärmel, und hinten diese Schrift: Ich bin auch irgendwie für Deutschland. Was waren wir stolz, wir beide, auf dieses eine Wort: irgendwie. Es war, als würden wir uns erheben, über den blinden, über den simplen Patriotismus, wir stellten unsere Freude an unserem Land irgendwie selbst auf individuell angefertigten T-Shirts in Frage und waren ein wenig stolz darauf, und heute weiß ich nicht mehr, warum. Ich hatte dieses T-Shirt wieder vergessen, aber heute fiel es mir ein, weil ich über T-Shirts grundsätzlich nachdachte und eben über diesen Party-Patriotismus und Nationalismus und einige andere -ismen noch dazu.

Im Sommer 2006 waren die WM, das sommerliche Wetter, die Partylaune und der Patriotismus zufällig aufeinander gefallen, so wie der 13. manchmal auf den Freitag und manchmal auch auf unglückliche Ereignisse und Pechvögel fällt. Man muss schon einen großen Glauben an den Aberglauben mitbringen, um unglückliche (und möglicherweise sogar selbst verschuldete) Ereignisse auf das Datum und den Wochentag zu schieben, was für die Ursächlichkeit von Nationalismus, das Erstarken von rechtsorientierten Parteien und völkischen Bewegungen und eine Sommerlaune genauso gilt. Es ist nicht von Bedeutung, wer und wie Party feierte und fragwürdige T-Shirts dabeitrug. Es ist aber von großer Bedeutung für uns alle, dass ein gefährlicher Nationalismus um sich greift und immer häufiger die Tagesordnung bestimmt,

und dass dem nichts Positives abzugewinnen ist, darin werden wir, das sage ich jetzt auch mal so dahin, alle, die wir hier sitzen, ebenfalls einig sein. Die Frage, in der wir uns vielleicht nicht einig sind, und die wir vielmehr stellen müssen, ist, was wir dagegen tun können; wir, nicht man, wie wir aktiv werden können, anstatt uns alle nur auf die Schultern zu klopfen wie in einer Selbsthilfegruppe und uns darin zu bestätigen, dass wir Nationalismus nicht gut finden, eine Frage, die möglicherweise etwas weniger unterhaltsam klingt.



Lena Gorelik
Autorin

TAGUNGSREIHE BLICKWINKEL

Die bundesweite Tagungsreihe ‚Blickwinkel – Antisemitismuskritisches Forum für Bildung und Wissenschaft‘ organisiert die Bildungsstätte Anne Frank seit 2014 jährlich in Kooperation mit der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (evz), dem Zentrum für Antisemitismusforschung Berlin und dem Pädagogischen Zentrum des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt. ‚Blickwinkel‘ wird gefördert von Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Rahmen des Bundesprogramms ‚Demokratie leben!‘.

bs-anne-frank.de/blickwinkel

Harry Potter für Nazis



**Die neuen Rechten sind Kosmopoliten:
Sie vernetzen sich global und jetten um die Welt.
Sie geben offen zu, dass ‚Nation‘ und ‚Heimat‘
Phantasiekonstrukte sind wie die Alp aus der
Milka-Werbung. Der Satiriker Leo Fischer
inspiziert den neurechten Nationalitätsbegriff.**

Der Nationalismus ist heute im Kern ungeglaubter Glaube. Ein Betrug, den sogar die meisten seiner Anhänger komplett durchschauen, ein So-tun-als-ob, ein Rollenspiel zum bösen Zweck. Der Betrug wird immer offenkundiger, je machtvoller seine Akteure werden – je stärker sie sich international vernetzen, um ihre nationalen Interessen durchzusetzen. Im Europaparlament gibt es einen Block derjenigen, die gegen Europa sind, die Europa abschaffen wollen mit den Mitteln Europas.

Alice Weidel und Alexander Gauland leben das Leben genau der postmodernen ‚Somewheres‘, die sie kritisieren; fliegen von Washington nach Budapest, um für ihre Sache zu trommeln, sind der Jetset des Nationalismus. Martin Sellner, Chef der Identitären Bewegung in Österreich, schickt Liebesgrüße von seiner amerikanischen Freundin. Steve Bannon berät italienische Rechtspopulisten. Es ist eine internationale Bewegung, die im Kern überhaupt nichts Nationales an sich hat – alle ihre Vertreter können

ist ihre Rede frei von nationalem Chauvinismus, sie gratulieren sich gegenseitig dazu, die Grenzen noch etwas fester geschlossen zu haben. Nur gelegentlich stoßen sie an die Paradoxien ihrer Existenz: So zum Beispiel, als dem österreichischen Identitären-Chef Martin Sellner die Einreise in die USA verweigert wurde. Das Netz ist voll von Videos, in denen sich Sellner wieder und wieder darüber beklagt, dass ihm ausgerechnet ein Amerika unter Trump die Einreise verweigert – obwohl es seiner eigenen Agenda vollkommen entspricht. Er müsste

‚Gedankenverbrecher‘ behandelt worden zu sein.

Sie glauben gar nicht selbst an die Überlegenheit der Nation, an jeder Stelle spüren sie, wie viel Aufwind ihnen internationale Organisationen geben, wie gut sie sich über internationale Plattformen wie Youtube vernetzen können. Sie wollen die Welt selbst nicht, die sie erschaffen, sie könnten in ihr auch gar nicht existieren. Im Gegensatz zum Nationalismus des 20. Jahrhunderts ist ihnen der Konstruktcharakter der Nation vollkommen transparent, sie durchschauen die Fiktion als Fiktion, leben aber die Fiktion. Die Nation ist, um ein Wort aus der Netzwelt zu gebrauchen, ein ‚fandom‘, eine Fan-Gemeinschaft, so wie Harry Potter, nur dass die Leute vom Hut nicht Zauberer- und Hexenhäusern zugeteilt werden, sondern Nationen. Schaut man sich Fotos von Treffen der Identitären an, fühlt man sich wie auf eine Comic-Convention versetzt – lauter obskure Zeichen, die zur Binnendifferenzierung eingesetzt werden, aufgeregtes Reden in einer Phantasiesprache, Pläne für bizarre, unrealisierbare Aktionen wie die Überwachung des Mittelmeers oder eines Gebirgspasses. Dann sieht man da ein halbes Dutzend blasser Jünglinge stehen und irgendein Logo hochhalten,

„Der Betrug wird immer offenkundiger, je machtvoller seine Akteure werden – je stärker sie sich international vernetzen, um ihre nationalen Interessen durchzusetzen“

jederzeit mit allen anderen, sie empfinden keine Sprachbarriere, keine kulturellen Hindernisse. Wenn sie miteinander sprechen,

Trump eigentlich einen Orden dafür überreichen, ihn nicht ins Land zu lassen; stattdessen weint er bittere Tränen, beklagt sich, wie ein

das genauso aus einem Film der Avengers-Reihe stammen könnte.

Es geht also um eine Form der Politik, die sich selbst schon als Fiktion erkannt hat, um Phantasiepolitik sozusagen. Wahrscheinlich ist es auch kein Zufall, dass die Szene der Reichsbürger mittlerweile im nationalen Milieu sehr gut angenommen wird. Die Reichsbürger, eine Gruppe, die vom juristischen Fortbestehen des deutschen Reiches

Die Reichsbürger spielen das Fantasy-Spiel der Nation nur besonders konsequent, sie sind sozusagen die Cosplayer, diejenigen auf der Comic-Convention, die sich schon wie die Fabelwesen anziehen, von denen andere nur lesen wollen. Die Tatsache, dass die Reichsbürger da jetzt mitspielen wollen, ist, glaube ich, ein Kennzeichen für diese Politik der erkannten und gelebten Fiktion: Man will gar nicht Leute,

im Klischee leben, man will in einer Schlagerwelt, in einer Phantasiewelt leben. „Ich glaube an Leute, die sich geben wie sie sind“ – über diesen Satz müsste man eigentlich ein philosophisches Kolloquium ausrichten, aber auch hier geht es darum, einen Schein zu wahren, die als Fiktion erkannte Fiktion durchzusetzen. Man will auch, und darin unterscheidet sich der neuere Nationalismus wieder vom alten, im engeren Sinn gar nichts Ursprüngliches mehr. Man will nicht die Nation retten, eine verlorene Reinheit wiederherstellen, sondern lediglich ein symbolisches Universum, ein ironisches Zitat dieser Reinheit.

Ich glaube, dass man diese Art selbstreflexiver Phantasiepolitik nicht unterschätzen darf, wenn man Nationalismuskritik betreiben will, denn sie ermöglicht eine Reihe von Immunisierungen. Zum Beispiel kann man sich über Andreas Gabalier eigentlich nicht mehr lustig machen – der Unernst ist ja schon Teil der Performance, ohne das Sich-selbst-nicht-ganz-Ernstnehmen würde sie gar nicht funktionieren. Da muss dann auch Satire zwingend scheitern. Das andere ist, dass man auch mit einem positiven Gegenangebot nichts mehr gewinnen kann. Es wird ja von linker oder liberaler Seite oft versucht, ein positives Gegenbild zur Heimat erzeugen, eine Heimat, die alle meint, oder eine Dekonstruktion des Heimatbegriffs probiert wird. Aber die Nation, in der Andreas Gabalier lebt, ist bereits dekonstruiert, und gegen die Milka-Tender-Werbung kann man kein positives Gegenbild erzeugen. Gegen Milka lässt sich nicht argumentieren, Milka hat immer schon gewonnen.

„Hier ist die ironische Performance von Nation, die sich als Performance gleichzeitig völlig ernstnimmt“

ausgeht, sämtliche Gesetze der Bundesrepublik ignoriert (außer denen, die ihnen nützen) und sich immer wieder bewusst in Konflikt mit dem Rechtsstaat bringt. In den Neunzigern waren die Reichsbürger eine winzige Gruppe verschrobener Gestalten, die sich gegenseitig selbstgebastelte Pässe schickten, die sich gegenseitig zu Ministern ernannten. Sie waren so albern, dass sie im rechtsradikalen Milieu vollkommen isoliert waren; zu peinlich sogar für Nazis.

Jetzt ist es so, dass die Reichsbürger nicht nur bewaffnet und gefährlich sind, sondern sich völlig selbstverständlich in der Szene bewegen können, die ihre Konflikte als die eigenen annimmt, sie verteidigt. Sie können das leicht nachlesen, denn wann immer das Waffenlager eines Reichsbürgers ausgehoben wird, springen ihm einhundert Rechte bis Rechtsradikale zur Seite, die zwar das mit dem Deutschen Reich für Quatsch halten, aber felsenfest daran glauben, dass es sich bei dem harmlos als ‚Waffennarr‘ titulierten Milizionär um einen der ihren handelt, einen Vorkämpfer gegen den großen Bevölkerungsaustausch.

die wahrhaftig an die Überlegenheit von Nation und Rasse glauben, sondern Leute, die vor allem mitspielen können. Es geht um eine Performance des Nationalen, weniger um einen Idealismus oder einen quasiwissenschaftlich, kulturalistisch, historisch oder biologistisch begründeten Nationalismus.

Diese Performance lässt sich besonders gut an den neuen kryptonationalen Musikern wie Andreas Gabalier beobachten. Ich weiß, es ist hart, aber hier ein Zitat aus einem Gabalier-Lied: „I glaub an mei Land und die ewige Liab / Nix is mehr Daham als ein Schnitzel aus der Pfann / Tradition leben, mit der Zeit gehen / So wie’s früher in der Milka-Tender-Werbung war / I glaub an Leut, die sich geben wie sie sind / In einem christlichen Land hängt ein Kreuz an der Wand ...“

Hier ist die ironische Performance von Nation, die sich als Performance gleichzeitig völlig ernstnimmt. Man will die Nation aus der Milka-Tender-Werbung, nicht die aus Geschichtsbüchern; man will sozusagen nicht über Klischee zu einem Echten kommen, man will



Leo Fischer
Autor und Satiriker

Boykott für den Frieden?

Die Anhänger*innen der israelfeindlichen BDS-Bewegung werden auch in Deutschland immer wieder in der Öffentlichkeit sichtbar. Die Ziele der Bewegung sind unscharf, ihre Aktionen aggressiv.



Im Rahmen des Berliner Christopher Street Day 2019 organisierte die Gruppe ‚Queers for Palestine‘ einen ‚Soli-Block‘ gegen ‚jede Form von staatlicher Gewalt‘ – allerdings ging es dabei weder um die Verfolgung von LSBTIQ im Iran, noch das queerfeindliche Hamas-Regime. Die Demonstration richtete sich ausschließlich gegen Israel als offensichtlich einzigen problematischen Nationalstaat. In der queeren Community kam es zu hitzigen Auseinandersetzungen um die Teilnahme der Gruppe am CSD.

Wenige Wochen zuvor hatten der ‚Palästinensische Journalist*innen-Verband‘ und das ‚Netzwerk palästinensischer Kulturorganisationen‘ anlässlich des diesjährigen Eurovision Song Contest (ESC) einen offenen Brief an die Mitglieder der ‚Europäischen Rundfunk Union‘ veröffentlicht. Darin forderten sie, die diesjährige Ausstrahlung des ESC in Tel Aviv nicht zu zeigen. Der Brief wurde von

den Seiten der BDS-Kampagne, auch in Deutschland, samt dem dafür angefertigten Logo veröffentlicht. Zu sehen war der ESC-Schriftzug, eingerahmt von Stacheldraht und mit der Unterschrift ‚Artwashing Apartheid‘. Das Herz in dem Schriftzug wurde – wie aufmerksame Beobachter*innen feststellten – durch eine SS-Rune gebrochen.

Die Beispiele machen deutlich, wie die anti-israelische BDS-Bewegung in Deutschland immer wieder öffentlich in Erscheinung tritt. Die Popularität von BDS ist zwar im angloamerikanischen Raum weiterhin deutlich größer, dennoch sind Aktionen wie die genannten auch in Deutschland mittlerweile keine Seltenheit mehr. Auffällig ist dabei, dass sich der Boykott vor allem auf den kulturellen Bereich richtet und immer weniger auf die Wirtschaft. Grund dafür dürfte sein, dass der anfängliche wirtschaftliche Boykott praktisch vollkommen erfolglos war. Seitdem

die Kampagne verstärkt Druck auf Kulturinstitutionen und Universitäten ausübt, um nicht mit israelischen Künstler*innen und Wissenschaftler*innen zu kooperieren, gelangen ihr tatsächlich einige zweifelhafte ‚Erfolge‘. So störten BDS-Anhänger*innen im Juni 2017 einen Vortrag an der HU Berlin, bei dem die damals 82-jährige Shoah-Überlebende Deborah Weinstein sprechen sollte, indem sie ihr zuriefen: „Das Blut von Gaza klebt an euren Händen.“

Im selben Jahr sagten insgesamt sechs, im Jahr darauf zwei englische Bands die Teilnahme am Berliner ‚Pop Kultur Festival‘ ab. Der Grund 2018: Die israelische Botschaft hatte einen Fahrtkostenzuschuss für Künstler*innen in Höhe von 1200 Euro bewilligt.

Auch wenn es ganz unterschiedliche Gründe geben mag, sich BDS anzuschließen, sind die Forderungen der Kampagne antisemitisch. Sie erfüllen die ‚drei Ds‘, die Nathan Sharansky als Kriterium für israelbezogenen Antisemitismus ausgemacht hat: Dämonisierung, Delegitimierung und die Bewertung nach Doppelstandards. Ein Beleg dafür ist der Gründungsauftrag von BDS, der drei Ziele nennt, die allesamt problematisch sind.

1. „Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beenden und die Mauer abreißen.“

Die Forderung lässt unklar, welche Gebiete mit ‚arabischem Land‘ gemeint sind. Wenn man die ständigen Rufe von BDS-Anhänger*innen ‚from the river to the sea, Palestine will be free‘ und auch zahlreiche Äußerungen prominenter Unterstützer*innen ernst nimmt, drängt sich der begründete Verdacht auf, dass damit das ganze ehemalige Mandatsgebiet Palästina, also ganz Israel gemeint ist. Bei der Mauer bzw. dem Zaun, die Israel von den palästinensischen Gebieten trennen, handelt es sich um eine Sicherheitsvorkehrung, die im Zuge der zweiten Intifada getroffen wurde, als Palästinenser*innen zahlreiche Attentate auf israelische Zivilist*innen verübt hatten.

2. „Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen Bürger*innen Israels auf völlige Gleichheit anerkennen.“

Diese Forderung trifft ins Leere, denn arabisch-palästinensische Bürger*innen haben in Israel rechtliche Gleichheit: Sie können an israelischen Universitäten studieren oder sich zur Wahl stellen lassen. Der Begriff des Apartheidsregimes, der von BDS-Anhänger*innen für Israel verwendet wird, ist angesichts der rechtlichen Gleichstellung völlig unpassend. Wie alle modernen Gesellschaften ist auch die israelische nicht frei von Rassismus – und dort, wo er auftritt, muss er entschieden bekämpft werden.

3. „Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN-Resolution 194 vereinbart wurde, respektieren, schützen und fördern.“

Die Forderung mag simpel und gerecht klingen, ist aber sehr kompliziert: Als palästinensische Geflüchtete gelten nämlich nicht nur diejenigen, die während des israelischen Unabhängigkeitskrieges 1947/48 geflohen sind, sondern auch deren Nachkommen. Weltweit einmalig, vererbt sich der palästinensische Geflüchtetenstatus auf die Folgegenerationen, so dass aus den etwa 800.000 Geflüchteten von damals mittlerweile fünf Millionen geworden sind. Diese Menschen ‚zurückkehren‘ zu lassen, ist eine Forderung, die Israel unmöglich erfüllen kann. Zudem verunmöglicht das Narrativ der ‚Rückkehr‘ den Palästinenser*innen, in den Aufnahmestaaten jemals anzukommen.

Wie erfolgreich ist BDS, was wurde seit der Gründung erreicht? In England sind die Forderungen von BDS zum festen Repertoire der parlamentarischen Linken geworden, in den USA bestimmen sie die Campus-Politiken verschiedener Universitäten. Haben sie aber zur Verbesserung der Lage der Palästinenser*innen beigetragen? Das lässt sich deutlich verneinen. BDS hat den Palästinenser*innen wenig mehr anzubieten als den Hass auf Israel und den Erhalt des Status Quo. Während der wirtschaftliche Boykott Israel kaum schadet, wirkt sich der politische und kulturelle Boykott jedoch negativ auf Initiativen aus, die auf einen israelisch-palästinensischen Dialog hinarbeiten. Frieden in der Region und ein besseres Leben für die Menschen dort sind aber nur möglich, wenn die Bestrebungen um Dialog, Kompromisse und Demokratie unterstützt werden – und nicht boykottiert.



Tom Uhlig leitet das Projekt ‚Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der Linken‘

DAS GEGENTEIL VON GUT – ANTISEMITISMUS IN DER LINKEN

4 Gründe, warum BDS antisemitisch ist. Unsere kostenfreie Broschüre gibt es zum Download und kann als Printexemplar bestellt werden.

Das Projekt wird gefördert vom Hessischen Kompetenzzentrum gegen Extremismus und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Förderprogramms ‚Demokratie leben!‘.

bs-anne-frank.de/gegenteilvongut

GUILTY PLEASURES

Böse Menschen haben keine Lieder? Ganz so einfach ist es offenbar nicht. Vor allem im anglo-amerikanischen Raum unterstützen zahlreiche Musiker*innen die antisemitische BDS-Bewegung; etwa, indem sie ‚Free Palestine‘-Aufrufe verbreiten oder Druck auf andere Künstler*innen ausüben, nicht in Israel aufzutreten. Die wohlklingenden Boykottierer*innen zu boykottieren, kann allerdings ganz schön schwierig sein, wie der Musikjournalist Klaus Walter eingesteht. Seine Playlist zeigt, welche Songs von BDS-Unterstützer*innen er trotzdem hört – und warum.

Brian Eno – By this river

Auf seinem 77er-Album beweist das antiimperialistische Produzenten-Genie, dass er auch ein toller Sänger sein kann. Bei Roxy Music war er das linke Pendant zum umgänglichen Gemüts-Tory und Dandy-Darsteller Bryan Ferry.

Robert Wyatt – The age of self

„They say the working class is dead, we’re all consumers now / They say that we have moved ahead, we’re all just people now“, Thatcherismus in zwei Zeilen auf den Punkt gebracht vom großen Robert Wyatt 1985. Drei Jahre vorher hatte er mit ‚Shipbuilding‘ einen der definitiven Songs zum Falklandkrieg gesungen, geschrieben von Elvis Costello.

Elvis Costello – Shipbuilding

Costello veröffentlichte seine Version ein Jahr nach Wyatt. Der Song behandelt den Boom der Schiffbauindustrie im Zuge der Kriegserklärung. Und die jungen Briten, die in den neu gebauten Schiffen als Soldaten ihr Leben lassen.

Kate Tempest – Europe is lost

„...but sex is still good when you get it“, der einzige Lichtblick im Brexit-Weltuntergangs-Rant von 2016. Wie so viele britische Pop-Linke unterstützt Tempest ‚Free Palestine‘-Aufrufe, sagt aber: „Ich habe selbst Familie in Israel. Ich bin Jüdin. Ich habe keine anti-israelische Meinung, was die israelische Bevölkerung betrifft.“



Klaus Walter
Musikjournalist

Public Enemy – Fight the power

Der Hit aus Spike Lees Film ‚Do the right thing‘ von 1989. Dummerweise kämpfen Public Enemy nicht nur gegen rassistische Mächte, sondern rhetorisch auch schon mal gegen „die Juden, die für die Übel dieser Welt verantwortlich sind“.

Pulp – Common People

Kaum ein Texter kann solche (Melo-)Dramen über die Abgründe der britischen Klassengesellschaft schreiben wie Jarvis Cocker aus der einstigen Stahlstadt Sheffield.

Pink Floyd – See Emily Play

Hier gibt es keine Gewissenskonflikte. So lange Syd Barrett bei Pink Floyd etwas zu sagen hatte, machten sie bezaubernden psychedelischen Pop. Mit Barretts Abgang begann das Regime von Roger Waters und damit der künstlerische Niedergang („We don’t need no education“). Unter dem grumpy old man des Pop-Antisemitismus ließen Pink Floyd dann Schweine fliegen.



„Es schockiert, wie viele Kinder ein schlechtes Bild von sich haben“



Ermira (21), Siham (24) und Walid (26) sind drei von 43 Demokratietrainer*innen, die in Workshops der Bildungsstätte mit Jugendlichen zu Themen wie Rassismus, Antisemitismus, Homosexuellenfeindlichkeit und Diskriminierung arbeiten. Im Gespräch mit der Leiterin des Bereichs Pädagogik, Saba-Nur Cheema, berichten sie über ihre Motivation, sich als Muslim*innen gegen Antisemitismus einzusetzen, ihre Erfahrungen in Workshops mit Schüler*innen und warum es wichtig ist, dass Vorbilder Erwartungen brechen.

Saba

Erzählt doch mal, warum ihr Trainer*innen in der Bildungsstätte geworden seid und was euch an der Arbeit gefällt!

Ermira

Mir gefällt die Arbeit mit Jugendlichen und es tut generell gut, auch mal mit Menschen außerhalb des Uni-Kosmos zu tun zu haben. Ich finde es wichtig, mich gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung einzusetzen – vielleicht auch, weil ich selbst einen sogenannten Migrationshintergrund habe.

Siham

Bei mir ist es ähnlich. Ich arbeite einfach gern mit Jugendlichen, deshalb studiere ich ja auch auf Lehramt. Ich finde es spannend, als Trainerin in der Bildungsstätte mit so vielen verschiedenen Schulformen in Kontakt zu kommen, es reicht ja echt von Grundschule bis Berufsschule.

Walid

Ich war schon seit meiner eigenen Jugend in der Jugendarbeit meiner islamischen Gemeinde aktiv. Mit der Arbeit in der Bildungsstätte setzte ich das gewissermaßen fort, aber in einem anderen Umfeld. Wenn ich an Schulen gehe, will ich damit gleichzeitig die Schüler*innen empowern, die dort vielleicht Rassismuserfahrungen machen – gleichzeitig empowere ich damit aber auch mich selbst, weil ich damals selbst eins von diesen Kindern war.

Saba

Ihr habt alle etwas, das gemeinhin als ‚muslimischer Hintergrund‘ bezeichnet wird. Wie würdet ihr den selbst beschreiben und welche Rolle spielt der in eurer Arbeit?

Siham

Ich fange mal an, weil ich wegen meines Kopftuchs auf jeden Fall als Muslima sichtbar bin – und ich mich auch als solche verstehe. Ich merke, dass muslimische Schüler*innen einen Bezug zu mir finden. Ich erinnere mich an einen Workshop neulich, in dem die Schüler*innen sexistische und homophobe Sprüche gebracht haben, es war echt katastrophal! Ich habe dann gesagt, dass ich auch homosexuelle Muslime kenne – und plötzlich war das Thema gar nicht mehr so abstrakt für die Jugendlichen, sondern sehr real und greifbar.

Ermira

Mir geht es da anders, ich werde oft nicht als Muslima erkannt – oder mir wird Muslimischsein sogar abgesprochen, weil ich ‚so‘ rumlaufe...

Siham

... du läufst gut rum!

Ermira

Danke! Ich bin sehr muslimisch aufgewachsen, mein Onkel ist Imam. Ich bin selbst auch gläubig. Dass das also zusammen geht, nehme ich mit in die Klasse, und das eröffnet vielen Kids andere Perspektiven. Neulich kam ein albanisches muslimisches Mädchen nach einem Workshop zu mir. Sie hatte nie geplant, etwas anderes zu tun als das, was andere für sie vorgesehen hatten: einen Hauptschulabschluss zu machen. Sie hatte aber auch noch nie eine albanische muslimische Frau getroffen, die Abitur gemacht hat und zum Studieren in eine andere Stadt gezogen ist. Sie wollte dann ganz genau von mir wissen, wie ich das angestellt habe.

Walid

Ich werde als Muslim gelesen und bin es auch! Ich arbeite ganz bewusst mit meinem Körper und meiner Erscheinung: Da ist einerseits der Bart, dann sind da aber auch transgressive Aspekte wie meine Ohrringe und Tattoos. Das irritiert die Kids manchmal, erzeugt aber auch spannende Projektionen. Ich merke, dass ich sehr gut mit muslimischen Jugendlichen arbeiten kann, aber natürlich achte ich darauf, niemanden zu bevorzugen. Die Kehrseite ist übrigens, dass mich Lehrer*innen manchmal nicht ernst nehmen, wenn ich für einen Workshop an die Schule komme...

Siham

...ja, das kenne ich auch, also dass die Lehrer*innen dann gar nicht glauben können, dass ich den Workshop leite.

**„Ich sage den Kids immer:
Eure Bildungsbiografie muss nicht
mit der Hauptschule enden!“**

Saba

Was wollt Ihr Jugendlichen – ob muslimisch oder nicht – mitgeben?

Ermira

Mir ist es wichtig zu zeigen, dass man als muslimischer Mensch viele Möglichkeiten hat, sein Leben zu gestalten – und nicht nur das sein muss, was die Mehrheitsgesellschaft einer oder einem vorschreibt. Ich hoffe, dass ich in dieser Hinsicht ein Vorbild sein kann.

Walid

Ich sage den Kids immer: In ein paar Jahren könnt ihr hier an meiner Stelle vor einer Klasse stehen; eure Bildungsbiografie muss nicht mit der Hauptschule enden! Außerdem ist mir immer wichtig, für Solidarität einzutreten, also gegen Opferkonkurrenz und für Allianzen!

Siham

Viele Kids haben einen enormen Redebedarf über Rassismuserfahrungen, die sie gemacht haben. In vielen Workshops wird deutlich, dass es dafür im Schulalltag sehr wenig Raum gibt. Es schockiert mich immer wieder, wie viele Kinder ein schlechtes Bild von sich selbst haben – sie haben sich sicher nicht selbst ausgedacht, dass sie dumm sind und nur stören, das haben ihnen offensichtlich die Lehrer*innen gesagt! Leider ist ein einzelner Workshop einfach zu kurz, um nachhaltig dagegen anzugehen, aber einen Anstoß gebe ich trotzdem jedes Mal!

„Für mich war das nie ein Widerspruch, muslimisch zu sein und mich gegen Antisemitismus einzusetzen“

Saba

Ihr sorgt also für ordentlich Irritation. Gehört dazu auch das Stereotyp, Muslime seien antisemitisch?

Walid

Also ich erzähle gerne, dass ich in der Bildungsstätte Trainer bin. Wenn Leute darüber irritiert sind, versuche ich herauszukitzeln, warum. Es ist auf jeden Fall immer ein Verdachtsmoment da, gegen das ich ankämpfen muss, was mich manchmal nervt. Bei Jugendlichen ist es ja oft so, dass sie sowohl in ihrem Elternhaus als auch in der Schule antisemitische Narrative lernen. Das gilt übrigens für alle Schüler*innen, egal welcher Religion. Bei muslimischen Schüler*innen fällt es mir leicht zu widerlegen, dass Antisemitismus allein religiös begründet ist. Außerdem kann man an den Diskriminierungserfahrungen ansetzen und deutlich machen, dass auch Jüdinnen und Juden tagtäglich diskriminiert werden, und dass Solidarität mit ihnen deshalb wichtig ist.

Siham

Für mich war das nie ein Widerspruch, muslimisch zu sein und mich gegen Antisemitismus einzusetzen. In Workshops kommen manchmal Debatten über den Nahostkonflikt auf – auch in Workshops, die damit gar nichts zu tun haben. Wenn palästinensische Schüler*innen über den Nahostkonflikt sprechen, merke ich, dass sie das Leid, das sie erfahren haben, nicht anders artikulieren können als über antisemitische Erzählungen. Es ist wichtig, diese Verknüpfung zu lösen.

Ermira

Ja, der Nahostkonflikt ist bei vielen muslimischen Schüler*innen Ansatzpunkt für israelbezogenen Antisemitismus. Andererseits können muslimische Schüler*innen in der Regel nichts mit den antisemitischen Stereotypen anfangen, die „herkunftsdeutsche“ Schüler*innen äußern – zum Beispiel die Fantasie, dass Juden keine Steuern zahlen. Man braucht unterschiedliche pädagogische Ansätze, um den unterschiedlichen Formen von Antisemitismus zu begegnen.

„Das Urvertrauen ist erschüttert“

Insgesamt vier Drohbriefe mit der Unterschrift ‚NSU 2.0‘ hat die Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız erhalten, die im NSU-Prozess Angehörige von Opfern der rechten Terrorgruppe vertreten hatte. Die Drohbriefe enthielten persönliche Daten von Başay-Yıldız, die zuvor von einem Frankfurter Polizeicomputer aus abgerufen worden waren. Der Fall machte bundesweit Schlagzeilen und entfachte eine Debatte über Unterstützerstrukturen in den Sicherheitsbehörden. Mit der Beratungsstelle response die Rechtsanwältin über ihr Vertrauen in den Rechtsstaat, die Erfahrungen im NSU-Prozess und den Umgang mit rechten Drohungen gesprochen.



Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız

Liebe Frau Başay-Yıldız, sie geben keine Interviews mehr, gehen nicht mehr ins Fernsehen. Umso mehr freut es uns, dass Sie sich heute Zeit für uns nehmen – der Andrang muss riesig sein.

Ja, tatsächlich gibt es keine Fernsehsendung, keine Talkshow, in die ich nicht eingeladen werde – schon seit Monaten. Leider erlebe ich, dass es dort weniger um mich als Anwältin und meine Haltung zum Rechtsstaat geht, sondern ich immer nur „das Opfer“ bin. Das möchte ich nicht. Abgesehen davon gibt es nach wie vor den Sicherheitsaspekt, der mir Sorgen macht. Aber aus allem rausziehen möchte ich mich auch nicht, man muss ja auch Haltung zeigen.

Das ist sicher eine Gratwanderung – sich für eine bestimmte Gruppe von Menschen einzusetzen, die nicht sichtbar ist, andererseits nicht als Privatperson im Vordergrund zu stehen.

Ja, deswegen versuche ich mich für ausgewählte Projekte einzusetzen. Vielfach werde ich schon deshalb als Radikale hingestellt – auch wegen meiner Mandanten. Dabei sage ich einfach: Mein Gott, wir haben hier halt seit 70 Jahren das Grundgesetz, die Menschenwürde gilt eben ausnahmslos für alle. Ich unterstütze zum Beispiel die Gesellschaft für Freiheitsrechte in Berlin. Die setzen sich für Grund- und Menschenrechte ein, indem sie u.a. Verfassungsbeschwerden gegen Änderungen der Polizeigesetze erheben.

Ihre Geschichte als Anwältin wurde sehr oft von den Medien erzählt, wollen Sie sie vielleicht einmal selbst erzählen?

Kurz gesagt: Ich konnte es schlicht nicht fassen, wie das in Deutschland möglich sein konnte, dass Rechtsterroristen mordend durch das Land ziehen – und keiner kriegt es mit bei den Sicherheitsbehörden. Als ich das im November 2011 im Radio gehört habe, war ich richtig betroffen. Nicht ohne Grund habe ich Jura studiert, ich habe mich auch in meinem Leben immer durchgekämpft, in dem Vertrauen, dass unser Rechtssystem funktioniert. Gerade als Anwältin muss ich Vertrauen in den Rechtsstaat haben: dass alle vor dem Gesetz gleich sind und der Staat jeden Bürger dieses Landes gleich schützen muss – unabhängig von seiner Herkunft, Hautfarbe, Religion und Staatsangehörigkeit.

Und dieses Urvertrauen wurde durch die Aufdeckung des NSU erschüttert. Ich habe die Geschehnisse nach der so genannten Selbstenttarnung des NSU medial verfolgt, las alle Berichte. Schließlich kam im Februar 2012 der Anruf von der Kollegin: „Frau Şimşek sitzt gerade bei mir im Büro, sie sucht eine Anwältin im strafrechtlichen Bereich und würde dich gerne kennenlernen.“ Dann fragte ich: „Frau Adile

Şimşek?“, und sie sagte: „Ja, die Frau des ermordeten Enver Şimşek“. Das erste Mordopfer des NSU. Ich merkte dann schnell, dass ich auch eine persönliche Ebene zu Frau Şimşek hatte, das ist in der Nebenklagevertretung wichtig.

Frau Şimşek und ich bekamen dann im weiteren Verlauf Akteneinsicht und wir waren richtig geschockt. Bei fast allen Ermittlungsakten, bei allen Morden bis auf den an Michèle Kiesewetter, hatten sich die Ermittlungsbehörden gleich zu Beginn festgelegt. Bei Şimşek sagte schon die erste Aktennotiz: „Der Familie wird mitgeteilt, dass in Richtung Drogenkriminalität ermittelt wird.“ Als Anwältin kenne ich solche Vermerke. Meist sind die so Beschuldigten mit ähnlichen Taten aufgefallen, auch wenn sie nicht verurteilt wurden – es gab also irgendeinen Bezug. Im Fall der NSU-Opfer gab es aber keinen Bezug: Es werden Spuren verfolgt, die es nicht gibt – wie kann das sein?! Und das war nicht nur bei Enver Şimşek so, das war bei allen so. Es war schlimm zu erleben, was mit den Familien passierte, die auf diese Weise kriminalisiert wurden. Frau Kilic, die Ehefrau des in München getöteten Habil Kilic, hat vor Gericht ausgesagt, dass ihr Kind die Schule wechseln musste, weil andere Eltern sich beschwerten: Unsere Kinder sind durch die Drogenmafia in Gefahr!

„Dönermorde – ist mein Vater etwa ein Döner, oder was?“

Da haben wir als Gesellschaft versagt, da hat die Presse mit dem menschenverachtenden Begriff der ‚Dönermorde‘ versagt: Der Sohn meiner Mandantin, Abdulkarim Şimşek, hat gesagt: „Dönermorde – ist mein Vater etwa ein Döner, oder was?“

Die Angehörigen der Opfer wurden allein gelassen. Sie haben selber Demonstrationen organisiert, sind selber mit Familienangehörigen auf die Straße gegangen. Ich selbst habe mit einem knappen Dutzend toller Kollegen im NSU-Prozess zusammengearbeitet. Wir haben viele Anträge gestellt, um den NSU-Komplex und die Unterstützer-Netzwerke aufzudecken. Das ist uns nicht gelungen. Am Ende haben auch wir versagt. Die wichtigste, entscheidende Frage unserer Mandanten haben wir nicht beantworten können: „Wie wurden die Opfer ausgewählt?“ Der Generalbundesanwalt sagt, es war Zufall. Sind Bönnhardt und Mundlos zufällig nach Nürnberg gefahren, sind sie zufällig vorbei gefahren



am Blumenstand von Enver Şimşek? Das Argument hieß immer: Hier sitzen fünf Angeklagte, und nur um die geht es. Nicht um die Anderen, nicht um den Staat. Wenn man Akten vom Verfassungsschutz haben wollte, war das Argument, das Geheimhaltungsinteresse des Staates überwiegt. Deswegen können wir die Akten nicht freigeben, deswegen können V-Leute die Fragen der Nebenklage nicht beantworten. Am Ende sind auch wir gescheitert. Aber wir haben alles getan. Das wissen unsere Mandanten auch. Ich hätte gerne gezeigt, dass man trotzdem Vertrauen in unseren Staat haben kann, dass es aufgearbeitet wird, dass das Versprechen der Kanzlerin nicht umsonst war.

Der Tag der Urteilsverkündung war sowohl für meine Mandanten als auch für mich persönlich ganz schlimm. Es ist nicht unüblich, dass Gerichte persönliche Worte an die Opfer richten, an die Hinterbliebenen. Gelegentlich verordnet der Vorsitzende sogar eine Schweigeminute. Doch dieses Gericht war nicht in der Lage, nach 438 Verhandlungstagen ein paar persönliche Worte an diese Menschen zu richten. Die Mandanten haben diesem Gericht

„Der Tag der Urteilsverkündung war sowohl für meine Mandanten als auch für mich persönlich ganz schlimm“

unglaublichem Respekt entgegengebracht, haben während der Verhandlung, und auch wenn es schwer gefallen ist, Abläufe nicht gestört. Vater Yozgat war nicht oft da, aber er wollte an einem Verhandlungstag drei Sätze sagen, wozu es eine lange Diskussion gab, ob er überhaupt reden darf. Das Gericht erteile ihm nicht das Wort. Herr Yozgat hat sich immer zurückgenommen, immer an die Regeln gehalten. Ich fand das unglaublich beschämend, dass er nicht sprechen durfte. Und am Ende war dieses Gericht auch nicht in der Lage, diesen Menschen ein paar Worte auf den Weg zu geben, damit sie auch einen Abschluss finden können. Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich mir nicht fünfeinhalb Stunden mit meinen Mandanten die Urteilsbegründung angehört, sondern wäre nach zwei Minuten gegangen. Als das Urteil für André E. erging, zweieinhalb Jahre, nachdem der Bundesanwalt zwölf Jahre für ihn beantragt hatte, ist ein tosender Applaus und Jubel unter den Rechtsradikalen

im Zuschauerraum ausgebrochen. Das Gericht, das nicht in der Lage war, diesen Jubel zu unterbinden, war dasselbe Gericht, das Vater Yozgat nicht das Wort erteilt hat. Das war auch für mich schwer zu verarbeiten. Ich bin im neunten Monat schwanger zu diesem Prozess gefahren. Ich habe meiner Mandantin ein Versprechen gegeben, diesen Prozess bis zum Ende zu begleiten. Vier Tage nach der Geburt meines Kindes habe ich wieder an den Verhandlungen teilgenommen. Am Ende muss ich sagen, es hat sich nicht gelohnt. Wir haben alles getan, sind aber trotzdem gescheitert. Es war auch für mich eine Sache, die ich am Ende verarbeiten musste.

Sie haben vorhin gesagt, dass Sie unter der Voraussetzung Anwältin geworden sind, dass der Rechtsstaat für alle gilt. Wie setzen Sie jetzt das Erlebte um in ihrer täglichen Arbeit? Sie haben jetzt sicherlich eine ganz andere Perspektive.

Ich muss natürlich weitermachen. Es hilft ja nichts, wenn man aufgibt. Mein Vertrauen ist aber erschüttert. Ich habe neulich an einer Podiumsdiskussion teilgenommen, da hat ein Teilnehmer, ein Nicht-Jurist, gesagt: „Als ich das alles gehört hab, ist bei mir was kaputt gegangen.“ Da habe ich zu ihm gesagt: „Ganz ehrlich, bei mir ist auch was kaputt gegangen.“ Trotzdem ist meine Devise: Ich gucke immer nach vorne und nicht zurück. Verbitterung bringt einen nicht weiter im Leben.

Sie haben erzählt, was den Betroffenen und Angehörigen passiert ist, und dass Sie sich auch vom Gericht ein paar Worte gewünscht hätten. Welche Forderungen haben Sie in dieser Hinsicht noch?

Opferrechte spielen im Strafverfahren leider keine so große Rolle. Das wird sich in Zukunft leider auch nicht ändern. Aber in diesem Fall hätte es oft schon gereicht, wenn der eine oder andere Ermittlungsbeamte, der als Zeuge ausgesagt hat, sich entschuldigt hätte. Das hätte auch nicht in der Verhandlung sein müssen, jemand hätte auch auf Frau Şimşek zukommen und sagen können: „Frau Şimşek, es tut uns leid. Wir haben Sie, ihre Familie und ihren Mann zu Unrecht beschuldigt.“ Das war einfach nicht möglich. Es gab aber kein Fehlerbewusstsein, weil es ja angeblich keine Anhaltspunkte gab, in Richtung rechts zu ermitteln. Ja, und welche Anhaltspunkte hatten sie, ein Jahrzehnt in Richtung Drogenhandel zu ermitteln? Wenn gar keine Erkenntnis da ist, etwas falsch gemacht zu haben, frage ich mich schon, was sich dann ändern soll. Der NSU ist ja auch nur zufällig aufgefliegen, beziehungsweise hat sich selbst enttarnt. Hat man da nicht auch einen kriminalistischen Ehrgeiz?

Im Zuge des NSU-Prozesses wurde sogar darüber nachgedacht, die Rechte der Nebenklage und der

Opfer einzuschränken, weil derart viele Anwälte damit beschäftigt waren. Was hat sich da getan?

Noch ist es so, dass wir genau dieselben Rechte wie die Verteidigung haben, wir können Beweisanträge stellen, wir können Beanstandungen vornehmen, Befangenheitsanträge stellen. Das ist auch gut so. Trotzdem wird eine Einschränkung dieser Rechte diskutiert, da die Nebenklage angeblich den Prozess verzögert. Wissen Sie, wir saßen in diesem Prozess nicht einen Tag länger, weil die Nebenklage unzulässige Anträge gestellt hatte. Sie waren alle zulässig. Gottseidank sind diese Diskussionen verstummt. Es fehlen nach wie vor unabhängige Stellen, bei denen sich Opfer beraten lassen können, außerhalb der Polizei – über die Polizei kann man sich nur bei der Polizei beschweren. So ändert sich nichts.

Stichwort Polizei: Plötzlich sind Sie nicht mehr Verteidigerin, sondern selber im Visier. Was ist da der Status quo?

Der Status quo ist, dass der Absender des Fax noch nicht ermittelt wurde – und mehr weiß ich auch nicht. Was feststeht ist, dass kurz bevor das erste Fax an mich versendet wurde, meine Privatanschrift und der Name und das Geburtsdatum meiner Tochter und anderer Familienangehöriger aus dem



Demo am 11.07.2018, Tag der Urteilsverkündung im NSU Prozess: Das Bündnis ‚NSU-Komplex auflösen‘ fordert weitere Aufklärung. Angehörige, Familien und Nebenklage laufen vorne weg.

Polizeirevier abgefragt wurden. Seit dem NSU-Prozess bin ich viel gewöhnt, auch viele Beleidigungen. Doch bei dem Fax habe ich zum ersten Mal Anzeige erstattet. Die Daten in diesem Fax konnte niemand einfach so haben. Die Polizei habe ich damals nicht vermutet. Der Beamte, der mit mir geredet hat, hat das sehr ernst genommen und hatte auch keine Probleme, gegen die eigenen Kollegen zu ermitteln. Er und seine Kollegen haben schnell festgestellt, dass das von einem Polizeicomputer abgefragt wurde, einen Durchsuchungsbeschluss beantragt und im Polizeirevier Computer und Handys von Kollegen beschlagnahmt. So kamen diese Chats ans Licht, die ja richtig schlimm gewesen sein sollen. Dass diese Beamten ihren Job richtig gemacht haben, lässt mich wieder etwas Vertrauen in diese Institution gewinnen. Leider habe ich davon zuerst nur aus der Presse erfahren.

Was sind Ihre Hoffnungen für den Fall?

Dass der Faxversender gefasst wird, und dass die Beamten, die sich in diesen Chats ja wohl rassistisch und auch antisemitisch geäußert haben sollen, nicht nur suspendiert bleiben, sondern aus dem Dienst entfernt werden. Wenn man wirklich das Vertrauen in die Polizei wiederherstellen will, muss man hier hart durchgreifen. Wer sich nicht mehr auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unserer Verfassung bewegt, darf kein Beamter mehr sein. Ganz einfach.

Das ist auch eine ziemlich hohe Belastung für Sie persönlich. Auch hier, in unserem Gespräch. Wie gehen Sie damit um?

Es ist schwierig. Ich versuche, mir nicht so viele Gedanken zu machen, man muss ja trotzdem weiter seine Arbeit verrichten. Ich bin keine ängstliche Person, aber ich bin auch nicht leichtfertig. Ich bin berufstätige Mutter, ich kann nicht 24 Stunden bei meinem Kind sein. Wir versuchen, als Familie damit umzugehen. Ich kann das, mein Mann kann es auch, aber andere Angehörige sind sehr verängstigt.

Sie haben vorher gesagt, dass Sie Drohungen erhalten haben. Würden Sie jetzt, nach dem Mord an Walter Lübcke, anders mit Drohungen umgehen?

Ich habe schon immer gesagt, dass die Gewaltbereitschaft der rechten Szene in diesem Land unterschätzt wird. Nach wie vor. Man hat nichts aus dem NSU gelernt. Ich vertrete ja unter anderem auch islamistische Gefährder, die observiert werden, die rund um die Uhr überwacht werden, die abgehört werden, die elektronische Fußfesseln haben.

Wie sieht es da eigentlich aus mit ‚rechten‘ Gefährdern, frage ich mich? Der Rechtsstaat hat ja Möglichkeiten. Warum werden diese Leute nicht



Seda Başay-Yıldız mit Adile Şimşek (vorne) auf dem Weg zum NSU-Prozess am Oberlandesgericht München

überwacht? Im Fall Lübcke möchte ich mich mit Spekulationen eher zurückhalten. Aber dass es ein Rechtsradikaler war, hat mich schon zum Nachdenken gebracht.

Es gibt jetzt die Forderung, dass Personen, die wie Lübcke auf sogenannten Feindeslisten stehen, informiert werden sollen. Wie sehen Sie das?

Das halte ich für richtig. Auch beim NSU lagen den Behörden Listen vor, und auch dort wurden Betroffene nicht informiert. Sicherheitsbehörden sind verpflichtet, solche Informationen herauszugeben. Wenn Betroffene in Unwissenheit gelassen werden, ist das nicht zu rechtfertigen.

Der Mord an Lübcke zeigt klar: Die Gewaltbereitschaft der rechten Szene wurde und wird nach wie vor unterschätzt. Der Staat hat die notwendigen Mittel, um härter und entschiedener gegen organisierte rechte Gewalt vorzugehen. Diese werden offensichtlich nicht genutzt.

In der Pressekonferenz zum Mord an Lübcke sprach Innenminister Horst Seehofer von einer ‚neuen Dimension‘ rechter Gewalt, und ich frage mich: Was für eine neue Dimension? Vorher waren es überwiegend migrantische Opfer, die durch rechten Terror umgekommen sind. Sobald ein deutscher Politiker stirbt, hat es plötzlich eine andere Dimension. Hier

wird mit zweierlei Maß gemessen. Auch, dass einschlägige Medien von einer ‚neuen Qualität rechter Gewalt‘ sprechen, finde ich absurd.

„Ich habe schon immer gesagt, dass die Gewaltbereitschaft der rechten Szene in diesem Land unterschätzt wird“

Gemeinsam mit vielen anderen Personen habe ich in meiner Rolle als Nebenklageanwältin der Angehörigen von Enver Şimşek während des NSU-Prozesses dafür gekämpft, dass Akten freigegeben werden, um den Unterstützerkreis des NSU offenzulegen. Oder um zu erfahren: Was wusste der Verfassungsschutz zu welchem Zeitpunkt? In Hessen sollten die Akten noch 120 Jahre unter Verschluss bleiben. Jetzt, wo ein deutscher Politiker tot ist, sprechen wir endlich über Akteneinsicht. Ich begrüße es, dass die Szene nun besser ausgeleuchtet werden soll, und dass auch hinterfragt wird,

warum der Verfassungsschutz Personen wie Stephan E. nicht genügend auf dem Radar hatte – aber schade, dass 438 NSU-Prozesstage nicht den Anlass gegeben haben, solche Diskurse in Gang zu bringen. Offensichtlich ist es uns nicht gelungen, weil es migrantische Opfer waren.

Glauben Sie, dass vom Verfassungsschutz noch etwas kommt?

Ich habe mein Vertrauen in den Verfassungsschutz verloren. Aus dem NSU-Verfahren weiß man: Als das Trio 1998 per Haftbefehl gesucht wurde und untertauchte, hatte der Verfassungsschutz Informationen über ihren Aufenthaltsort. Diese hätten sie einfach nur an die Ermittlungsbehörden weitergeben müssen. Ich habe vor allem ein Problem mit V-Personen in der rechten Szene: Das sind Rechtsradikale, mit denen sich der Staat nicht auf eine Ebene begeben sollte. Grundsätzlich sollten gar keine Extremisten Geld vom Staat bekommen. Tino B. hat selbst ausgesagt, dass er das Geld des Verfassungsschutzes in den Aufbau rechter Netzwerke investiert hat. Das kann nicht richtig sein.

Hat die mangelnde Aufklärung rechter Gewalt also weiteren Terror ermöglicht?

Ja, denn das Verfahren hatte keine Konsequenzen. Das Fazit für unsere Behörden war, dass der NSU nur ein isoliertes Trio sei, dass es keine Unterstützernetzwerke gäbe und dass die Opfer zufällig ausgewählt wurden. Dass Böhnhardt und Mundlos derart detaillierte Informationen über ihre Opfer besaßen, ist nur eines der vielen Argumente dafür, dass es

„Ich habe mein Vertrauen in den Verfassungsschutz verloren“

viele Unterstützer*innen oder Hinweisgeber*innen gegeben haben muss – und zwar in ganz Deutschland. Außer Zschäpe sitzt jedoch niemand in Haft. Es wurde weder der Strafrahmen ausgeschöpft, noch hat man mit aller juristischen Härte durchgegriffen. Dies war ein fatales Signal in die rechte Szene. Die Prozesszeugen aus der rechten Szene haben sich bei ihren Aussagen immer wieder auf Erinnerungslücken berufen, sind ohne Konsequenzen aus diesem Verfahren raus und haben kein Zwangsgeld zahlen müssen, wie es in anderen Verfahren üblich ist. Das war ein Freifahrtschein für die rechte Szene. Das Ergebnis sehen wir jetzt.

Wie könnte ein hartes Durchgreifen jetzt aussehen?

Zum Beispiel durch uneingeschränkte Aktenfreigabe. Sie ist nach wie vor eine reine Ermessensentscheidung. Immer, wenn wir während des NSU-Verfahrens Akteneinsicht forderten, wurde argumentiert, das Geheimhaltungsinteresse überwiege das Aufklärungsinteresse. Das kann und sollte man juristisch endlich anders einschätzen. Man muss alles durchleuchten, auch wenn es unangenehm ist. Und es wird auch unangenehm, denn es werden Dinge in den Akten stehen, die auch an die Substanz staatlicher Institutionen gehen. Wenn wir wirklich den rechten Terror bekämpfen wollen, müssen wir aber trotzdem endlich damit anfangen. Vorausgesetzt, die Akten sind überhaupt noch vorhanden...

Nochmal zurück zu den Betroffenen. Wie viel Solidarität haben Sie erfahren? Nicht nur im Rahmen des NSU-Verfahrens, sondern auch aufgrund Ihrer eigenen Betroffenheit mit den Droh-Faxen?

Ich fand es großartig, dass mir viele Menschen geschrieben haben. Wenn man so viele Hass-Mails und Bedrohungen bekommt, dann ist sowas auch schön. Ich habe vielen geantwortet und mich bedankt. Aber nicht nur Personen, die in der Öffentlichkeit stehen, sondern auch viele Ehrenamtliche und Menschen aus kleinen Gemeinden, die sich gegen rechts positionieren, berichten in diesen Tagen von Drohungen. Sie und viele weitere brauchen Schutz. Und oft wird argumentiert, dem Staat fehlten die Mittel, diese Personen zu schützen. Ich sehe den Staat in der Verantwortung, zum einen die gewaltbereite rechte Szene mehr auf dem Schirm zu haben, zum anderen, engagierte Personen zu schützen. Das ist eine staatliche Aufgabe. Die Mittel dafür muss es geben. Es ist beschämend, wenn in einem Rechtsstaat Menschen aufgrund von Drohungen und aus Angst um sich und ihre Familien, ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht mehr nachgehen. Warum werden diese Leute nicht gehört? Politiker haben Personenschutz, alle anderen Betroffenen nicht. Wir müssen uns auch als Zivilgesellschaft überlegen: Was kann man tun, um diese Leute zu schützen? Und vor allem: Sie müssen hören, dass das, was sie machen, richtig ist. Das Ergebnis kann nicht sein, dass man sich nicht mehr engagiert, weil man Angst hat.

Was raten Sie anderen Betroffenen?

Ich rate allen, jede Bedrohung und Beleidigung zur Anzeige bringen. Schutz für sich einzufordern. Auch mein eigener Fall hat gezeigt, dass nach Bekanntwerden der Drohungen gegen mich in der Öffentlichkeit der Fall bei der Polizei eine viel höhere Relevanz erhielt. Ich erhielt eine Sicherheitsberatung – vorher wurde mir geraten, einfach die 110 anzurufen. Wenn man nicht weiter weiß, muss man an die Öffentlichkeit



gehen. Und alles schriftlich dokumentieren. Man muss die Behörden in die Pflicht nehmen, das halte ich auch in der juristischen Perspektive für ganz wichtig. Und natürlich auch das Einfordern von Solidarität. Ich habe viele Zuschriften erhalten, das hat mich bestärkt.

Ich glaube, jeder Einzelne in dieser Gesellschaft ist gefordert, Haltung zu zeigen. Wenn ich mit Kollegen auf Fortbildung bin, auf geselligen Abenden, höre ich dann auch mal sexistische, rassistische Sprüche. Früher habe ich viel überhört – viel zu viel. Heute bin ich nicht mehr bereit dazu. Bei mir ist einfach eine Grenze überschritten. Ich spreche inzwischen die Person gleich drauf an und diskutiere darüber. Ich möchte das nicht mehr überhören. Ich habe mich schon von vielen Leuten aus meinem Umfeld getrennt, die mich teilweise schon über Jahrzehnte begleitet haben, weil ich einfach keine Lust mehr darauf habe. Was mir aufgefallen ist: Vielen, die solche Äußerungen machen, ist es gar nicht bewusst, dass es rassistisch oder sexistisch ist. Dann heißt es: „Du

bist ja gar nicht gemeint. Es sind doch andere.“ Nein, ich bin schon irgendwie gemeint. Und es geht auch nicht darum, ob ich gemeint bin. Und auf die Diskussion lasse ich es mittlerweile immer mehr ankommen. Haltung zeigen – das ist mein Resümee aus dem Ganzen. Jeder Einzelne ist viel mehr gefordert als zuvor.



Das Interview führten
Aisha Camara



Draupadi Fitz
Mitarbeiterinnen von response.

Verbale Drohungen, körperliche Gewalt, Benachteiligungen im Job oder bei der Wohnungssuche: Für viele Menschen in Deutschland gehören solche Erlebnisse zum Alltag. Um Betroffene zu unterstützen, hat die Bildungsstätte Anne Frank zwei Beratungsstellen eingerichtet: response bietet psychosoziale Beratung für Menschen, die rechte, rassistische und antisemitische Gewalt erlebt haben. Das ADiBe Netzwerk Hessen unterstützt bei Diskriminierungen im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).

H. G. und F. P. (Namen geändert) haben sich im Jahr 2019 an response und ADiBe gewandt. Im Interview mit Olivia Sarma, Leiterin der Beratung in der Bildungsstätte Anne Frank, sprechen sie über die Auswirkungen rassistischer Erfahrungen auf ihr Leben und erzählen, wie unsere Beratung bei response und ADiBe ihnen helfen konnte.

„Man muss sich nicht alles gefallen lassen!“

H. G., in der Schwangerschaft rassistisch bedroht, berichtet über die Beratung bei response

Können Sie erzählen, was Sie erlebt haben?

Als ich gerade ein Einkaufszentrum verlassen wollte, kam mir ein Mann entgegen und schubste mich mit voller Wucht. Zu diesem Zeitpunkt war ich im siebten Monat schwanger. Er fragte mich, wieso ich denn

mit meinem ‚Kopftuch rumlaufe‘. Als ich mich verbal wehrte, hielt er mir drohend die Faust ins Gesicht und fragte mich, ob ich denn ‚aufs Maul‘ möchte. Andere Menschen beobachteten den Vorfall, Sicherheitsleute kamen dazu, doch der Mann verhielt sich weiterhin uneinsichtig und äußerte sich mehrfach

rassistisch. Leider habe ich mich sowohl von der Filialleitung als auch von der Polizei – auf deren Eintreffen ich bestand – nicht unterstützt oder beschützt gefühlt. Stattdessen hatte ich den Eindruck, man wollte mein Anliegen nicht ernst nehmen und mich abwimmeln.



Wie wirkt diese Erfahrung in Ihrem Alltag?

Die ersten Tage und Wochen danach waren sehr schwer für mich. Erst hatte ich schlaflose Nächte, weil ich um mein Baby bangte; ich war erst beruhigt, als mir die Ärztin bestätigte, dass es meiner Tochter gut geht. Trotzdem denke ich noch immer darüber nach, ob sich nicht nach der Geburt der Stress auf sie auswirken würde. Auch hatte ich das Gefühl, ich müsste aufpassen, in welche Richtung ich gehe, und niemandem vor die Füße laufen, um ja keine Plattform zu bieten, mich anzugreifen. Erst nach vielen Wochen legte sich das Ganze, vermutlich auch, weil ich durch die Schwangerschaft und die damit verbundenen Erledigungen gut abgelenkt war. Und trotzdem denke ich oft dran und frage mich, wie man – sei es der Angreifer, die Polizei oder auch die Filialleitung – so fies sein kann.

Wie hat Ihr Umfeld auf Ihre Erfahrung reagiert?

Geschockt. Zum einen darüber, dass sich Menschen mittlerweile herausnehmen, handgreiflich zu werden (rein verbale Beleidigungen sind ja nichts Neues), zum anderen über so viel Unverständnis seitens der verantwortlichen Personen.

Was war der entscheidende Impuls, sich an die Beratungsstelle zu wenden?

Wie bereits erwähnt, hatte ich keine großen Erwartungen. Vielmehr ging es mir darum, etwas getan zu haben. Ich wollte für mich als Mensch und auch für die anderen Menschen um mich herum, die ähnliches erleben könnten, etwas unternommen haben. Außerdem dachte ich: „Schlimmer kann es nicht werden.“

Wie und wo haben Sie von response erfahren?

Dadurch, dass ich mit großem Interesse die Aktivitäten der Bildungsstätte Anne Frank verfolgte, habe ich auch mitbekommen, wie response ins Leben gerufen

wurde. Näheres habe ich allerdings in einem Artikel von einer Kollegin gelesen.

Wie verlief die erste Beratung?

Nachdem ich online – ganz unkompliziert – vorab einige Fragen zu meinem Erlebnis beantwortet habe, wurde ich kurze Zeit später kontaktiert. Mir wurden mehrere Terminvorschläge genannt, und kurz danach saß ich schon in der Beratung. Die Schnelligkeit hat mich schon überrascht, aber tatsächlich war es die Beratung vor Ort, die mich noch mehr begeisterte. Während ich mein Erlebnis nochmal wiedergeben durfte, haben sich die beiden Beraterinnen Notizen gemacht. Das hat mir das Gefühl geben, dass mein Gegenüber nicht nur aufmerksam ist, sondern mein Anliegen auch ernst nimmt. Auch stellten sie zwischendurch Fragen – nicht nur zum Vorfall, sondern auch auf zwischenmenschlicher Ebene. Beispielsweise, wie ich mich wann gefühlt habe. Nachdem all das durchleuchtet worden ist, haben mir die Beraterinnen unterschiedliche Möglichkeiten geboten: darunter Hilfe beim Schriftverkehr, Begleitung zu Anlaufstellen und sogar die Übernahme einiger schriftlicher Angelegenheiten. Auch machte man mir immer wieder deutlich, dass ich selbst das Tempo bestimme, und gab mir damit den Freiraum, mich in Ruhe entscheiden zu können. Seitdem stehe ich mit response regelmäßig im Kontakt. Da mein Fall noch nicht erledigt ist, ist er derzeit so, dass response mich weiterhin unterstützt. Alles in allem kann ich nur sagen, dass ich über so viel Kompetenz, Mitgefühl und Freiraum nur staunen kann. Irgendwie hatte ich bei ‚solchen Beratungen‘ eher ein passives Zuhören, im besten Fall ein paar Ratschläge erwartet. Dass ich so viele Handlungsmöglichkeiten, Unterstützung und Zeit (obwohl man ja eigentlich in der Rolle als Ratsuchender in der Holschuld steht) bekam, hat mich positiv überrascht.

Welche Strategien haben Sie im Umgang mit rassistischen Erfahrungen?

Grundsätzlich war ich früher der Meinung, vieles besser zu ignorieren. Mittlerweile finde ich aber, dass man sich nicht alles gefallen lassen muss. Kein Mensch muss sich beleidigen, anspucken oder angreifen lassen. Es kommt aber auch auf die Situation an. Wenn ich sehe, dass ein Betrunkener ‚Ausländer raus‘ ruft, reagiere ich anders, als wenn ein Mensch hemmungslos und böswillig anfängt, mich zu beleidigen. Auch wenn ich, als ich Hilfe herbeirief, im beschriebenen Fall eine schlechte Erfahrung gemacht habe, würde ich es trotzdem wieder tun. Denn das ist meistens das, wozu man in der Lage ist. Man sollte von seinen Rechten Gebrauch machen, und am besten so, dass man sich selbst nicht in Gefahr bringt. Im Idealfall gibt es Sicherheitspersonal in der Nähe oder man ruft die Polizei.

Was raten Sie nach ihren Erfahrungen anderen Betroffenen?

Sich niemals entmutigen oder einschüchtern zu lassen. Man sollte immer versuchen, etwas zu unternehmen. In meinem Fall war die Entscheidung, response aufzusuchen, die beste. Rassismus ist niemals gerechtfertigt, ganz egal wann, wo und wie er geschieht. Und indem man gegensteuert, tut man nicht nur sich, sondern anderen Menschen ebenfalls einen Gefallen.



„Ich habe einen inneren Papierkorb entwickelt“



F. P. über rassistisches Mobbing in der Arbeitswelt und die Beratung bei ADiBe

Können Sie erzählen, was Sie erlebt haben?

Ich war von 2014 bis 2018 zunächst an der Kasse und danach in der Elektroabteilung einer Baumarktkette beschäftigt. Bereits kurz nach meiner Einstellung wurde ich von einem Kollegen gewarnt, dass manche Kolleg*innen rassistische Einstellungen hätten. Diese bekam ich auch recht schnell zu spüren: Insbesondere zwei Personen waren mir gegenüber immer wieder sehr ablehnend. Ich versuchte jedoch zunächst, offen auf die beiden zuzugehen. Ich habe die Einstellung, nicht jede negative Erfahrung automatisch als rassistisch einzustufen. Dennoch hatte ich so ein Gefühl. Und dieses hat sich im Laufe der Zeit leider bestätigt. Zunächst hat sich dies nicht auf mich bezogen, Sprüche wie „Scheiß-Zigeuner“ oder „Wir sind hier nicht in Polen“ fielen immer wieder.

Im Sommer 2017 machte ich dann selbst eine sehr verletzte Erfahrung. Ich war mit dem einzigen anderen Schwarzen Kollegen in der Pause. Ich drehte mich in Richtung Fenster und sah, wie der besagte Kollege uns beobachtete und plötzlich sagte: „Die zwei Baumwollpflücker sitzen da hinten.“ Als er sah, dass ich dies mitbekommen hatte, ist er schnell weggegangen.

Für mich war damit klar eine Grenze überschritten. Ich bin sofort zum Marktleiter gegangen und bat ihn, etwas zu unternehmen, und drohte, mich sonst bei der Zentrale zu beschweren. Dieser versicherte mir, sich darum zu kümmern. An seiner Reaktion merkte ich sofort, dass er mich gar nicht ernst nahm. Am nächsten Tag sagte der Marktleiter mir eher beiläufig, dass die Sache geklärt sei: Schließlich habe der

Kollege seine Beleidigung nicht so gemeint. Alles nur Spaß. Für meine Reaktion, dass ich das nicht so sehe, wurde mir erneut Unverständnis entgegengebracht. Später am Tag kam der Kollege sogar zu mir, um sich zu entschuldigen, erklärte sein Verhalten jedoch durch die Tatsache, dass ich ihn nicht leiden könne. Ich informierte den Marktleiter darüber. Die Sache war somit für alle vom Tisch. Ich fühlte mich nicht gut. Keiner nahm mich ernst. Ich beschloss, zu gehen.

Was war der entscheidende Impuls, sich an die Beratungsstelle zu wenden?

Kurz nachdem ich meine Kündigung erhalten hatte, zeigte mir eine Kollegin eine negative Internet-Bewertung, die sich eindeutig auf mich bezog. Sie enthielt rassistische Aussagen und entsprach zudem noch nicht mal der Wahrheit.

Mir war klar: Das waren keine Kund*innen, sondern Personen, die in der Filiale arbeiteten. Ich denke, es war der Versuch, mich schlecht zu reden, falls ich doch eine offizielle Beschwerde bei der Zentrale machen sollte. Eigentlich wollte ich durch meine Kündigung mit der Sache abschließen. Doch das war für mich der entscheidende Impuls, mich zu wehren – und mir dafür Unterstützung zu suchen. Vor allem, weil mir wichtig war, dass andere Personen nicht das gleiche erleben sollen wie ich.

Wie haben Sie vom Beratungsangebot erfahren?

Ehrlich gesagt: Ich habe einfach gegoogelt und stieß bei meiner Recherche zunächst auf die Beschwerdestelle einer Frankfurter Behörde (Amka). Als ich dort war, verwies man mich an response/ADiBe. Ich habe angerufen und konnte glücklicherweise noch am selben Tag zum ersten Beratungsgespräch vorbeikommen.

es gut, dies auch endlich von einer anderen Person zu hören. Ich hatte direkt das Gefühl: Die sind auf meiner Seite.

Wie hat Ihr Umfeld auf Ihre Erfahrung reagiert?

Ich habe vielen aus meiner Community von meinen Erfahrungen erzählt. Viele kennen so etwas aus eigener Erfahrung. Doch mir wurde tatsächlich eher abgeraten. „Bringt doch sowieso nichts“, habe ich auch oft gehört. Doch wie soll sich etwas ändern, wenn wir nichts tun?

Haben Sie Strategien, die sich beim Umgang mit Rassismus bewährt haben?

Zunächst einmal: Starke Nerven. Nicht klein begeben. Denn Rassismus ist immer präsent. Ich habe einen inneren Papierkorb entwickelt und wäge bei rassistischen Erfahrungen ab: Lohnt es sich? Wenn nein, dann ab in den Papierkorb. Zum Beispiel bei Kunden, die

die werden mir das Leben nicht leichter machen. Wichtig ist mir auch, mich offiziell beschweren. Mein Ziel dabei ist, dass wenigstens die nächste Schwarze Person, die dort arbeitet, so etwas nicht erleben muss.

Haben Sie aufgrund der Erfahrungen mit der Beratung auch andere Betroffene auf dieses Beratungsangebot hingewiesen?

Klar, wann immer ich rassistische Situation mitbekomme, weise ich Betroffene auf das Beratungsangebot hin.

Wie wirkt diese Erfahrung in Ihrem Alltag?

Mittlerweile habe ich damit abgeschlossen. Leider habe ich auch in meinem nächsten Arbeitsverhältnis sehr negative Erfahrungen gemacht. Jetzt habe ich beschlossen, mich selbstständig zu machen. Dabei ist es mir ein Anliegen, Schwarze Menschen zu empowern.

Was raten Sie nach ihren Erfahrungen anderen Betroffenen?

Ich würde anderen raten, sich bei Rassismus am Arbeitsplatz immer zu wehren. Und zur Not: einen anderen Job zu suchen. Und natürlich auch, Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Das Team von response & ADiBe kann weiterhelfen. Aber sehr wichtig ist auch, nicht die Hoffnung und das Vertrauen in Menschen zu verlieren.

„Obwohl mir bereits klar war, dass ich ungerecht behandelt wurde, tat es gut, dies auch endlich von einer anderen Person zu hören“

Können Sie sich an Ihre erste Begegnung erinnern?

Wie gesagt, der erste Termin war ganz spontan möglich. Ich wurde von einer Beraterin empfangen und in einen Beratungsraum gebracht. Das verlief sehr diskret. Ich habe mich wohl gefühlt. Wir saßen dann sicherlich zwei Stunden zusammen, denn allein das Schildern meiner Erfahrung hat gedauert. Obwohl mir bereits klar war, dass ich ungerecht behandelt wurde, tat

nicht von einem Schwarzen bedient werden möchten. Anstatt dies persönlich zu nehmen und mich den ganzen Tag damit zu belasten, versuche ich das Ganze abzuhaken. Dem nächsten Kunden möchte ich ganz offen begegnen – als neuem Menschen. Wichtige Dinge, die mich bewegen, die ich ändern möchte, notiere ich mir, um dann zu überlegen, was ich tun kann. Und im Arbeitskontext ist für mich klar: Wenn selbst die Vorgesetzten sich nicht gegen Rassismus positionieren, bin ich weg. Denn ich weiß,

response. Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sowie dem Land Hessen.
[response-hessen.de](https://www.response-hessen.de)

Das ADiBe Netzwerk Hessen, die Antidiskriminierungsberatung in der Bildungsstätte Anne Frank wird gefördert vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration:
[adibe-hessen.de](https://www.adibe-hessen.de)

„Der juristische Weg verschließt oft viele Möglichkeiten“

Kommentar von Mahsa Mahamied, Koordinatorin und Beraterin im ADiBe-Netzwerk Hessen, zum Fall F. P.

Der Fall von F. P. war aufschlussreich, weil F. P. die Beratung als Erfolg erlebte, ohne dass es zu einer rechtlichen Auseinandersetzung kommen musste. F. P. wollte die Firmenzentrale über die Vorfälle in der Filiale informieren, um künftige rassistische Bemerkungen zu verhindern. Auf das Schreiben von ADiBe hat der Arbeitgeber kooperativ reagiert:

„Aus meiner Sicht ist es dringend nötig, die Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem AGG von zwei auf sechs Monate zu erweitern“

Man nehme die Beschwerde sehr ernst und werde mit den Mitarbeiter*innen sprechen sowie Führungskräfte anweisen, alle Diskriminierungsfälle sofort zu melden. Auch, wenn die Antwort wenig konkret blieb, wurden F. P.s Schilderungen nicht abgestritten oder relativiert. Von ehemalige Kollegen erfuhr F. P., dass die Beschwerde viel Staub aufgewirbelt hatte.

Unserer Erfahrung nach wünschen sich viele Menschen, die Diskriminierung erleben, dass diskriminierende Strukturen verändert werden. Dafür ist ein Dialog zwischen Beratungsnehmer*in bzw. Beratungsstelle und Arbeitgeber notwendig, der viele Wochen in Anspruch nehmen kann. Wenn sich Beratungsnehmer*innen für diesen Weg entscheiden,

verschließen sich damit in der Regel die Möglichkeiten, im Falle eines Scheiterns des Dialogs auf rechtliche Mittel zurückzugreifen, also etwa Schadensersatzansprüche nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Grund dafür ist die gesetzlich vorgeschriebene Frist von zwei Monaten nach dem diskriminierenden Ereignis, in der solche Ansprüche geltend gemacht werden können.

Entscheidet sich die Beratungsnehmer*in hingegen, sofort den juristischen Weg zu gehen, verschließt sich dadurch umgekehrt meist die Möglichkeit, in Dialog mit der verantwortlichen Stelle zu treten. Allein die Ankündigung einer Klage eskaliert die Situation: Arbeitgeber streiten Vorfälle ab, relativieren sie oder erheben sogar Gegenvorwürfe.

Aus meiner Sicht ist es dringend nötig, die Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem AGG von zwei auf sechs Monate zu erweitern. Dann hätten Beratungsstellen und Betroffene die Möglichkeit, zuerst den Dialog mit den Verantwortlichen zu suchen, deren Sicht einzuholen, eventuell zu sensibilisieren und zu eruieren, ob ein für die Beratungsnehmer*in zufriedenstellendes Ergebnis auch ohne juristische Auseinandersetzung möglich ist. Falls die Verständigung trotzdem scheitert, bliebe genug Zeit, doch noch den juristischen Weg einzuschlagen.



Mahsa Mahamied
Koordinatorin und Beraterin ADiBe-
Netzwerk Hessen

response in Zahlen

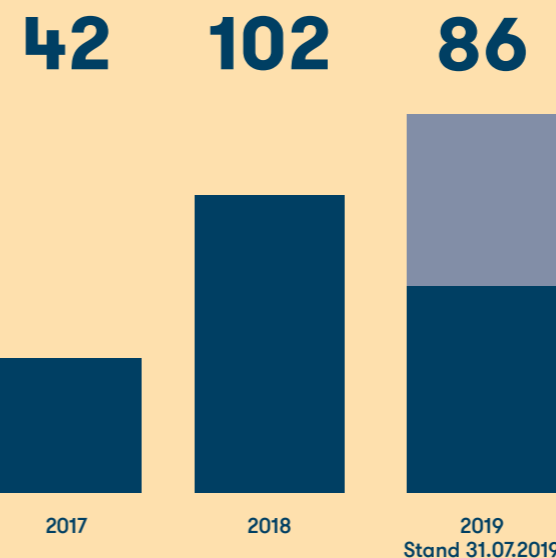
Berater*innen



hauptamtlich



freie Beraterin



Beratungsfälle



hessenschauthin.de (ab Januar 2020)

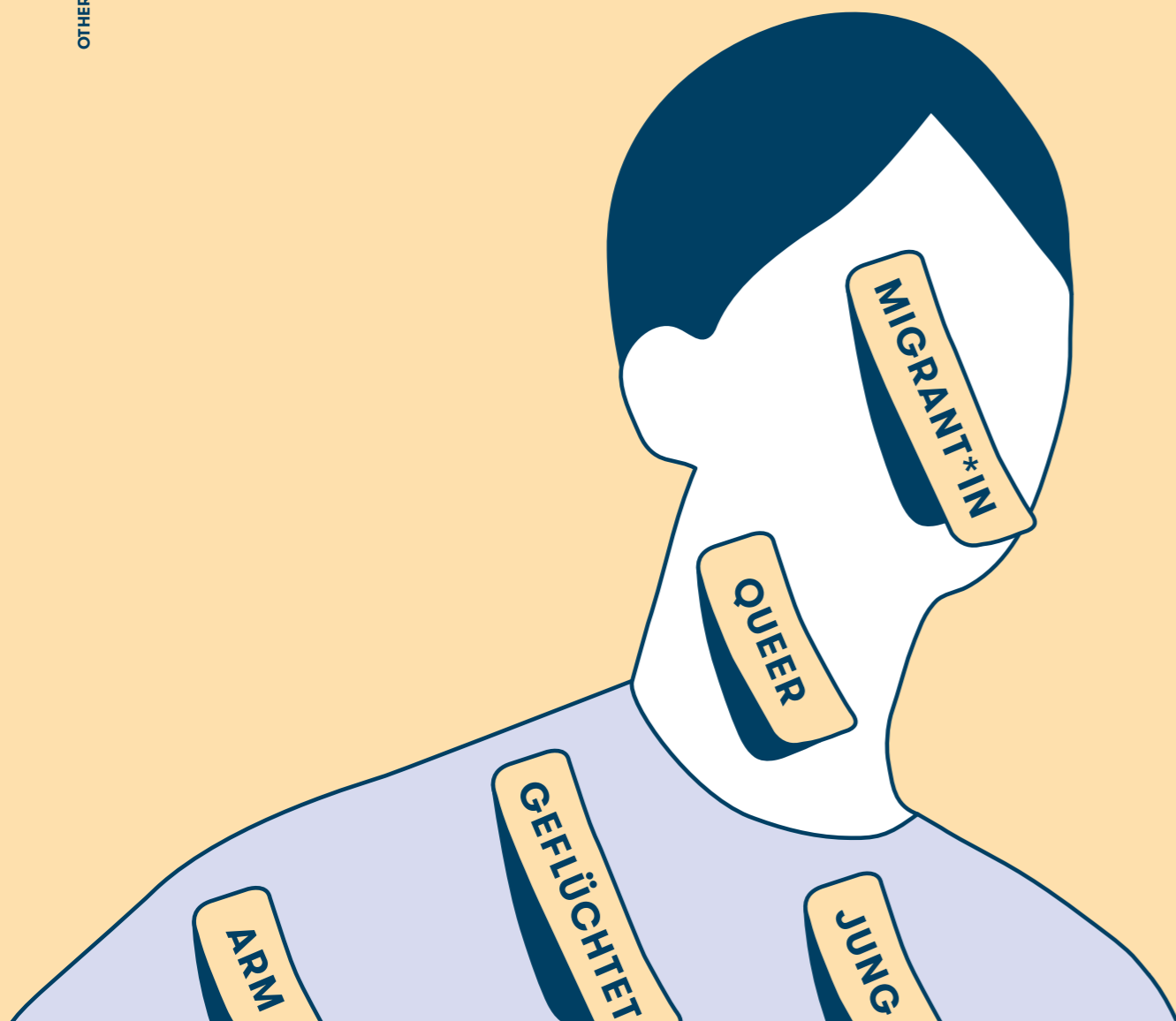
Online-Meldestelle

AUS UNSERER BERATUNGSARBEIT

„Wir wollen keine Konkurrenz sein“

Seit Mitte 2018 gibt es das AdiNet Nordhessen in der Kasseler Zweigstelle der Bildungsstätte Anne Frank. Netzwerkkoordinator Thorsten Endlein erzählt von den besonderen Herausforderungen der Antidiskriminierungsarbeit im ländlichen Raum.

OTHER STORIES



Seit Oktober 2018 arbeite ich als Koordinator des Antidiskriminierungsnetzwerks AdiNet Nordhessen. Zuvor habe ich mit Jugendlichen und Erwachsenen aus dem ländlichen und städtischen Raum im Bereich der Antidiskriminierungspädagogik gearbeitet. Dennoch ist es eine einzigartige Herausforderung, dort auch ganz praktisch und handfest zu arbeiten.

Kassel ist eine Großstadt von knapp 200.000 Einwohnern, und für die umliegende Region hat sie die Funktion einer Metropole. Dazu passt, dass Kassel für eine Stadt dieser Größe von einer enormen sozialen, ökonomischen und kulturellen Vielfalt geprägt ist. Dennoch: Kassel ist überschaubar. Die Wege sind kurz, man kennt sich.

Die umliegende Region ist keineswegs homogen: Ländlicher Raum ist nicht gleich ländlicher Raum. Zusätzlich zur kreisfreien Stadt Kassel betreuen wir fünf Landkreise – den Landkreis Kassel, Waldeck-Frankenberg, den Schwalm-Eder-Kreis, den Werra-Meißner-Kreis und Hersfeld-Rothenburg. Jeder von ihnen ist, bei allen Gemeinsamkeiten, einzigartig in seiner soziokulturellen Beschaffenheit. So liegt der Werra-Meißner-Kreis an der ehemaligen Grenze zur DDR und ist eher noch strukturschwach, er ist überdies nicht als Migrationslandkreis bekannt. Im Landkreis Kassel hingegen ist Migration ein Phänomen, das schon lange ganz selbstverständlich zu dieser Stadt gehört und auch gelebt wird. Dann gibt es zum Beispiel den kleinen Ort Witzenhausen, wo eine Fakultät der Universität Kassel angesiedelt ist, für Ökologische Landwirtschaft, und der wiederum sehr international geprägt ist.

Beeindruckend finde ich die Vielzahl der Vereine, Initiativen und Organisationen, die sich in der gesamten Region im Bereich Diskriminierung engagieren – teilweise schon seit Jahren und Jahrzehnten! Das geschieht häufig entlang spezifischer Merkmale: in Kassel beispielsweise in der Migrant*innenselbstorganisation, der Flüchtlings- oder Jugendhilfe, in Vereinen für Menschen mit Behinderung oder im schwulesbischen, queeren Bereich. In Witzenhausen hingegen gibt es starke selbstorganisierte Initiativen aus dem Bereich Erwerbslosigkeit, oder zum Thema Asyl. In anderen Orten gibt es auch solche Initiativen, aber es sind immer nur wenige, dann aber oft sehr aktive Menschen, die dahinterstehen. Und dann gibt es natürlich noch die regionalen Patenschaften für Demokratie, zum Beispiel im Werra-Meißner-Kreis oder in Waldeck-Frankenberg, oder das Netzwerk gegen Gewalt im Schwalm-Eder-Kreis, die mit ihrem Engagement wichtige Impulse in der Region setzen.

Als Koordinator von AdiNet Nordhessen kann ich auf diesen bestehenden Netzwerken aufbauen: Die Akteure kennen sich, arbeiten vielfach schon seit Langem zusammen. Trotzdem ist in den letzten

Monaten deutlich geworden, dass unsere Netzwerktreffen neue Kontakte zwischen den Akteuren vermitteln, bestehende Strukturen stärken und gemeinsame Interessen bündeln helfen. Ich möchte Leute ins Gespräch bringen und ihnen Räume zur Verfügung zu stellen – im abstrakten wie auch ganz praktischen Sinne. Wichtig ist mir, nicht als Konkurrenz zu Netzwerken aufzutreten, die sich schon ganz natürlich gefunden haben. Zeit und Engagement sind schließlich Ressourcen, die nicht leichtfertig verbraucht werden sollten.

Um ein Beispiel zu nennen: Es kommt jedes Jahr eine bestimmte Anzahl an Jugendlichen aus der Jugendhilfe heraus, die eine eigene Wohnung benötigen. Aber Jugendliche mit Jugendhelferhintergrund kriegen keine eigene Wohnung. Mit einem sogenannten Migrationshintergrund wird es nicht einfacher. Das ist Diskriminierung. Ich arbeite mit Organisationen zusammen, die mit diesen Jugendlichen zu tun haben. Ich greife deren Anliegen auf und analysiere: Welche Gruppen sind noch betroffen? Inwiefern gibt es da Schnittmengen? Können wir da gemeinsam mehr erreichen? Können wir alle unsere Probleme und Lösungsideen zusammentragen und versuchen, sie zu bündeln?

Ein von uns organisiertes Podiumsgespräch zum Wohnungsmarkt war ein Beispiel, wo das gelungen ist. Da waren Leute auf dem Podium, die sich seit langem einen Kopf machen um das Thema, aber bisher eher isoliert gearbeitet haben. Das Thema Wohnungsmarkt bietet unglaublich viele Schnittmengen: So sind Menschen mit Behinderung auf Barrierefreiheit angewiesen, gleichzeitig aber auch auf günstige Wohnungen. Es betrifft ältere Menschen, Erwerbslose, neu zugewanderte Menschen, Schwarze, PoC, Muslim*innen, Sinti und Roma, Geflüchtete und nicht zuletzt auch Jugendliche mit Jugendhelferhintergrund. Die Veranstaltung hat diese Gruppen zusammengebracht, die jetzt neu motiviert sind und ihre Kräfte viel besser einsetzen können. Dann sehe ich: Unser Konzept funktioniert.

Thorsten Endlein
Koordinator des AdiNet Nordhessen

ADINET – ANTIDISKRIMINIERUNGS- NETZWERK NORDHESSEN

Das AdiNet Nordhessen mit Sitz im Kasseler Büro der Bildungsstätte Anne Frank vernetzt Initiativen und (Selbst)Organisationen aus der Zivilgesellschaft, die sich gegen Diskriminierung engagieren. Es vermittelt Workshops und Fortbildungen und bietet öffentliche Veranstaltungen zum Thema Antidiskriminierung an.

Das ADiNet wird gefördert vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration

#notafraid

#TakeAKnee

#Unteilbar

#wirsindmehr

#lasstmich

#NeverAgain

#blacklivesmatter

#istalltag

#metoo

#OscarsSoWhite

#IStandWithAhmed

#menaretrash

#EsReicht

Wer sich wehrt, wird gesperrt

Die Mittel, mit denen Hassrede im Internet bekämpft werden soll, werden oft selbst zu Mitteln des Hasses

#metwo

#mequeer

Als 2018 in Deutschland der Hashtag #menaretrash auf Twitter in den Trends erschien, lag dies nicht nur an den Frauen, die durch diesen Hashtag auf strukturelle Gewalt durch Männer aufmerksam machen wollten. „So funktioniert Gesellschaftskritik nicht“, „#menaretrash ist Sexismus gegen Männer“, „kein Wunder, dass Menschen Feminismus nicht ernst nehmen, wenn ihr ihn so äußert“ – so oder ähnlich klang die Kritik, die sich gegen diese Art von Netzaktivismus richtete. Und mehrheitlich von Männern geäußert wurde. Dass #menaretrash von Schwarzen Frauen in Südafrika initiiert wurde, um auf strukturelle Gewalt an Frauen, häusliche Gewalt und die mangelnde Bereitschaft der Behörden, diesen Frauen zu helfen, aufmerksam zu machen, wurde in Deutschland weitgehend ignoriert. Viele Männer fühlten sich diskriminiert – einige Frauen fanden den Hashtag nicht angemessen. Zu aggressiv und zu laut, hieß es hier und da.

„Tone Policing“ – das ist, wenn der Fokus vom Inhalt des Gesagten auf den Ausdruck verschoben wird. Eine gängige Ablenkungstaktik von Menschen, die sich nicht mit der eigentlichen Kritik befassen wollen und deshalb eine neue Diskussion beginnen.

„Almans sind Abfall“ zum Beispiel – ist das Volksverhetzung und „Rassismus gegen Deutsche?“ Oder Kritik an einer zutiefst rassistischen Gesellschaft, die weder NS-Verbrechen aufgearbeitet hat noch auch nur die NSU-Morde aufzuklären bereit ist? Freie Meinungsäußerung oder doch Hate Speech? Wer kein sogenannter ‚Digital Native‘ ist, den wird diese Art der Kommunikation sehr wohl irritieren. Schon längst aber ist sie im Mainstream angekommen. ‚Alman‘ – das ist ein weißdeutscher, privilegierter Mensch, jemand, der oder die noch nie strukturellen oder institutionellen Rassismus erlebt hat, noch nie racial profiling erfahren hat oder weiß, wie es

ist, wenn man aufgrund von Phänotyp oder einer Fremdzuschreibung zum ‚Anderen‘ und ausgeschlossen wird (Othering). Ob migrantischer Deutschrap oder antirassistische Aktivist*innen auf Twitter und Instagram – Almans kritisieren bedeutet, das System zu kritisieren. Autor*innen wie Hengameh Yaghoobifarah oder Sibel Schick nutzen diesen Begriff in ihren Kolumnen regelmäßig. Dabei stoßen Journalist*innen, Netzaktivist*innen, Feminist*innen und Antirassist*innen wie Yaghoobifarah und Schick nicht nur auf konstruktive Kritik – Morddrohungen, Gewaltfantasien, Vergewaltigungswünsche und Selbstmordaufforderungen stehen genauso auf der Tagesordnung wie regelmäßige leaks, also die nicht-autorisierte Veröffentlichung privater Daten wie Wohnanschrift oder die Namen von Familienangehörigen. Dabei bleibt es schon längst nicht mehr bei Hass von anonymen Usern – namentlich bekannte Blogger aus der rechten Szene hetzen ihre Anhänger ganz gezielt auf entsprechende Accounts.

Erst im Januar 2019 präsentierte Amnesty International die brutale Wahrheit: Alle 30 Sekunden wird ein verächtlicher Tweet gegen Frauen veröffentlicht. Aber was genau tun die Sozialen Plattformen dagegen?

Als im Oktober 2017 das Netzwerkdurchsuchungsgesetz, kurz NetzDG, initiiert vom damaligen Bundesminister der Justiz und Verbraucherschutz Heiko Maas, in Kraft trat, liefen ganz besonders rechte Trolle im Netz, Rechtsradikale und AfD-Anhänger*innen dagegen Sturm. ‚Zensurtool‘ wurde das Gesetz unter anderem genannt, das rassistische und sexistische Hetze, Beleidigungen und die Verbreitung rechtsradikaler Propaganda auf sozialen Netzwerken wie Instagram, Facebook und Twitter unterbinden sollte. Sahen diese Menschen damals noch ihr Recht

auf freie Meinungsäußerung gefährdet, profitieren sie heute am meisten davon: Um politische Gegner*innen einzuschüchtern und mundtot zu machen, fingen sie an, das Tool so zu nutzen, dass es Aktivist*innen eher Schaden zufügte, als sie zu schützen. So verabredeten sich rechte Trolle auf externen Plattformen, um gezielte Aktionen gegen linke Journalist*innen und Aktivist*innen zu planen. Mit hunderten Accounts, zum Teil Bots, werden Accounts von Frauen unter NetzDG gemeldet.

Die sozialen Netzwerke kommen meist mit der Prüfung nicht hinterher. Vor allem fehlt es an Menschen, die diese Meldungen überprüfen. Dies geschieht oft nur automatisiert, folgt Algorithmen und ist wenig bis gar nicht transparent. Die Betreiber der Seiten sind durch das NetzDG verpflichtet, innerhalb der nächsten 24 Stunden irgendwie zu reagieren – sonst drohen Geldstrafen. Dies hat zur Folge, dass seit 2017 regelmäßig Accounts von Journalist*innen dauerhaft gesperrt oder gelöscht werden. Dass sie in diesem Fall Opfer organisierter Hasskampagnen von Rechts sind, interessiert Facebook und Twitter reichlich wenig. Allein die Anzahl der Meldungen reicht aus, um antifaschistische, antirassistische oder feministische Accounts zu sperren. Ist der Account dauerhaft gesperrt, bleibt nur noch die Möglichkeit, rechtlich gegen diese Entscheidung vorzugehen. Ein Schritt, den sich viele

rein finanziell nicht leisten können. Machtstrukturen denkt das NetzDG nicht mit.

Dabei handelt es sich bei Hashtags wie #menaretrash oder #alman sind abfall oft nur um überspitzte und satirische Ausdrücke, die mal wütend, mal frustriert geäußert werden – Bewältigungsstrategien von Menschen, die jeden Tag von Rassismus oder Sexismus betroffen sind. Für viele dieser Menschen ist das Netz, Facebook, Instagram, Twitter & Co. die einzige Möglichkeit, an Diskurs und Debatten teilzunehmen. Für marginalisierte Menschen, für Frauen, BIPOC, LGTBQI und behinderte Menschen ist jede Diskussion über ihre Lebensrealität verbunden mit Traumata, Schmerz und der Gefahr, dass ihnen Gewalterfahrungen abgesprochen werden. Wut kann heilend sein. Wut kann verbinden. Wer bei einer Äußerung wie ‚men are trash‘ also bloß den Tonfall kritisiert und den Inhalt ignoriert, bagatellisiert und verharmlost auch die Gewalt, um die es geht.



Ayesha Khan
Freie Autorin und Netzaktivistin

WAS IST HATE SPEECH?

Wir sprechen von Hate Speech beziehungsweise Hassrede, wenn Menschen im Internet von anderen User*innen abgewertet oder angegriffen werden. Dabei zielt Hate Speech darauf ab, Personen zu verletzen, die benachteiligten Gruppen angehören. Wenn zum Beispiel auf Facebook, Twitter, Instagram oder in Messenger-Diensten gegen Frauen, Schwarze Menschen, Jüdinnen und Juden, Homosexuelle oder Menschen mit Behinderung gehetzt und zu Gewalt aufgerufen wird, dann handelt es sich um Hate Speech. Manchmal schließen sich mehrere User*innen zusammen, um andere konzentriert mit Hasskommentaren anzugreifen.

Hate Speech ist eine Form von Gewalt, die verletzen, traumatisieren und dazu führen kann, dass sich Nutzer*innen aus der Netz-Öffentlichkeit zurückziehen.

Die Bildungsstätte Anne Frank bietet Fortbildungen für Pädagog*innen sowie Workshops für Jugendliche zu Hate Speech im Netz an:

bs-anne-frank.de/jugendbildung

Die Beratungsstelle response für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt berät auch in Fällen von Hate Speech:

response-hessen.de

Das Spiel ist ernst

Computerspiele haben im pädagogischen Kontext keinen guten Ruf. Dabei können so genannte Serious Games neue Zugänge zu politischer Bildung ermöglichen. Die Bildungsstätte entwickelt mit ‚The Game is not over‘ ein Spiel, das zur kritischen Auseinandersetzung mit Extremismus einlädt.

In der politischen Bildung haben Computerspiele oft die Rolle des Buhmanns: Sie verherrlichen Gewalt und befördern menschenfeindliche Einstellungen. In Gamer-Communities verhärten sich diese dann, mit offenen Grenzen zur Alt-Right, zu misogynen, rassistischen und antisemitischen Gruppen. Gleichzeitig sind Videospiele ein elementares Kommunikationsmittel junger Menschen: Hier finden sie Rollenvorbilder, hier werden auch gesellschaftliche Konflikte verhandelt. Gerade in Rollenspielen (Roleplaying Games, kurz: RPGs), in denen die User*innen ins Gewand fiktionaler Gestalten schlüpfen, sind Fragen von Identität, moralischem Verhalten und Engagement sehr wichtig. Mit wem verbündet man sich? Wie entscheidet man sich an den plot-points der Story? Mit wem beginnt man eine Romanze, und welche Rolle nimmt man dabei ein?

Ein neuer Trend auf dem Gaming-Markt sind ‚Serious Games‘: Computerspiele, die diese Themenbereiche nicht nur streifen, sondern sie ins Zentrum der Handlung rücken. Gefeierte Independent-Produktionen wie ‚This War of Mine‘ behandeln beispielsweise die Erlebnisse von Kriegsflüchtlingen – in oft schmerzhaftem Realismus. Einige Erkenntnisse aus diesem Bereich macht sich die Bildungsstätte bereits in ihrem Lernlabor ‚Anne Frank. Morgen mehr.‘ zu nutze. Die Ausstellung ist in Teilen ‚gamifiziert‘ – das heißt, statt viele der Stationen übernehmen klassische Mechanismen aus Computerspielen. Die Station ‚Hate Speech‘ etwa erlaubt es, in Kooperation mit anderen Besucher*innen Hassrede aus dem Netz als solche zu identifizieren. 2020 wollen wir dieses Konzept weiterführen – und unser eigenes ‚Serious Game‘ entwickeln. In unserem Projekt ‚The Game is not over‘ entwickeln wir zusammen mit Extremismus-Expert*innen und Gaming-Developer*innen ein Spiel, das das Abgleiten eines jungen Menschen in Antisemitismus und Verschwörungsideologien simuliert. Die Spieler*innen schlüpfen in die Rolle von Personen, die solchen extremistischen Botschaften ausgesetzt

sind, und haben die Möglichkeit, sich dazu in der Spielwelt auf vielfältige Weise zu verhalten. So sollen Jugendliche und pädagogische Fachkräfte befähigt werden, solche Prozesse zu erkennen und ihnen in ihrer eigenen Peergroup entgegenzuwirken. Zur Wahl stehen zwei Biografien, die mit den realen Aspekten einer Online- und Offline-Radikalisierung konfrontiert sind. Spielziel ist es, diesen Hauptcharakter vor (rechter oder islamistischer) Radikalisierung zu schützen. Die Gamer*innen beeinflussen dabei die Eigenschaften der Hauptfigur, wie zum Beispiel Empathie, Wut oder Offenheit. Welche Entscheidungen sie in einer bestimmten Spielsituation trifft, hängt nach der Intervention der User*in von der Disposition dieser Eigenschaften ab.

Das Serious Game wird für den pädagogischen Raum entwickelt. Das bedeutet, die Inhalte, Entscheidungen und Handlungsoptionen der Hauptfigur werden stets in einer Gruppe von Jugendlichen durchgespielt und unter Anleitung einer pädagogischen Fachkraft ausgewertet. Die eigenen Entscheidungen und die der anderen Spieler*innen können nachvollzogen und in der Gruppe diskutiert werden.

Die Nutzung von Computerspielen im politischen Bildungskontext steckt noch in den Kinderschuhen. Wir möchten durch umfangreiche wissenschaftliche Vorarbeit eine zielgruppengerechte Ansprache erreichen und mithilfe des fertigen Spiels das Genre der ‚Serious Games‘ in Deutschland bekannter machen – nicht zuletzt auch, um die Vorbehalte im pädagogischen Raum abzubauen.



Céline Wendelgaß
Projektleiterin

„In Gaming-Foren kann man in einer Gruppe sein, die Rennspiele mag – und in einer, die Juden hasst“



Am 15. März 2019 verübte der 28-jährige Australier Brenton Tarrant blutige Terroranschläge auf Muslime in der neuseeländischen Stadt Christchurch – und ermordete 51 Menschen. In einem kruden ‚Manifest‘ berief er sich auf eine Reihe rechtsextremer und islamfeindlicher Theorien, darunter die des sogenannten Großen Austauschs. Es ist voll von Anspielungen auf die Gaming-Szene, von Referenzen auf Internetphänomene – und vor allem auf die sogenannte 4chan/8chan-Kultur. Auch der Täter, der im August in El Paso 20 Menschen ermordet hatte, um eine ‚hispanische Invasion‘ abzuwenden, wurde vermutlich in diesem Milieu radikalisiert.

Die Frage nach der Rolle dieser Kultur für rechten Terrorismus wird seither nicht nur in den USA gestellt. Im Interview mit der Journalistin und Netzexpertin Yasmina Banaszczuk versuchen wir, diesen Fragen nachzugehen. In der Vergangenheit analysierte sie an verschiedenen Stellen die Mechanismen von Hate Groups und ihren Verbindungen mit der Gaming-Szene.

Das Attentat von Christchurch, bei dem 51 Menschen starben, hat Fragen nach der Radikalisierung des Täters aufgeworfen. Nun werden auch Bezüge zur Popkultur und zu prominenten Youtubern hergestellt. Wie ist das einzuordnen?

Radikalisiert werden Menschen nicht durch bestimmte popkulturelle Elemente, der Prozess ist komplexer und mit entsprechenden Verbindungen sollte man vorsichtig sein. Gerade das Christchurch-Manifest ist voll von Ironie, irreführenden Aussagen, Memes und Anspielungen. Selbst für Expert*innen ist eine Auseinandersetzung damit schwierig. Was jedoch unabhängig davon zu beobachten ist: Natürlich prägt unsere Gesellschaft, und damit auch neue Medien, popkulturelle Inhalte oder Personen der Öffentlichkeit, wie Youtuber*innen, zu gewissen Teilen unsere Weltanschauung.

Warum werden Plattformen wie Steam oder Discord mit Rechts-extremen in Verbindung gebracht, und welche Rolle spielen sie bei Radikalisierungen wirklich?

Hier sollte man erstmal ganz in Ruhe überlegen, von was man spricht. Discord stand in der Vergangenheit öfter in den Schlagzeilen, weil sich dort rechte Gruppen vernetzen. Das liegt aber vor allem daran, dass Discord tolle Moderationsfunktionen besitzt. Es verbindet Foren- und Chatfunktionen miteinander und ermöglicht neben einer gezielten Moderation auch, den User*innen Rollen zuzuweisen. Kanäle können nur für bestimmte Mitglieder geöffnet werden, die verschiedenen Rollen können mit einem Rang gleichgesetzt werden. Was eigentlich mächtige Instrumente zur Eindämmung von Belästigungen oder Hass sind, wird in rechtsextremen Discord-Kanälen genutzt, um Machtstrukturen abzubilden und einem Aufstieg ein spielerisches Element beizufügen. Ein prominentes Beispiel sind die Discord-Kanäle von Reconquista Germanica, wo sich Neuzugänge erst bewähren

müssen, um später dann in militärisch anmutenden Rängen (Paladine, Generäle, Sturm, usw.) aufzusteigen. Vergleichbar ist Discord also eher mit einem Forenanbieter oder einem Messengerdienst, der eben besonders gut in Videospiele integriert ist. Dass das zum Vernetzen attraktiv ist, liegt eher an den erwähnten Funktionen und der Beliebtheit von Discord, als an der Nähe zum Gamingumfeld.

Bei Steam verhält es sich ähnlich: Innerhalb der ersten 24 Stunden nach dem Christchurch-Attentat fanden sich über 100 ‚Tribute‘ an den Attentäter auf der Spielplattform Steam; Menschen hatten ihre Anzeigenamen oder Profilbilder entsprechend geändert, um dem Terroristen zu huldigen. Passend dazu werden dort auch weiterhin Gruppen wie die Identitäre Bewegung geduldet, deren mögliche Verbindung zum Christchurch-Attentäter aktuell untersucht wird. Innerhalb der Steam-Gruppen selbst sind die Netzwerke der Rechten jedoch verhältnismäßig klein: Auf der Plattform, die 90 Millionen aktive Nutzer*innen im Monat hat, macht die größte Gruppe der Identitären Bewegung aktuell gerade einmal 525 Personen aus.

Gibt es Spiele, die besonders anfällig für eine rechte Klientel sind?

Das ist eine These, die – so weit ich weiß – noch nicht abschließend erforscht wurde. Manche Kolleg*innen vermuten, dass Kriegsspiele eher Rechtsextreme anziehen. In den meisten Spielen, in denen es um Krieg geht oder in denen gar Nazisymbole vorkommen, wie Wolfenstein etwa, sind Nazis jedoch die Feinde, die von den Spieler*innen besiegt werden (müssen). Ich persönlich würde eher vermuten, dass sich rechte Gruppen dort einnisten, wo die Fangemeinschaften und -kulturen Nährboden bieten: Überall dort, wo man ohne Sanktionen antisemitische, rassistische und andere diskriminierende Aussagen treffen kann. Wo andere Spielende das als ‚Provokation‘

oder ‚Witz‘ abtun und auch bestimmte Begriffe und Schimpfwörter, zum Beispiel in Multiplayer-Situationen, nicht bestraft werden. Gibt es also ein Spiel, wo die Community offen das N-Wort benutzen darf und der Spieleentwickler dort keinen sicheren Raum für alle nicht-weißen Menschen schafft, ist das Potenzial groß, dass sich Rechte dort einnisten. Und dann gibt es die Fälle von großen Youtubern oder Streamern, die erst mit frauenfeindlichen Aussagen auffallen, später rassistische ‚Witze‘ machen und schließlich in klar erkennbar rechten Umfeldern landen. Pewdiepie, der größte und bekannteste Gamer der Welt, ist ein gutes Beispiel dafür.

Wie nutzen Rechte die Gaming-Szene für ihre Zwecke?

Ganz allgemein versuchen Rechte gezielt dort zu rekrutieren und radikalisieren, wo junge Männer ihre Hobbys und Leidenschaften ausleben. Neben Witzeleien und Gesprächen über Lieblingsspiele finden sich nur wenige Klicks weiter plötzlich Pläne zum Belästigen von Marginalisierten und extremistische Auslöschungsträume. Auf Discord kann man gleichzeitig einen Sprachchat benutzen, um gemeinsam mit Freunden zu zocken – oder um wie bei Reconquista Germanica Hasskampagnen zu planen. Und auf Steam kann jemand gleichzeitig in einer Gruppe sein, die Rennspiele mag – und in einer, die Juden hasst. Dort, wo sich junge Männer mit ihren Freunden austauschen und sich wohl fühlen, wird also ganz gezielt Propaganda betrieben – häufig unter dem Deckmantel von Ironie und Meinungsfreiheit.

In die Gruppen selbst verlaufen sich aber wenige. Junge Menschen, die im Netz unterwegs sind, haben oft ein gutes Gespür dafür, wo sie sich gerade befinden. Daher schreiben Rechte auch nicht: „Wer Juden hasst, kommt in diese Gruppe“, sondern sie testen erstmal das Wasser mit unverfänglicheren Aussagen. Das können

als Ironie getarnte rassistische oder antisemitische Aussagen sein. Häufig sind auch frauen- und homosexuellenfeindliche Sprüche nichts, was im Gaming-Umfeld sanktioniert wird, das wird also auch als Mittel zur Verbrüderung genutzt. Sobald ein gewisses Gemeinschaftsgefühl etabliert ist, werden immer extremere Aussagen getätigt, und Links zu Videos oder Webseiten geteilt, wo dann die übliche Radikalisierung vollzogen wird.

Ist das Gaming-Umfeld also besonders anfällig für rechtes Gedankengut?

Nicht anfälliger als andere Hobbys auch. Eine gerade Linie von Gaming oder gar einer bestimmten Form von Videospielen zu rechten Netzwerken oder einer Radikalisierung zu ziehen, greift zu kurz. Radikalisierung, gerade in semi-öffentlichen oder geschlossenen Gruppen, findet im Gaming-Umfeld ebenso statt wie beispielsweise im Fußball. Da gibt es dann nämlich neben den harmlosen und engagierten Fangruppen, die zu Auswärts-spielen fahren, auch die gewaltbereiten Fans, die sich in der rechten Szene bewegen. So wie bei manchen Fußballclubs rechtes Gedankengut auf fruchtbareren Boden fällt als bei anderen, kann man sich das auch bei Videospielen vorstellen: Manche Fan-Communities sind sehr offen und vielfältig, andere schotten sich ab und etablieren eigene Codes, ohne die nichts geht.

Im Zuge von Christchurch wurde von der ‚4chan-Kultur‘ gesprochen, die schon länger fließende Übergänge ins rechte Milieu erlaube. Können Sie dieses Phänomen erklären? Halten Sie die These für plausibel?

Es ist wichtig festzuhalten, dass es nicht die eine 4chan-Kultur gibt – sondern eher einen Brutkasten für verschiedene Ideologien, die durch eine generelle kulturelle Haltung der dortigen Gemeinschaft und der

Seitenbetreiber gefördert wird. Das bedeutet konkret, dass unter dem Deckmantel von Humor oder Ironie so gut wie jeder frauenfeindliche, rassistische, antisemitische oder sonstwie diskriminierende Inhalt verbreitet wird. Das nützt natürlich White Supremacy

„Durch Ironie wird versucht, eine Distanz zum Inhalt herzustellen, die es den Akteuren erlaubt, umso offener zu hassen“

und anderen terroristischen Gruppen massiv, die jene Plattformen zur Rekrutierung, Radikalisierung und Mobilisierung oft junger Männer nutzen. Das konnte man gut beim Wahlkampf von Donald Trump sehen: Das dort eingesetzte Pepe-Meme wurde schnell von antisemitischen und rassistischen Akteuren vereinnahmt und zur Identitätsbildung genutzt – vorgeschoben als ‚witziger‘ Content, der ja nicht ernst zu nehmen sei. Durch eine tatsächliche oder vorgeschobene Ironie wird versucht, eine künstliche Distanz zum Inhalt herzustellen, die es dann den Akteuren erlaubt, umso offener zu hassen.

Gibt es auch Gegenbewegungen?

Ja, es gibt Gaming-Communities, die offen antirassistisch und feministisch sind. Andere zentrieren LGBTQ-Personen. Auch der Backlash, den Personen wie Pewdiepie oder der Minecraft-Gründer ‚Notch‘ für rechte Inhalte oder Verschwörungstheorien bekommen, wird von Jahr zu Jahr größer. Zudem sanktionieren immer mehr Spieleentwickler und Publisher diskriminierende Sprache, und sperren beispielsweise Spieler*innen, die gegen Schwarze oder Juden hetzen –

egal, ob in einer Diskussion oder im ‚Eifer des Gefechts‘ eines Spiels. Damit wird noch einmal klar gemacht: Das geht so nicht, solche Äußerungen gehören nicht zu unserer Community. Gerade für junge Gamer*innen sind solche Positionen wichtig.



Das Interview führte
Oliver Fassing
Bildungsreferent

Um Rechten im Gaming-Umfeld den Boden zu nehmen, sollte die Radikalisierungsgefahr von Gaming-Communities allerdings nicht größer gemacht werden, als sie ist – das könnte im Gegenteil zu einem Abschotten und ‚Wir gegen den Rest der Welt‘-Moment führen, den dann wiederum Rechte für sich zu nutzen wissen. Rechtsextreme nutzen längst digitale Medien, aber auch klassische Vereinsstrukturen wie im Sport, um ihre Ideologien zu verbreiten. Dagegen hilft vor allem ein stringentes Ausschließen von Personen, die rechtes Gedankengut verbreiten, eine konsequente Moderation und ein offenes Auge wie Ohr dafür, was unsere Kinder, Freund*innen oder Bekannten so von sich geben. Online wie offline und egal, ob das Spiel Fußball oder FIFA heißt.

PLAKATWETTBEWERB UN/SICHTBAR

PLAKATWETTBEWERB – DIE GEWINNER*INNEN

Wer bestimmt, wer in der Öffentlichkeit auftreten kann? Wem wird heute zugehört? Und wer bleibt dabei im Hintergrund – geradezu unsichtbar? Beim Kunstwettbewerb 2019 hat die Bildungsstätte mit Unterstützung von William Blair junge Menschen eingeladen, in einer Fotostory, -serie oder Fotocollage zu zeigen, wo sie unsichtbar gemacht wurden – und wo sie sichtbar werden konnten.

✗ Kategorie Nachwuchs (bis 14 Jahre)



„Wenn man nicht schon in zwei Ländern gelebt hat, kann man nicht wissen, wo man sich mehr sichtbar oder unsichtbar fühlt. Ich fühle mich in Gambia sichtbarer als in Deutschland, weil meine Familie dort wohnt und mehr Leute wissen, dass ich existiere. Ich habe vier Bilder ausgesucht, weil ich den Leuten sagen möchte, dass sie sich mehr trauen sollten in andere Länder zu fliegen und nicht immer sagen „es ist gefährlich, es ist gefährlich!“ – am Ende hat man was Gutes davon. Man fühlt sich besser, stärker und wohler.“

Das Bild oben links ist meine Schule, in der ich jetzt bin. Das Bild oben rechts ist meine vorherige Schule in Gambia. Das Bild unten links sind meine Freundinnen in Gambia. Das Bild unten rechts sollen meine Freundinnen in Deutschland sein, aber keine möchte für einen Wettbewerb fotografiert werden.“

3. Platz:
Mariama Drammeh



„Hasret möchte an ein Buch dran kommen und schafft es nicht. Anna lacht über Hasret, holt das Buch runter und ignoriert Anne als wäre sie unsichtbar. Hasret denkt das Buch ist für sie und will es nehmen. Anna läuft jedoch mit dem Buch weg.“

Annalena & Hasret haben mit der Foto-story eine Realität abgebildet, die sie als relativ kleine Menschen oft zu spüren bekommen.“

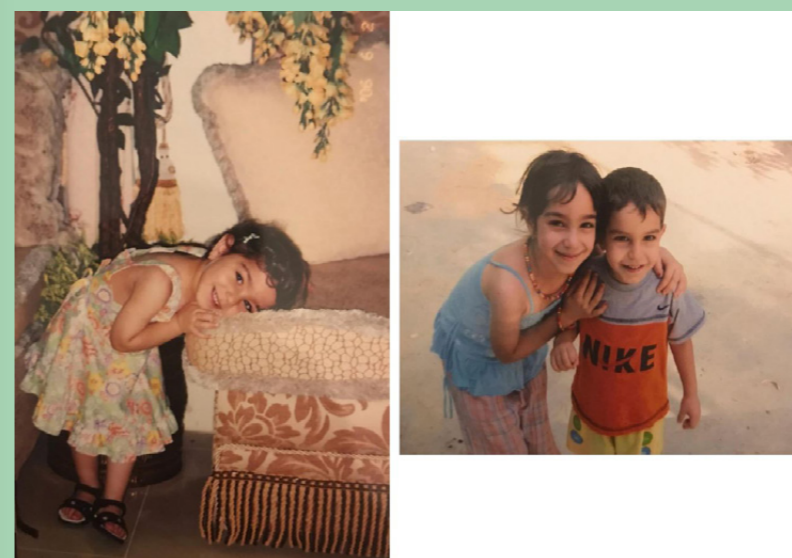
2. Platz:
Annalena & Hasret



„Ich wurde im Iran geboren und habe dort 14 Jahre gelebt. Iran hat 32 Städte und ist sehr grün und schön und hat eine lange und spannende Geschichte.“

Auf dem zweiten Foto sieht man mich mit meinem Bruder. Ich spreche persisch und englisch, in der Schule im Iran habe ich englisch und arabisch gelernt. Jetzt lerne ich deutsch in Berlin in der Schule.

Auf dem letzten Bild sieht man Berlin, das Brandenburger Tor, denn ich bin 2018 mit meiner Familie nach Deutschland gekommen und ich liebe Deutschland.“



1. Platz:
Fateme Abedi

X Kategorie Newcomer (15 bis 19 Jahre)



„Ob es die leeren Flaschen im Feld oder die Verpackung des Bonbons ist, das gerade gegessen und dessen Papier am See zurückgelassen wurde: Statt in der Tonne landet viel Abfall in freier Natur. Dies ist nicht nur schlecht für die Tiere, die dort leben und unseren Müll fressen, sondern auch für uns.“

Auf meinen Bildern werden Umweltverschmutzungen beispielhaft durch Zigaretten, Dosen, Plastikverpackungen oder Scherben dargestellt. Die Miniaturfigur, die jeweils auf den Bildern zu sehen ist, steht für uns Menschen. Da wir Menschen immer mehr Müll produzieren und auch noch sorglos damit umgehen, werden wir von unserem eigenen Müll irgendwann eingeholt, wenn wir an unserer Lebensweise nichts ändern.“

2. Platz:
Anna Melato-Dettmar

Doch wir können diese Probleme auch verhindern, wenn wir unseren Müll ordnungsgemäß entsorgen. Dies soll in meinem fünften Bild deutlich werden.“

Diesmal ist das Männchen farbig dargestellt und ‚springt‘ dem Betrachter somit ins Auge. Es soll symbolisieren, dass wir auch sichtbar werden können, indem wir unseren Müll fachgerecht entsorgen und nicht die Umwelt damit belasten.“

3. Platz:
Amélie Goltz



„Unsichtbar kann man nicht nur gemacht werden, man kann sich auch selbst unsichtbar machen beziehungsweise verstecken, aus Angst, nicht akzeptiert zu werden. Eine der besten Möglichkeiten dafür ist heute das Handy geworden. Da stellt sich die Frage, ob nicht die Sichtbarkeit in der virtuellen Welt nur eine Illusion ist. Man hat zwar virtuelle Freunde, doch vielen davon ist man noch nie persönlich begegnet. Oft sitzt man alleine vor einem Bildschirm und merkt gar nicht, wie einsam man dabei ist. Deshalb ist es wichtig, sich auch der Realität bewusst zu bleiben.“

gewagt hat, sein Innerstes zu zeigen, wird man sichtbar. Manchmal schafft man dies jedoch nicht alleine, dann benötigt man die Hilfe eines anderen. Und wenn man selbst auch rücksichtsvoll mit der verletzlichen Seite anderer Menschen umgeht, dann wird es möglich, sichtbar zu werden und gemeinsam echte Liebe, Frieden und Nähe zu erfahren.“

Auf den Fotos bin ich (16, rechts) mit meinen Schwestern Vivien (15, mittig) und Lilly-Sophie (13, links) zu sehen.“

(Text gekürzt, Anm. d. Red.)



MY OWN DIRECTION

„Es gibt so viele Situationen, in denen ich mich unsichtbar fühle oder unsichtbar mache. Aber es gibt auch Situationen, in denen ich so laut schreien kann wie ich will und ich werde nicht gesehen, ich werde nicht gehört.“

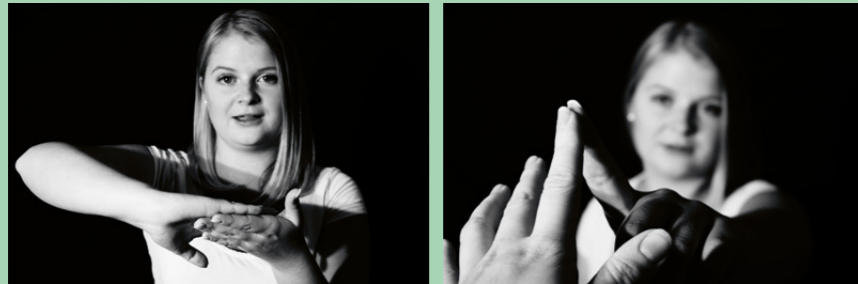
Meine Eltern wollen beide nur das Beste für mich. Natürlich bin ich dankbar darüber und ich weiß, dass sie mich beide lieben. Doch während meine Mama den Erfolg in der Schule und einen guten Abschluss für ‚das Beste‘ hält, hält mein Papa den Erfolg und die Förderung meines Talentes im Schwimmen für ‚das Beste‘. Die zwei wichtigsten Personen in meinem Leben zerrren und reißen an mir.“

Die Erwartungen zerreißen mich innerlich und ich halte doch an allem Fest und versuche mich zu verbiegen und zu strecken, um meinen Eltern gerecht zu werden. Hier bin ich unsichtbar.“



1. Platz:
Madlen Kolar

✘ Kategorie Profis (ab 19 Jahre)



3. Platz:
Romina Rothmeier

„Menschen, denen aufgrund von Behinderungen die Teilhabe an der Gesellschaft schwer gemacht wird, haben ein Recht gesehen/gehört/geliebt zu werden. Oftmals fällt es ihnen durch das Verhalten anderer Menschen schwer, Beziehungen aufzubauen. Das erste Bild zeigt, wie man sich fühlt, wenn man einer Clique ange-

hören will, sich aber nicht integriert fühlt. Das Mädchen kann keine Lautsprache, die die anderen ausschließlich verwenden. Dann schildert sie in Gebärdensprache, dass Beziehungen nicht einfach sind. Sie wirkt dabei selbstbewusster. Das letzte Bild stellt dar, dass man sich ihr auch auf andere Weise annähern kann – durch

Zeichen, Berührung oder Mimik. Mit der Story spreche ich auch von Inklusion. Man kann, wenn man aufeinander zugeht und mit den richtigen Mitteln kommuniziert, Welten bewegen.“

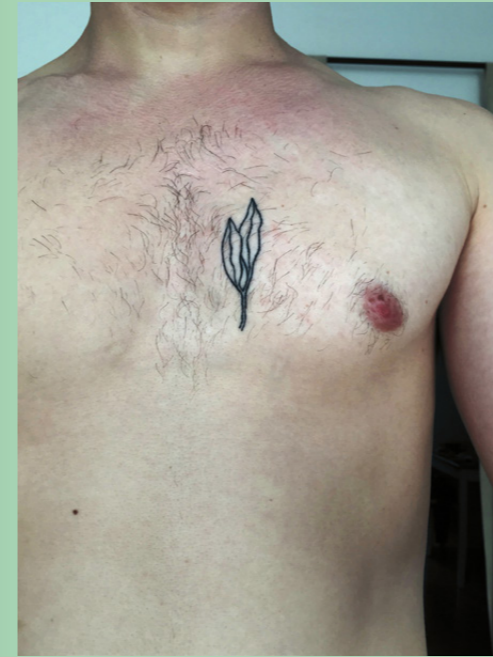
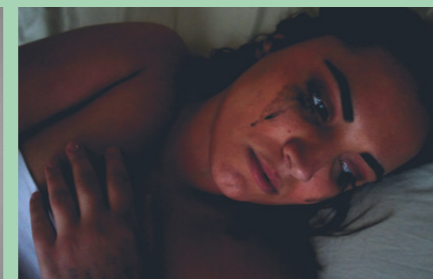
[Text gekürzt, Anm. d. Red.]



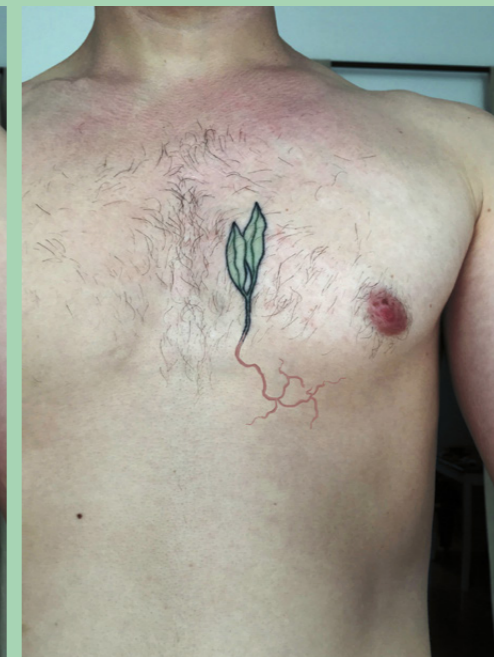
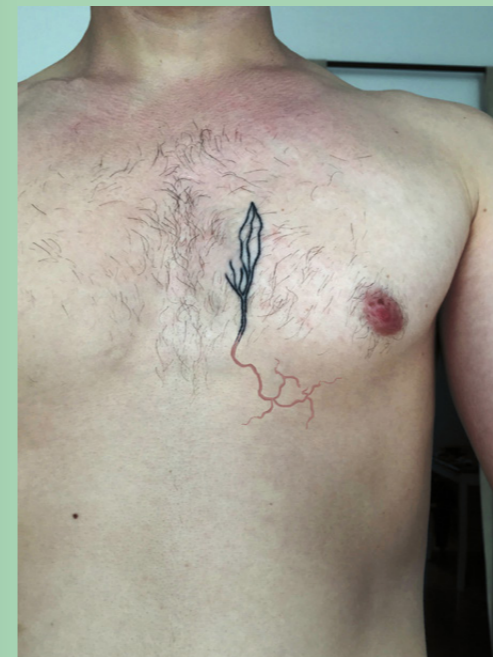
„Die Gesellschaft entwickelt sich immer weiter. Trotz Social Media Plattformen, bestimmen wir letztendlich, was wir preisgeben möchten. Ich möchte mit meinen fünf Fotos zeigen, was oft hinter der Social Media Fassade steckt. Viele Menschen leiden heutzutage unter Depressionen. Zwar engagieren sich einige bekannte Personen dafür, dass mehr über das Thema geredet wird, doch leider sind psychische Erkrankungen weiter ein ‚Tabu‘ in der Gesellschaft. Dadurch sind die Menschen gezwungen, ein ‚Poker Face‘ aufzusetzen und zu schauspielern. Mit meinen Fotos möchte ich das Thema Depression sichtbar machen und zeigen, was dahintersteckt. Um aus Depressionen rauskommen zu können, braucht es auch Stärkung und Rückhalt der Mitmenschen.“

[Text gekürzt, Anm. d. Red.]

2. Platz:
Melanie Pitsch



1. Platz:
Andrea Strehl



JUNGTRIEBE

„Bei meinem älteren Bruder wurde 2013 die seltene Blutkrankheit SAA (Schwere Aplastische Anämie) diagnostiziert, die mit einer Mangelerscheinung aller Blutbestandteile einhergeht. Da der Körper bei dieser Erkrankung nicht mehr ausreichend Blutzellen produzieren kann, benötigen die meisten Betroffenen eine Stammzelltransplantation, so auch mein Bruder. Glücklicherweise stellte ich mich als passende Spenderin heraus, und Steffen konnte durch meine Stammzellen wieder von der lebensbedrohlichen Krankheit geheilt werden. Seit der Transplantation verbinden meinen Bruder und mich meine Blutmerkmale, wir sind also im wahrsten Sinne des Wortes ‚Blutsgeschwister‘. Vor kurzem hat Steffen sich das auf dem Foto zu sehende Tattoo gestochen. Das Tattoo-Motiv

bringt er mit der Heilung der unsichtbaren Krankheit in Verbindung. Die zwei Blätter stehen für uns zwei Geschwister, die beide ihre Energie aus dem selben ‚Stängel‘, sprich dem gemeinsamen Blut schöpfen. Das Tattoo ist nahe des Herzens platziert, von dem alle Blutbahnen abgehen und wieder hinführen. Meine Animation macht den Prozess sichtbar, bei der sich durch die Stammzelltransplantation wieder neue Stammzellen in das Knochenmark einnisten konnten und sein Körper seitdem wieder alle Blutbestandteile produzieren kann. In der Animation schöpft die kleine Pflanze ihre Energie aus dem Blutkreislauf und kann so überleben, wachsen und lebendig grün leuchten.“

✘ Sonderpreis



Syrien, Damaskus 2012



Jordanien, Amman 2014



Libanon, Faeria 2013



Türkei, Mersin 2015



Deutschland, Berlin 2015

Abdulahdi Alsmadi

„VOR 8 JAHREN. Syrien, Damaskus.
Es ist dunkel, es gibt keine Hoffnung mehr, alles ist kaputt, wir müssen weg von hier. Ich fühl mich unsicher, ich will an einen sicheren Ort gehen.

VOR 7 JAHREN. Libanon, Fraeria.
Ich lebe unter Druck ich kann es nicht mehr aushalten. Ich fühl mich traurig in diesem Land. Ich will hier weg.

VOR 5 JAHREN. Jordanien, Amman.
Zum Glück habe ich Freunde, meine Familie, aber eine wichtige Sache habe ich nicht. Hoffnung.

VOR 4 JAHREN. Türkei, Mersin.
Ich fühle mich sicher. Ich bin froh. Aber meinen Weg habe ich noch nicht gefunden.

VOR 3 JAHREN. Deutschland, Berlin.
Es wird hell. Ich habe wieder Hoffnung gefunden. Alles wovon ich geträumt habe. Ich bin glücklich.“

Nicht nur für den Job, sondern fürs Leben lernen

In dem Projekt ‚Demokratieprofis‘ arbeitet die Bildungsstätte gezielt mit großen, kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Rhein-Main-Region zusammen, um auch in der Arbeitswelt für Rechtspopulismus, Diskriminierung und religiösen Extremismus zu sensibilisieren. Wir sprachen mit Wolfgang Haas, der seit 1983 bei der Fraport AG in der Berufsausbildung arbeitet und diesen Bereich seit zehn Jahren leitet.

NB

Lieber Herr Haas, wie kommt man auf die Idee, Azubis gezielt mit den Themen Rechtspopulismus und Diskriminierung zu konfrontieren?

WH

Wir haben vor zwei oder drei Jahren, als die ganze Radikalisierungs- und Salafismus-Debatte ihren Höhepunkt erreichte, zusammen mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung ein Seminar für unsere Auszubildenden gemacht. Eine der Moderatorinnen dort war Frau Cheema von der Bildungsstätte Anne Frank. Außerdem kannte ich die Bildungsstätte aus Zeitungsartikeln.

NB

Sie haben die Radikalisierung angesprochen. War das zu dieser Zeit auch ein akutes Thema bei Ihnen in der betrieblichen Ausbildung?

WH

Es war eher präventiv. Aber wir haben natürlich viele junge Leute muslimischen Glaubens. Zu dieser Zeit haben wir auch einmal für die Führungskräfte des Personalbereichs eine Informationsveranstaltung gemacht, um uns überhaupt erstmal über die ganzen religiösen Hintergründe zu informieren. Das war für mich der Anstoß, in einem diversen Unternehmen wie dem unsrigen auch die jungen Leute dafür zu sensibilisieren.

NB

Fraport ist ja auch einer der größten Arbeitgeber in der Region Rhein-Main...

WH

Ja, richtig. Und der Flughafen ist multikulturell, deshalb schien uns das sehr wichtig, und es war auch für mich sehr lehrreich. Ich habe dort viele Dinge zum ersten Mal erfahren, mit denen ich mich selbst auch noch nicht auseinandergesetzt hatte.

NB

Könnten Sie die Kooperation, die jetzt zwischen der Bildungsstätte und Fraport entstanden ist, kurz beschreiben?

WH

Wir bieten unseren Auszubildenden seit 1995 die Möglichkeit, ein politisches Bildungsseminar zu besuchen. Das war in der Vergangenheit immer sehr geschichtsträchtig. Irgendwann wollten wir auch noch andere Themen

anbieten. Deshalb sind wir dann an unsere Auszubildenden herangetreten und haben deren Interessenlagen abgeklopft. Der Umgang mit ‚News‘ in den sozialen Medien und das Thema Rechtsradikalismus, aber auch bestimmte internationale politische Themen stießen auf besonderen Anklang. Früher habe ich viele Sachen selbst organisiert, aber da ich in zwei Jahren in Rente gehe und nicht wollte, dass das Projekt mit meinem Ausscheiden stirbt, brauchten wir professionelle Träger, die thematisch auch viel näher dran sind.

Wir entschieden uns dazu, dass unsere jungen Leute auf freiwilliger Basis ein dreitägiges Seminar besuchen können, das wir mit der Friedrich-Ebert-Stiftung machen. Zusätzlich ist das Demokratieprofis-Seminar ab diesem Herbst für alle Auszubildenden eine Pflichtveranstaltung. Es bot sich an, das mit einem lokalen Träger zu machen, aber natürlich hat uns das Programm der Bildungsstätte auch inhaltlich überzeugt. Wir hatten im Rahmen unseres Evaluierungsprozesses einen Termin in der Bildungsstätte und konnten uns dort über die verschiedenen Ansätze im Lernlabor informieren. Das hat uns dann davon überzeugt, dass die Bildungsstätte Anne Frank der richtige Partner ist.

NB Und wie wird das jetzt konkret aussehen?

WH Unser Ausbildungsjahrgang 2019, das sind knapp 120 Leute, kommt für drei oder vier Termine in die Bildungsstätte. Das macht künftig jeder Ausbildungsjahrgang so, und die Veranstaltungen sind auch Teil der Kooperationsvereinbarungen. Wer Spaß an den Themen gefunden hat, kann dann im zweiten Ausbildungsjahr noch das dreitägige Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung belegen.

NB Inwiefern sind die Themen der Bildungsstätte denn auch Themen für Fraport? Welche Herausforderungen sehen Sie da?

WH Auch ein Betrieb funktioniert nur, wenn die demokratischen Spielregeln beachtet werden, wenn es darum geht, mit unterschiedlichen Nationalitäten, unterschiedlichem Glauben und auch unterschiedlicher sexueller Orientierung tolerant umzugehen. Das sind für uns die zentralen Motive: dass wir glauben, wir brauchen auch in einem Unternehmen junge Menschen, die die Grundprinzipien der Demokratie kennen und auch schätzen.

NB Ist Rechtspopulismus für Sie ein Thema?

WH Also für mich als Privatperson auf jeden Fall, und wenn ich mir die aktuellen Entwicklungen angucke, mit dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten, ist offensichtlich, dass sich auch unsere jungen Leute mit dem Thema auseinandersetzen. Wir haben ja heute auch ein völlig anderes Medienverhalten; ich lese Zeitung, die jungen Leute bewegen sich hauptsächlich in den sozialen Medien. Gerade dort wird aber derart viel Unrat verbreitet, dass wir es für unsere Pflicht halten, dass sie solides Wissen bekommen und dann eben auch in der Lage sind, die eine oder andere Information, die im Internet eben die Runde macht, differenzierter einzuschätzen.

NB Sie sagen: „demokratische Grundwerte“...

WH Ja, wir haben ja auch demokratische Beteiligungsmöglichkeiten im Unternehmen, wir haben einen Betriebsrat, wir haben eine Jugend- und Auszubildendenvertretung. Die Wahlbeteiligungen liegen leider immer bei maximal 50 Prozent, das finde ich persönlich natürlich zu wenig.

NB Wo genau erleben Sie da Schwierigkeiten? Solche Bildungsangebote sind ja nicht komplett selbstverständlich und müssen in einem solchen Unternehmen erst einmal erarbeitet werden.

WH Im Frühjahr war ich mit einer Gruppe bei einem Seminar, da ging es um ‚soziale Medien versus öffentlich-rechtliche Medien‘. Zu Beginn dieser Veranstaltung waren die jungen Leute durchgehend der Meinung, dass öffentlicher Rundfunk und Fernsehen völlig überholt sind. Bei einem Besuch beim Bayerischen Rundfunk in Würzburg haben sie erlebt, dass da seriöse Arbeit geleistet wird. Das ist für mich schon mal ein Anstoß.

NB Fraport ist natürlich ein sehr großes Unternehmen. Wie sehen Sie die Möglichkeit, so eine Unternehmenskultur zu erhalten, für diese Themen sensibel zu bleiben?

WH Das hängt für mich immer mit Personen zusammen und deren Verständnis ihrer eigenen Rolle. Als Ausbildungschef verstehe ich mich nicht nur als derjenige, der für die fachliche Qualifizierung verantwortlich ist, sondern auch dafür, junge Leute für Beteiligung und demokratische Gepflogenheiten zu sensibilisieren. Das ist auch Konsens mit meinem Ausbildungsteam, das ist unsere Philosophie.



Das Interview führte
Nicole Broder
Leiterin des Projekts Demokratieprofis

DEMOKRATIEPROFIS AM WERK. Politische Bildung in der Arbeitswelt

Das Modellprojekt in Kooperation mit dem Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft und dem Zentralrat der Muslime in Deutschland wird im Rahmen des Bundesprogramms ‚Demokratie leben!‘ vom Bundesfamilienministerium gefördert. Es bietet Tagesworkshops für Auszubildende, Ausbilder*innen und Teams von Mitarbeiter*innen zu den Themen Diskriminierung am Arbeitsplatz oder Rechtspopulismus an. Darüber hinaus können Ausbilder*innen und Führungskräfte in aktuellen Konfliktfällen Beratung in Anspruch nehmen.

Ein Schweizer Zwilling

Seit Oktober 2018 hat das Mobile Lernlabor ‚Mensch, Du hast Recht(e)!‘ der Bildungsstätte einen Ableger in Basel, der dem Frankfurter Vorbild nachempfunden ist. Wie gelang die Adaption auf Schweizer Verhältnisse?

Lange bevor das Lernlabor ‚Anne Frank. Morgen mehr‘ in den Frankfurter Räumen der Bildungsstätte eröffnet wurde, gab es bereits ‚Mensch, Du hast Recht(e)!‘ – ein Lernlabor zu den Themen Diskriminierung und Menschenrechte. Viele Konzepte wurden hier bereits erprobt – die selbstbestimmte Erkundung des Raums durch die Besucher*innen, das Lernen als Gruppe, die persönliche Dokumentation des Lernfortschritts. Dabei ist ‚Mensch, Du hast Recht(e)!‘ konsequent mobil, kann von Schulen oder Vereinen geordert und innerhalb weniger Stunden selbst aufgebaut werden. Seit 2014 tourt es so schon durch das Bundesgebiet, wird in Schulaulas, Rathäusern oder Gemeinschaftsräumen präsentiert.

Ein Erfolgsrezept, das auch im Ausland gut ankommt. Im vergangenen Jahr hat der Kanton Basel-Stadt eine Schweizer Version des Lernlabors hergestellt, die im Oktober 2018 eröffnet wurde. Die zahlreichen interaktiven Lernstationen, aus denen sich die Ausstellung zusammensetzt, werden nun künftig auch in der Deutschschweiz Jugendliche anregen, über Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus nachzudenken und zu diskutieren.

Es ist die erste Adaption eines Bildungsstätten-Formats durch ausländische Träger überhaupt. Initiator war Yves Kugelmann vom

Anne Frank Fonds Basel: Er machte 2015 den damaligen Bildungsminister und Chef des Erziehungsdepartements, Dr. Christoph Eymann, mit der Idee vertraut. Dieser war von dem Konzept sofort begeistert,

Lernlabor ‚ein ideales Lehrmittel‘ und verweist auch auf aktuelle Diskussionen im Bildungssektor: „Im Kanton Basel-Stadt wird derzeit diskutiert, ob das Schulfach ‚Politik‘ in der Sekundarstufe

„Kaum jemand in Basel hätte mit dem ‚Sarrazin-Rap‘ etwas anfangen können, und Angela Merkel ist für Baseler Jugendliche keine Referenzgröße“

wie er in seiner Eröffnungsrede erzählte: „Es gibt keinen erhobenen Zeigefinger, stattdessen wird man durch das Erlebte verändert.“ Den Auftrag zur Adaption des Lernlabors erhielt schließlich der ehemalige Basler Kulturamtsleiter Michael Koechlin.

„Am Mobilem Lernlabor hat uns vieles überzeugt: vor allem die thematische Bandbreite und Gliederung, die Interaktivität, der Anreiz zu Diskussionen und die flexiblen Nutzungsmöglichkeiten“, sagt Koechlin heute. Zusammen mit Mitarbeiterinnen der Bildungsstätte hat er in den vergangenen Jahren das Basler Lernlabor erarbeitet. Koechlin nennt das

eingrichtet werden soll oder ob Politik als Querschnittsthema in verschiedenen Fächern vorkommen soll.“

Dabei waren die Ausstellungsmacher*innen um Koechlin überrascht, wie aufwendig die Adaption der deutschen Ausstellung auf Schweizer Verhältnisse war. „Wir wollten grundsätzlich so nah wie möglich bei der Frankfurter Fassung bleiben, aber sowohl in sprachlicher als auch in gesellschaftlicher, kultureller, medialer und gesetzlicher Hinsicht waren die Unterschiede größer, als wir anfangs angenommen hatten.“ Kaum jemand in Basel hätte mit dem ‚Sarrazin-Rap‘

etwas anfangen können, und Angela Merkel sei für Baseler Jugendliche keine bedeutende Referenzgröße. Auch gebe es so etwas wie eine BILD-Zeitung in der Schweiz nicht – ‚zum Glück‘, lacht Koechlin. Tatsächlich setzte die Adaption kreative Eigenleistungen frei: Statt des ‚Sarrazin-Raps‘ komponierte der sehr populäre Basler Rapper Black Tiger einen völlig neuen Song.

Für die Betreuung des Lernlabors ist Alexandra Binnenkade zuständig, seit September 2018 beim Erziehungsdepartement beschäftigt. Derzeit wird das Lernlabor jeweils zwei bis drei Wochen in der Aula einer Schule gezeigt. Die Schüler*innen bewegen sich anderthalb Stunden frei durchs Lernlabor, danach wird im Klassenraum darüber diskutiert – und

zwar oft sehr intensiv: „Nach einem Besuch haben die Schüler*innen sehr viel zu besprechen. Das hängt manchmal von ihrem Vorwissen ab, manchmal davon, dass Themen wie etwa Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung in der Klasse gerade sehr aktuell sind.“

Die bisherige Resonanz sei durchweg positiv, sagt Binnenkade: „Schüler*innen sind oft sehr beeindruckt, wenn sie im Mobilem Lernlabor feststellen, dass sie selbst auch Vorurteile haben. Die spielerische Darstellung gefällt vielen, und auch für die Hörtexte in der Klangdusche gibt es oft Lob.“ Wenn es negatives Feedback gibt, beziehe es sich oft auf die Sprache: „Einige Besucher*innen finden Wörter wie ‚partizipativ‘ zu kompliziert. Auch dass es verhältnismäßig textlastig ist, kann

Schüler*innen überfordern. Wir versuchen kontinuierlich, die Texte für alle noch besser verständlich zu machen.“

Auch in der Deutschschweiz zeigt sich also: Es ist möglich, schwierige Themen so zu behandeln, dass Jugendliche sich dafür begeistern können. Nicht von oben herab, sondern als Herausforderung, als Irritation von Normalitäten.



Aylin Korte
Koordinatorin des Mobilem Lernlabors



NÄCHSTER TERMIN



Osterholz-Scharmbeck,
Medienhaus am Campus
01.11. – 17.11.2019

DAS MOBILE LERNLABOR ‚MENSCH, DU HAST RECHT(E)!‘

Seit 2015 tourt das Mobile Lernlabor durch Hessen und darüber hinaus, um junge Menschen für Rassismus und Diskriminierung zu sensibilisieren. An mehr als 50 Stationen hat es seitdem Halt gemacht.

bs-anne-frank.de/duhastrechte

Geistige Brandstifter*innen

Staatlich finanzierte Nachwuchsschmiede der Neuen Rechten? Warum wir keine Steuergelder für die AfD-nahe Erasmus-Stiftung ausgeben sollten

Stellen Sie sich vor, der Geschichts- und Sozialkundeunterricht Ihrer Kinder, Nichten und Kindes-kinder würde mitbestimmt von Leuten, die die Sprösslinge von AfD-Politiker*innen als die ‚neuen Judenkinder‘ bezeichnen. Leuten, die öffentliche Kritik an den rassistischen Hetzjagden in Chemnitz mit dem Reichstagsbrand von Februar 1933 in Zusammenhang bringen. Stellen Sie sich also vor, Leute wie Erika Steinbach oder Max Otte würden über den Schulunterricht in Deutschland mitbestimmen. Die eine ist Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung und hatte den ‚Judenkinder‘-Vergleich auf Twitter verbreitet, nachdem eine Berliner Privatschule dem Kind eines AfD-Politikers die Aufnahme verweigert hatte. Der andere ist Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung und hatte nach den Angriffen von Neonazis, Rechtsradikalen und ‚besorgten Bürgern‘ auf People of Color und Migrant*innen getwittert: „Werden die medial völlig verzerrt dargestellten Vorfälle von #Chemnitz zum neuen #Reichstagsbrand, zum Auftakt der offiziellen Verfolgung politisch Andersdenkender? #Meinungsterror #Afd #Freiheit #Demokratie“

Stellen Sie sich vor, der Staat gibt Geld an eine Stiftung, die dieses dazu verwendet, Geschichtsrevisionismus und die Verharmlosung von NS-Verbrechen zu verbreiten

Die Tweets zeigen: Die wichtigsten Repräsentant*innen der AfD-nahen Stiftung sind nicht darum verlegen, Rechtspopulist*innen und Neonazis mit den Opfern der Shoah, den Verfolgten des Nationalsozialismus und die Bundesrepublik mit dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat gleichzusetzen.

Mit dem Mord an Walter Lübcke in Kassel kamen noch mehr bestürzende Details aus den führenden Reihen der Stiftung ans Licht: Inzwischen wissen wir, dass Steinbach daran beteiligt war, den Hass auf den hessischen CDU-Politiker, der im Juni 2019 aus rechtsextremistischen Motiven erschossen wurde, nur wenige Wochen vor der Tat auf ihren Social Media-Kanälen neu anzufachen. Eine Plattform für Hass und Hetze zu bieten – das ist das Geschäftsmodell der ehemaligen Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, die mit 85.000 Twitter-Followern und 44.000 Facebook-Abonent*innen eine enorme Reichweite erzielt. In Sonntagsreden werden Menschen wie Erika Steinbach gerne als ‚geistige Brandstifter‘ bezeichnet. Wesentlich drastischer formulierte es CDU-Generalsekretär Peter Tauber, der nach dem Mord von Lübcke an seine ehemalige Parteikollegin schrieb: „Du trägst Mitschuld an seinem Tod.“

Sollte die AfD zum zweiten Mal in den Bundestag einziehen, was zum aktuellen Zeitpunkt nicht unwahrscheinlich ist, wird auch ihre politische Stiftung in den Genuss von Steuergeldern kommen. So wie die Stiftungen der etablierten Parteien auch – von der Konrad Adenauer- bis zur Rosa Luxemburg-Stiftung. „Parteinaher Stiftungen gelten als wichtiger Teil der politischen Kultur in der Bundesrepublik“, ist auf der Internetseite des Bundesinnenministeriums zu lesen. Deshalb werden sie vom Staat finanziell gefördert. Steinbach, Otte & Co. dürfen mit einer Alimentierung von schätzungsweise 70 Millionen Euro pro Legislaturperiode rechnen. Eine Summe, mit der auch die Desiderius-Erasmus-Stiftung weitgehend unbehelligt von öffentlicher Kontrolle operieren kann – der Stiftungsstatus garantiert relative Unabhängigkeit. In anderen Worten: Sie kann machen, was sie will.

Stellen Sie sich also vor, der Staat gibt Geld an eine Stiftung, das dieses dazu verwendet, in ihrer Bildungsarbeit Geschichtsrevisionismus und die Verharmlosung von NS-Verbrechen zu verbreiten. Mit ihrem Programm wendet sie sich an Schüler*innen und Student*innen – an angehende Lehrer*innen, Politiker*innen, Journalist*innen, Wissenschaftler*innen. Wie andere politische Stiftungen auch, wird sie Stipendien an Studierende vergeben, wissenschaftliche Forschungsaufträge erteilen, Parteimitglieder weiterbilden.

Die von der AfD-Stiftung geschulte Intelligenzia wird demnächst an Schulen unterrichten, in Bundes- und Landtagen, Redaktionen, Universitäten und anderen Schaltstellen sitzen.

Macht Ihnen dieses Szenario auch zu schaffen? Dann sind Sie damit nicht allein. Die Bildungsstätte Anne Frank hat sich zusammen mit Vertreter*innen namhafter bundesdeutscher Einrichtungen der historisch-politischen Bildung, Gedenkstätten und (internationaler) Überlebenden-Organisationen sowie mit Wissenschaftler*innen im Feld NS-Geschichte und Erinnerungskultur (siehe Kasten) mit einer Petition an Bundesinnenminister Horst Seehofer gewendet. Wir haben ihn aufgefordert, das Programm der Desiderius-Erasmus-Stiftung im Bereich der historisch-politischen Bildung kritisch zu überprüfen, bevor die Einrichtung Mittel aus dem Bundeshaushalt erhält. Mehr als 6.000 Personen haben die Petition unter dem Titel ‚Keine Steuergelder für Geschichtsrevisionismus‘ unterzeichnet.

Nicht allein die Inhalte, auch das Netzwerk der Erasmus-Stiftung bietet Anlass zur Besorgnis: Die Stiftung ist eine Nachwuchs- und Kaderschmiede für Rechtspopulist*innen und hat schon jetzt eine Scharnierfunktion, die weit über das eigene Parteimilieu hinausreicht, indem sie der heterogenen neurechten Nachwuchsszene eine Plattform für Austausch und Vernetzung bietet. Hier treffen junge Konservative auf Burschenschaftler*innen, Junge Alternative und Aktivist*innen der rechtsextremistischen Identitären Bewegung – mithin auf Akteur*innen, die öffentlich weitgehend diskreditiert sind oder sogar vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Als eine seriöse Einrichtung, die eine Stiftung in der öffentlichen Wahrnehmung zunächst immer darstellt, wird die Desiderius-Erasmus-Stiftung daran arbeiten, die Grenzen des Sagbaren weiter nach rechts zu verschieben. So wird neurechtes Gedankengut salonfähig – mit Geld aus der Staatskasse.

Und jetzt stellen Sie sich vor, das würde man einfach so hinnehmen.

Erstunterzeichner*innen der Petition „Keine Steuergelder für Geschichtsrevisionismus“

Trude Simonsohn,
Holocaust-Überlebende und Ehrenbürgerin der Stadt Frankfurt am Main

Ruediger Mahlo,
Repräsentant der Claims Conference in Deutschland

Floriane Azoulay,
Direktorin des International Tracing Service

Prof. Dr. Michael Naumann,
Rektor der Barenboim-Said Akademie

Prof. Dr. M. Brumlik,
Goethe Universität Frankfurt sowie Selma Stern Zentrum für jüdische Studien, Berlin/Brandenburg

Romani Rose,
Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Anetta Kahane,
Vorsitzende der Amadeu-Antonio Stiftung

Dr. Jörg Skriebeleit,
Leiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg

Prof. Dr. Doron Kiesel,
Wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland

Dr. Jens-Christian Wagner,
Geschäftsführer Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Dr. Axel Drecoll,
Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen

Dr. Mirjam Wenzel,
Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt am Main

Dr. Andreas Eberhardt,
Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“

Jutta Weduwen,
Geschäftsführerin Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Dr. Detlef Garbe,
Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Prof. Dr. Mirjam Zadoff,
Direktorin NS-Dokumentationszentrum München

Christoph Heubner,
Exekutiv Vizepräsident Internationales Auschwitz Komitee

Dr. Hans-Christian Jasch,
Direktor der Gedenk- und Bildungsstätte, Haus der Wannsee-Konferenz

Dr. Thomas Lutz,
Stiftung Topographie des Terrors



Eva Berendsen
Leiterin Kommunikation

„Anderen wurde es schwindelig“

Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer. Die Grenze zwischen DDR und BRD war wieder offen. Die Freude hierüber verband sich mit einem erstarkenden Nationalismus, in dessen Schatten rassistische Anfeindungen und Übergriffe merklich zunahm. Die Ausstellung ‚Anderen wurde es schwindelig‘ der Bildungsstätte Anne Frank zeigt Perspektiven auf die deutsche Vereinigung, die in der vorherrschenden Erinnerungskultur fehlen.

Rauch von Feuerwerkskörpern, der jubelnde Menschen umhüllt, die schwarz-rot goldene Fahnen schwenken. Im Hintergrund leuchtet das Brandenburger Tor vor nachtschwarzem Himmel: Diese Bilder zeigt Google auf der ersten Seite, gibt man die Worte ‚Mauerfall Deutschland‘ in die Suchmaske ein. Sie prägen das Gedächtnis an 1989/90 bis heute. Sie stehen für den Sieg der Demokratie, für ein glückliches Ende einer Geschichte von Trennung und Unterdrückung. Doch 30 Jahre nach dem Mauerfall ist klar, dass dieses Erinnerungsnarrativ verkürzt ist und viele andere Erinnerungswelten verdrängt.

Die Schwarze Aktivistin und Dichterin May Ayim hat die Euphorie über den Fall der Berliner Mauer als eine „Feier in weiß“ beschrieben. Denn schnell wurde klar, dass nicht-weiße Menschen aus der Euphorie ausgeschlossen und zu ‚anderen‘ gemacht wurden. Auch gegenwärtige Debatten über die Bedeutung von 1989/90 nehmen diese Erfahrungen selten wahr, auch sie sind meist eine „Feier in weiß“.

In der Ausstellung ‚Anderen wurde es schwindelig‘, deren Titel dem Zitat von Ayim entlehnt ist, zeigt die Bildungsstätte Anne Frank dokumentarisch-künstlerische Arbeiten, in denen die Perspektiven Schwarzer Menschen, von People of Color, Migrant*innen, Jüdinnen und Juden im Mittelpunkt stehen. Ihre Erinnerungen werfen ein anderes Licht auf die konstruierte nationale Homogenität. Für sie bedeuteten die schwarz-rot-goldene Flagge und Transparente mit der Aufschrift ‚Einig Vaterland‘ nicht Freude über Vereinigung und Zusammengehörigkeit, sondern Bedrohung und Ausschluss.

Zum Beispiel für Olga Macacua und Nelson Munhequete, zwei von mehr als 20.000 Mosambikaner*innen, die in den 1980er Jahren als Arbeitsmigrant*innen in die DDR gekommen waren. Die Vertragsarbeiter*innen sollten einerseits den Arbeitskräftemangel in der DDR auffangen, andererseits mit ihrer dadurch gewonnenen Arbeitserfahrung ein unabhängiges sozialistisches Mosambik aufbauen. Nach dem Fall der Mauer verlor ein Großteil von ihnen Arbeitsvertrag und Aufenthaltsgenehmigung und

war gezwungen, nach Mosambik zurückzukehren. Für ihre Arbeit in der DDR wurden große Teile ihres Arbeitslohnes einbehalten und von der mosambikanischen Regierung zur Tilgung von Devisenschulden bei der DDR eingesetzt.

Auch für Jüdinnen und Juden in Ost und West war der Mauerfall ein Wendepunkt. Mit der Migration von rund einer Viertelmillion jüdischer Einwanderer*innen aus der Sowjetunion erlebten die jüdischen Gemeinden in Deutschland einen tiefen Einschnitt und einen neuen Aufschwung. Gleichzeitig warf der lautstarke Einheitspatriotismus die Frage auf, ob auch Jüdinnen und Juden zum neuen Volks-Wir gezählt würden – oder nicht. In eigens für die Ausstellung produzierten Interviews teilen die Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung Anetta Kahane sowie Uwe Dziuballa, dessen koscheres Restaurant ‚Schalom‘ in Chemnitz seit der Wende wiederholt Ziel von rechten Angriffen war und ist, ihre Erinnerungen an 1989/90.

Die Ausstellung zeigt vielfältige marginalisierte Perspektiven, die nicht auf den ikonischen Bildern euphorischer Massen zu sehen sind. Und sie stellt angesichts eines erstarkenden völkischen Nationalismus die Frage nach menschenfeindlichen Narrativen in Ost und West – damals wie heute.



Robin Koss
Kurator
der Sonderausstellung

INFOS ZUR AUSSTELLUNG

Die Ausstellung ist von November 2019 bis April 2020 in der Bildungsstätte zu sehen. Neben Arbeiten, die der Künstler Malte Wandel gemeinsam mit Olga Macacua und Nelson Munhequete entwickelt hat, ist „Die leere Mitte“ von Hito Steyerl zu sehen. Das Kollektiv spot_the_silence hat eigens für die Ausstellung Interviews produziert, in denen unter anderem der Wissenschaftler Patrice Poutrus, die Aktivistin Mai-Phoung Kollath, die Vorsitzende des Vorstands der Amadeu Antonio Stiftung Anetta Kahane, ihre Erinnerungen an 1989/90 teilen.

STREIT

BAR



Es heißt, wir lebten in einer zunehmend polarisierten und gespaltenen Gesellschaft mit starker Streitsucht, aber wenig Streitkompetenz. Eine Gesellschaft, die die Fähigkeit zur Auseinandersetzung und Debatte verlernt habe. Die sich vor allem online austobe. Und da völlig enthemmt.

Die Kommentarspalten der sozialen Medien werden zur Jauchegrube, in der man einander völlig ungebremst fertig macht. Wer sich zum Selbstschutz in die eigene Filterblase zurückzieht, tut das um den Preis, dass man in diesen Echo-kammern nur noch mit Meinungen behelligt wird, die der eigenen am nächsten kommen. Streit ade.

Es heißt aber auch, dass man dort, wo die Streitkultur angeblich noch gepflegt wird, bloß ritualisierte Streitperformances erlebe, Stichwort: Talkshows. Da werden eher Stellungskämpfe kultiviert und Reviere markiert. Die Positionen und Meinungen der Gäste stehen vorher fest, zum Beispiel entlang der Programme der Parteien. Im Bemühen, demonstrativ aneinander vorbei zu streiten, verkümmert echter Streit, verreckt die wirkliche Auseinandersetzung. Alles vollkommen erwartbar.

Und genau in diesem Spannungsfeld intervenieren wir mit der „Streitbar“, die neuerdings jeden Monat in der Bildungsstätte in Frankfurt stattfindet. Ein neues Debattenformat, das eine Alternative zur Bubble einerseits und zum Ritual andererseits anbietet: Streitbar steht für Lust auf Streit und Kontroverse. Hier feiern wir die Debatte – das ist vor allem bei komplexen Themen wichtig, bei denen es vielen gar nicht so leicht fällt, klare Position für die eine oder die andere Seite zu beziehen. Wo die

Ein neues Debattenformat stellt sich gegen den Trend



Fronten oft aber besonders verhärtet sind. Und wo sich viele lieber aus der Debatte zurückziehen und verstummen, weil das Terrain so vermint zu sein scheint. Und genau diese eher schwierigen Themen sind es auch, mit denen wir uns im Rahmen der Reihe beschäftigen: Es geht um den Heimat-Begriff oder das muslimische Kopftuch, um Cop Culture und Rassismus bei der Polizei, um Linken Populismus oder die israelfeindliche BDS-Bewegung.

THEMEN, DIE BEWEGEN. DER STREIT GEHT WEITER.

Die ‚Streitbar‘ findet immer jeden ersten Donnerstag im Monat in der Bildungsstätte in Frankfurt statt.

Der Eintritt ist frei.

Wo Empowerment sich auf die Vermeidung des N-Wortes und das Primat der eigenen Betroffenheit beschränkt, steckt Identitätspolitik in einer Sackgasse. Mit seinem kritisch-solidarischen Blick auf die Fallstricke aktueller Identitätspolitiken ist der Sammelband ‚Trigger Warnung‘ laut dem Berliner Stadtmagazin ‚Siegessäule‘ „eines der besten Debattenbücher zum Thema Identitätspolitik (...), die in letzter Zeit erschienen sind“.

Es ist nicht ganz ohne Ironie, dass der Sammelband von Eva Berendsen, Saba-Nur Cheema und Meron Mendel, der antritt, um die Widersprüchlichkeit der Identitätspolitik aufzudecken, sich mit dem Titel auf dem Cover selbst eine Trigger-Warnung gibt. Denn hinter diesem Begriff, der ursprünglich aus der Traumaforschung stammt, stehen sowohl der richtige Versuch, eine Person vor einer potenziell emotional belastenden Situation oder Diskriminierungserfahrung zu schützen, als inzwischen auch eine wohlmeinende Vorverurteilung von Inhalten, die allein nach den Vorstellungen der Warnenden ausgesprochen wird. Dass die Dinge lange noch nicht gut sind, auch wenn sie gut gemeint sind, sollte eine Binsenweisheit sein. Doch in Zeiten von Neuaushandlungen von gesellschaftlichen Ordnungen und erbitterten Verteilungskämpfen um Teilhabe und Anerkennung kann eben diese Warnung vor Inhalten selbst totalitäre Zensur ausüben.

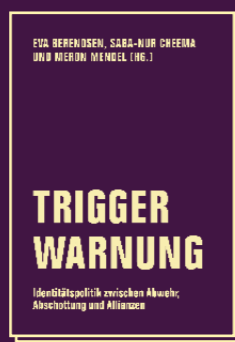
Etwa wenn an Universitäten der Lehrstoff, der auch funktional ausgewählt wird, um Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens zu unterrichten, daran ausgerichtet ist, ob sich alle Studierenden in ihren individuell unterschiedlichen Situierungen berücksichtigt und wohlfühlen. Wie kann dann die komplexe – und teils auch grausame – Welt, die man vorfindet, überhaupt beschrieben werden?

Und vor allem, wie können Ungerechtigkeiten auf einer strukturellen Ebene verändert werden, wenn jeder Stein, der bewegt wird, wie in einer Kettenreaktion andere umreißen und Gefüge verändern kann, die unter Umständen neue Ungerechtigkeiten schaffen? In einem diskursiven Dreisatz führt der Kapitelaufbau des Bandes – Verortung, Verstrickungen, Verhandlungen – konstruktiv durch die vielen thematischen Minenfelder: wie Antisemitismus, Rassismus, LGBTIQ*- und Islamfeindlichkeit, Grenzen der Kunst- und Meinungsfreiheit, neoliberaler Differenzfetisch, Geschichtspräsentation, Pinkwashing oder kulturelle Aneignungen. An konkreten Beispielen werden Mythen wie ‚Die Identitätspolitik hat den Rechtsruck herbeigeführt‘ analysiert oder tatsächlich sexismuskritisch und ohne Verbotslust Fälle wie die Übermalung des Gedichts ‚avenidas‘ von Eugen Gomringer an der Berliner Alice Salomon-Hochschule diskutiert.

Fernab von Polemik, Diffamierung und Retourkutschen gelingt es dem Buch, unterschiedliche, solidarische Perspektiven auf ‚heiße Eisen‘ zu werfen und dem Trend, Wissen durch Emotion zu blockieren, Diskussion und ehrlichen Umgang mit Widersprüchen und Ambivalenzen entgegenzusetzen. Einfache Lösungen bietet der Sammelband nicht, die kann es auch gar nicht geben. Stattdessen bekennt sich ‚Trigger Warnung‘ zur Komplexität jedes einzelnen Themas und verweigert die ‚Lagerbildung‘.

In einem fazithaften Abschluss ermutigen die Herausgeber*innen dazu, sich in Gefahr zu begeben, die Safe Spaces und Echokammern zu verlassen und sich ‚schmutzig zu machen‘, die Expertise aller von Ausschluss und Diskriminierung Betroffenen anzuerkennen und anzuhören, die ‚Opferolympiade‘ abzusagen und sich – ganz banal – nicht wie ein Arschloch aufzuführen.

Stephanie Kuhnert
Siegessäule



TRIGGER WARNUNG.
IDENTITÄTSPOLITIK ZWISCHEN ABWEHR, ABSCHOTTUNG UND ALLIANZEN
Eva Berendsen, Saba-Nur Cheema und Meron Mendel (Hg.)

Mit Beiträgen von Markus Brunner, Sarah Elsuni, Leo Fischer, Lena Gorelik, Stefanie Lohaus, Sama Maani, Hadija Haruna-Oelker, Massimo Perinelli, Hilal Sezgin, Gadi Taub, Hengameh Yaghoobifarah u. a.

Verbrecher Verlag / Edition Bildungsstätte
Anne Frank 2019 / Preis: 18,00 €



Saba-Nur Cheema, Meron Mendel, Eva Berendsen (v. l.)

EXTREM UNBRAUCHBAR

Rechtspopulistische Strömungen finden auf ihrem Feldzug gegen die Demokratie ein mächtiges begriffliches Mittel vor, welches ihnen die bürgerliche Mitte vorbereitet hat: die Extremismustheorie. Gewonnen aus einer spezifischen Lesart totalitarismuskritischer Arbeiten, etwa von Hannah Arendt, hat sich im Sprechen über die Gesellschaft ein Hufeisenmodell durchgesetzt: Eine Mitte der Gesellschaft werde von ihren Rändern bedroht. Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus arbeiten daran, die Demokratie zu zerstören. Doch besonders die Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Linksextremismus führt oft dazu, ersteres auf Kosten von letzterem zu verharmlosen. Zudem ist die Konstruktion einer gesellschaftlichen Mitte

selbst problematisch. Was gehört zu dieser Mitte, was nicht? Gerade die aktuellen Erscheinungsformen rechter Ideologien zielen darauf ab, gerade noch anschlussfähig zum gesellschaftlichen Diskurs zu bleiben und ihn durch kalkulierte Grenzerletzungen nach rechts zu verschieben – mit einigem Erfolg,

Stichworte: ‚Flüchtlingswelle‘, ‚Genderismus‘ oder ‚political correctness‘. Doch wenn selbst der positive Bezug auf das Grundgesetz teilweise als linksradikal diskutiert wird, desavouiert sich dieses Hufeisenmodell endgültig.



EXTREM UNBRAUCHBAR.
ÜBER GLEICHSETZUNGEN VON LINKS UND RECHTS
Katharina Rhein, Tom Uhlig, Eva Berendsen (Hg.)

Wolfgang Wippermann, Dana Ionescu, Robin Koss, Ingolf Seidel, Lillemor Kuht, onas Fedders, Paula Irmshler, Meron Mendel u. a.

Verbrecher Verlag
Edition Bildungsstätte Anne Frank 2019

Preis: 19,00 €



Aus dem Verein

URSULA ERNST hat 1998 zum ersten Mal Zeitzeug*innen und Jugendliche in der damaligen Jugendbegegnungsstätte Anne Frank zusammengebracht. Seit 20 Jahren koordiniert Ursula Ernst die Zeitzeug*innengespräche in der Bildungsstätte: Mit der Ehrenbürgerin der Stadt Frankfurt Trude Simonsohn und ihrer langjährigen Freundin Irmgard Heydorn, mit dem polnischen Widerstandskämpfer Stan Zak Kaminski, der Überlebenden eines Kindertransports Cilly Peiser und vielen mehr. Die Anfragen sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen und kommen heute von weit außerhalb des Rhein-Main-Gebiets.

ANDREAS DICKERBOOM, Vorstandsmitglied im Verein der Bildungsstätte Anne Frank, erhielt im Dezember 2018 den Bundesverdienstorden. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte damit Andreas Dickerbooms vielfältiges und jahrelanges Engagement für Geschichts- und Demokratiebewusstsein; Neben seiner Arbeit als Redakteur des Hessischen Rundfunks ist Dickerboom in der Bildungsstätte Anne Frank aktiv, engagiert sich als Regionalsprecher Rhein-Main im Verein ‚Gegen Vergessen – Für Demokratie‘ und im Förderverein zur Errichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte ‚KZ-Katzbach‘ in den ehemaligen Adlerwerken Frankfurt.

TRUDE SIMONSOHN, Gründungsmitglied der Bildungsstätte Anne Frank, Zeitzeugin und Ehrenbürgerin der Stadt Frankfurt, hat im März 2019 in der Bildungsstätte ihren 98. Geburtstag gefeiert – gemeinsam mit rund 100 Freund*innen und Weggefährt*innen.

Trude Simonsohn wurde 1921 in Ölmütz im damaligen Mähren geboren, überlebte die Konzentrationslager Theresienstadt und Auschwitz und ist seit rund vier Jahrzehnten als Zeitzeugin aktiv. Mit ihrem Diktum ‚Zu jedem Unrecht sofort nein sagen!‘ hat sie tausende junge Menschen zu zivilcouragiertem Handeln inspiriert.

Impressum

Bildungsstätte Anne Frank
Zentrum für politische
Bildung und Beratung Hessen
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main

Herausgeber

Dr. Meron Mendel (Direktor)

Redaktion

Eva Berendsen, János Erkens,
Leo Fischer, Eduard Kopp

T+ 49 (0)69 56000-20
info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

© Bildungsstätte Anne Frank 2019

Redaktionsassistentz

Leonore Schönau, Leon Ebertshäuser

Schlusskorrektur

Marie-Sophie Adeoso,
János Erkens, Leo Fischer

Gestaltung

Pixelgarten

Bildnachweise

Andreas Gebert/dpa, Felix Schmitt,
Jasmin Schreiber, Michael Trammer

Auflage / Erscheinungsweise

4.000 / einmal jährlich

Copyright

Bildungsstätte Anne Frank
Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck nur nach schriftlicher
Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung von





Aus dem Verein

URSULA ERNST hat 1998 zum ersten Mal Zeitzeug*innen und Jugendliche in der damaligen Jugendbegegnungsstätte Anne Frank zusammengebracht. Seit 20 Jahren koordiniert Ursula Ernst die Zeitzeug*innengespräche in der Bildungsstätte: Mit der Ehrenbürgerin der Stadt Frankfurt Trude Simonsohn und ihrer langjährigen Freundin Irmgard Heydorn, mit dem polnischen Widerstandskämpfer Stan Zak Kaminski, der Überlebenden eines Kindertransports Cilly Peiser und vielen mehr. Die Anfragen sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen und kommen heute von weit außerhalb des Rhein-Main-Gebiets.

TRUDE SIMONSOHN, Gründungsmitglied der Bildungsstätte Anne Frank, Zeitzeugin und Ehrenbürgerin der Stadt Frankfurt, hat im März 2019 in der Bildungsstätte ihren 98. Geburtstag gefeiert – gemeinsam mit rund 100 Freund*innen und Weggefährt*innen.

Trude Simonsohn wurde 1921 in Ölmütz im damaligen Mähren geboren, überlebte die Konzentrationslager Theresienstadt und Auschwitz und ist seit rund vier Jahrzehnten als Zeitzeugin aktiv. Mit ihrem Diktum ‚Zu jedem Unrecht sofort nein sagen!‘ hat sie tausende junge Menschen zu zivilcouragiertem Handeln inspiriert.

ANDREAS DICKERBOOM, Vorstandsmitglied im Verein der Bildungsstätte Anne Frank, erhielt im Dezember 2018 den Bundesverdienstorden. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte damit Andreas Dickerbooms vielfältiges und jahrelanges Engagement für Geschichts- und Demokratiebewusstsein; Neben seiner Arbeit als Redakteur des Hessischen Rundfunks ist Dickerboom in der Bildungsstätte Anne Frank aktiv, engagiert sich als Regionalsprecher Rhein-Main im Verein ‚Gegen Vergessen – Für Demokratie‘ und im Förderverein zur Errichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte ‚KZ-Katzbach‘ in den ehemaligen Adlerwerken Frankfurt.

Impressum

Bildungsstätte Anne Frank
Zentrum für politische
Bildung und Beratung Hessen
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main

Herausgeber

Dr. Meron Mendel (Direktor)

Redaktion

Eva Berendsen, János Erkens,
Leo Fischer, Eduard Kopp

T+ 49 (0)69 56000-20
info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

© Bildungsstätte Anne Frank 2018

Redaktionsassistenz

Leonore Schönau, Leon Ebertshäuser

Schlusskorrektur

Marie-Sophie Adeoso,
János Erkens, Leo Fischer,

Gestaltung

Pixelgarten

Bildnachweise

Andreas Gebert/dpa, Felix Schmitt,
Jasmin Schreiber, Michael Trammer

Auflage / Erscheinungsweise

4.000 / einmal jährlich

Copyright

Bildungsstätte Anne Frank
Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck nur nach schriftlicher
Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung von



Eine für alle? Alle für Anne! JETZT MITGLIED WERDEN.

Wenn Sie die Arbeit der Bildungsstätte Anne Frank unterstützen wollen, würden wir uns freuen, Sie im Verein begrüßen zu dürfen.

Mehr noch als ein Lern- und Ausstellungsort ist die Bildungsstätte vor allem ein Zusammenschluss von Menschen. Menschen, die sich dem Andenken der berühmten Frankfurter Autorin verpflichten und in der Gesellschaft etwas bewegen möchten. Unsere Arbeit ist auch deshalb möglich, weil uns zahlreiche Vereinsfreund*innen unterstützen. Mit Worten, Taten und natürlich auch Geld.

Ihr Beitrag und unser Dank

Als Mitglied des Vereins unterstützen Sie nicht nur wichtige Anliegen, sondern genießen auch handfeste Vorteile:

- ✘ freier Eintritt zu allen Veranstaltungen
- ✘ persönliche Kurator*innenführungen durch die Ausstellungen
- ✘ Abonnement unserer Zeitschrift "Other Stories"
- ✘ Kostenfreie Lieferung unserer Publikationen
- ✘ Einladungen zu besonderen Anlässen im Freundeskreis der Bildungsstätte
- ✘ Begegnungen mit den außergewöhnlichen Menschen, die unsere Arbeit unterstützen
- ✘ Exklusive Vorab-Informationen zu unseren Aktivitäten
- ✘ Auf Wunsch machen wir Ihre Unterstützung öffentlich - und führen Ihren Namen auf unserer Website

Beitrittserklärung

Werden Sie jetzt Mitglied.
Schreiben Sie uns eine E-Mail:
info@bs-anne-frank.de

Rufen Sie uns an: +49 (0)69 56000-20
oder besuchen Sie unsere Webseite:

bs-anne-frank.de/ueber-uns/verein

EINE
FÜR ALLE?
ALLE

MITGLIED
WERDEN!

bildungsstätte
anne frank

bildungsstätte
anne frank

bildungsstätte
anne frank

bildungsstätte
anne frank

Die Bildungsstätte Anne Frank ist das Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel. Wir entwickeln innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. In unserer politischen Bildungsarbeit greifen wir aktuelle Diskurse und Konflikte auf. Fachkräfte erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen.

Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Im Juni 2018 wurde die Anne Frank-Ausstellung als Lernlabor ‚Anne Frank. Morgen mehr.‘ in Frankfurt neu eröffnet. Das Mobile Lernlabor ‚Mensch, Du hast Recht(e)!‘ ist seit 2014 auf Tour. Die Bildungsstätte Anne Frank fördert den Austausch zwischen Wissenschaft und Bildungspraxis, vernetzt verschiedene Gruppen und Communities vor Ort und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von Konferenzen und Fachtagen, wechselnden Sonderausstellungen sowie öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen.


Bildungsstätte Anne Frank
Zentrum für politische
Bildung und Beratung Hessen

Hansallee 150
60320 Frankfurt am Main
T +49 (0)69 56000-20

info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

 facebook.de/bildungsstaette.anne.frank

 @BS_AnneFrank | @ResponseHessen

 bsannefrank